



Oldenburgische
Landesbank AG

Oldenburgische Landesbank Konzern
Finanzbericht 2013

Oldenburgische Landesbank Konzern – Übersicht

Mio. Euro	31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen (%)
Bilanzsumme	14.207,8	14.426,5	-1,5
Forderungen an Kreditinstitute ¹	628,5	414,5	51,6
Forderungen an Kunden ¹	10.303,7	10.338,7	-0,3
Kreditvolumen ¹	10.303,4	10.338,2	-0,3
Finanzanlagen	2.722,4	3.353,9	-18,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.498,5	4.021,6	11,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.806,3	8.221,5	-5,1
Kundeneinlagen (ohne Repos)	7.806,3	7.568,2	3,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	579,6	812,9	-28,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	253,6	274,3	-7,5
Eigenkapital	602,9	607,1	-0,7
Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	—
Kapitalrücklage	202,9	202,9	—
Gewinnrücklagen	347,1	344,2	0,8
Kumuliertes Sonstiges Ergebnis!	-7,6	-0,5	>100

Mio. Euro	1.1.2013 – 31.12.2013	1.1.2012 – 31.12.2012	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	237,7	235,5	0,9
Provisionsüberschuss	81,0	90,2	-10,2
Laufendes Handelsergebnis	3,5	-1,8	k.A.
Übrige Erträge	17,6	40,4	-56,4
Laufender Personalaufwand	167,0	176,1	-5,2
Sachaufwand	97,1	113,2	-14,2
Risikovorsorge	81,5	42,6	91,3
Restrukturierungsaufwand	90,3	—	k.A.
Ergebnis vor Steuern	9,1	48,5	-81,2
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	8,7	38,9	-77,6
Cost-Income-Ratio (in %)	78,3	80,3	k. A.

	31.12.2013	31.12.2012	
Kernkapitalquote gemäß § 10a KWG (in %)	9,5	8,2	
Gesamtkapitalquote gemäß § 10a KWG (in %)	13,3	11,6	
Mitarbeiter (Anzahl)	2.445	2.785	
Mitarbeiterkapazität	1.946	2.293	
Niederlassungen der Oldenburgische Landesbank AG Regionalbank	177	177	

¹ Netto nach Risikovorsorge

FINANZBERICHT 2013

003

AN DIE AKTIONÄRE

027

KONZERNLAGEBERICHT

073

KONSOLIDierter KONZERNABSCHLUSS

151

WEITERE INFORMATIONEN

Inhalt

An die Aktionäre 003

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	006
Corporate-Governance-Bericht	008
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	016
Vergütungsbericht	018

Konzernlagebericht 027

Grundlagen des Konzerns	028
Wirtschaftsbericht	032
Geschäftsentwicklung	034
Prognosebericht	045
Konzernrisikobericht	048

Konsolidierter Konzernabschluss 073

Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	074
Konsolidierte Bilanz	076
Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals	078
Konsolidierte Kapitalflussrechnung	079

Konzernanhang 080

Versicherung der gesetzlichen Vertreter	148
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	149

Weitere Informationen 151

Mandate der Organmitglieder	152
Beirat	154
Bericht des Aufsichtsrats	158
Glossar	164
Impressum	168

003

AN DIE AKTIONÄRE

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	006
Corporate-Governance-Bericht	008
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	016
Vergütungsbericht	018

Aktionärsbrief

*Sehr gute Danksagen, sehr gute Aktionäre,
die Sie immer OLB als Aktionäre und Freunde verbinden sind!*

Die Finanzmärkte haben sich im Jahr 2013 nach großen Turbulenzen in den Vorjahren etwas beruhigt. Dazu haben die Regierungen mit stabilisierenden Schritten ebenso beigetragen wie die geldpolitischen Steuerungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank. Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2013 moderat gewachsen. Im Nordwesten stieg die Wirtschaftsleistung etwas kräftiger an. Für das Jahr 2014 sehen die Prognosen für die bundesdeutsche Wirtschaft derzeit besser aus – auch für unser Geschäftsgebiet rechnen wir mit einer erhöhten Wachstumsrate. Die Herausforderungen für Banken werden bestehen bleiben: Niedriges Marktzinsniveau, regulatorischer Anpassungsdruck und verändertes Kundenverhalten bilden die Eckpunkte.

Ihre Bank hat in diesem anspruchsvollen Umfeld die laufenden Erträge in der Region um mehr als 3 % ausbauen können. Die Kosten hatten wir bei einem leichten Anstieg von 1,2 % weiterhin im Griff. Vor Risikovorsorge erzielten wir damit ein um mehr als 10 % auf 81,9 Mio. Euro verbessertes operatives Ergebnis – für diese Position das zweitbeste Ergebnis in fünf Jahren Finanzkrise.

Weniger erfreulich verlief die Entwicklung an den Schiffsmärkten. Nachdem die Krise dieser Branche erkennbar weiter anhält, haben wir die Bewertung unserer Schiffsfinanzierungen noch vorsichtiger vorgenommen. In diesem Zusammenhang erhöhte sich die Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr spürbar um 38,9 Mio. Euro.

Das Vorsteuerergebnis der OLB-Gruppe ermäßigte sich deshalb auf 9,1 Mio. Euro (Vorjahr: 48,5 Mio. Euro).

Mit der erhöhten Risikovorsorge haben wir unsere Substanz im Geschäftsjahr 2013 weiter gestärkt. Auch unsere Kernkapitalquote haben wir deutlich von 8,2 % auf 9,5 % erhöht. Mit diesem soliden



Fundament können wir das Wachstum unserer Kunden im Nordwesten auch künftig begleiten. Und wir können Ihnen als unseren Aktionären trotz des deutlich verringerten Ergebnisses eine Dividendenausschüttung in Höhe von 0,10 Euro je Aktie (Vorjahr: 0,25 Euro) vorschlagen. Der verbleibende Teil des Gewinns soll unseren Rücklagen zugeführt werden.

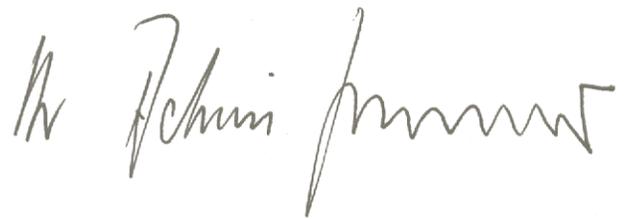
Unser Geschäftsvolumen entwickelte sich positiv. Es lag erstmals bei mehr als 20 Mrd. Euro. Ursächlich waren im Wesentlichen unser regional erfolgreiches Kundengeschäft mit mehr als 10 Mrd. Euro Kundenkreditvolumen und deutlich angestiegene Kundeneinlagen in Höhe von 6,9 Mrd. Euro – dies spiegelt das anhaltend hohe Kundenvertrauen wider, das zugleich unsere nachhaltige Geschäftsbasis bildet.

Weiteres Wachstum erwarten wir für die kommenden Jahre durch gezielten Ausbau unserer Leistungen für Kunden. Bereits im Jahr 2012 hatten wir regionale Kompetenzzentren für Private Banking & Freie Berufe aufgebaut. 2013 haben wir unsere Branchenkompetenz im Kreditgeschäft vertieft und zur Ergänzung unserer Firmenkundenbetreuer in den Regionen zentrale Branchenteams eingerichtet.

Darüber hinaus modernisieren wir unsere Filialstandorte. Verbesserungen im Servicebereich und aufgewertete Beratungsräume werden dem Kundengeschäft zugutekommen. Parallel haben wir unser Online-Banking ausgebaut – denn uns geht es um überzeugende Angebote für alle unsere Kunden unabhängig vom Zugangsweg. Um vor Ort unsere Präsenz und Kompetenz weiter zu erhöhen, haben wir uns entschlossen, künftig an 20 Standorten in unseren Geschäftsbereichen Firmenkunden, Privatkunden und Private Banking durch verantwortliche Direktoren vertreten zu sein. Damit einher geht eine an die politischen Landkreisgrenzen angepasste Straffung unserer Vertriebsregionen zur besseren innerbetrieblichen Steuerung.

Wir gehen davon aus, dass sich neben verringerten Personalaufwendungen die noch stärkere Kundennähe auch in Ertragssteigerungen ausdrücken wird.

Was haben wir uns für das laufende Geschäftsjahr vorgenommen? Wir werden die Modernisierung der Bank fortsetzen, unseren Kunden bedarfsgerecht optimierten Service und Beratung bieten und Abläufe effizienter gestalten. Hierfür werden verstärkt Investitionen notwendig sein, von denen wir mittelfristig positive Impulse auf die Ergebnisentwicklung erwarten. Weiterhin verbessern wir unser Risikoprofil, indem wir insbesondere Konzentrationsrisiken begrenzen. Unter dem Strich erwarten wir für das Geschäftsjahr 2014 ein wieder verbessertes Ergebnis.



Dr. Achim Kassow
Vorsitzender des Vorstands

Die Aktie

Entwicklung der OLB-Aktie

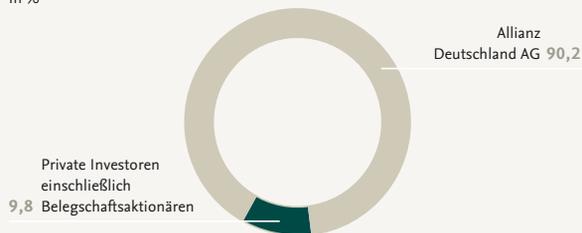
Erste Erfolge zur Überwindung der Staatsschuldenkrise im Euroraum sowie die anhaltende Niedrigzinspolitik der Notenbanken wirkten sich positiv auf die Aktienmärkte im Jahr 2013 aus. Viele europäische Börsen verzeichneten zum Jahresende deutliche Zuwachsraten. In Deutschland profitierten die Anleger darüber hinaus von einer verbesserten Konjunkturlage. Nachdem der DAX die erste Hälfte des Börsenjahres 2013 nahezu unverändert beendete, stieg der Index in der zweiten Jahreshälfte stetig und schloss zum Jahresende rund 25 % höher bei mehr als 9.500 Punkten. Infolge geopolitischer Spannungen rund um die Krise auf der Krim musste der DAX zu Beginn des Jahres 2014 allerdings Kursrückgänge verzeichnen.

 siehe Glossar Seite 164

Bei Banken- und Finanzwerten führte die Nachrichtenlage im Börsenjahr 2013 zu einer unterdurchschnittlichen Kursentwicklung. Per saldo lag der Branchenindex **CDAX Banken** im Jahresverlauf rund 11 % über dem Jahresanfangswert. Die Aktie der OLB präsentierte sich 2013 stabil und notierte mit rund 21,00 Euro am Jahresende gut 2 % über dem Jahresanfangswert von 20,55 Euro. Zu Beginn des Jahres 2014 bewegte sich der Aktienkurs auf Vorjahresniveau in einer Bandbreite von 20,00 Euro bis 22,00 Euro (Stand 14. März 2014).

Aktionärsstruktur

in %



Wertentwicklung der OLB-Aktie 2013

in Euro



■ OLB-Aktie

Aktionärsstruktur

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand 31. Dezember 2013). Der verbleibende Anteil wird von privaten Investoren einschließlich Belegschaftsaktionären gehalten.

Die Aktien der Oldenburgische Landesbank AG werden unter der Wertpapierkennnummer (WKN) 808600 an den Börsen in Berlin und Hamburg-Hannover im regulierten Markt, in Düsseldorf im Freiverkehr und in Frankfurt im Open Market gehandelt. Mit 97,3 Tausend Stück lag der Jahresumsatz in OLB-Aktien im Jahr 2013 leicht unter dem Niveau des Vorjahres (101,6 Tausend Stück). Der Haupthandelsplatz mit den vergleichsweise höchsten Umsätzen war die Börse in Frankfurt, dicht gefolgt von der Börse Hamburg-Hannover. Die Zahl der ausgegebenen Aktien beträgt knapp 23,3 Mio. Stück. Multipliziert mit dem Kurswert der Aktie ergibt sich eine Marktkapitalisierung von rund 485 Mio. Euro (Stand 14. März 2014).

Als einer der großen deutschen Nebenwerte kommt der Aktie der Oldenburgische Landesbank AG auch auf regionaler Ebene eine bedeutende Rolle zu. So ist die OLB als einziges Kreditinstitut im Niedersächsischen Aktienindex (NISAX20, WKN: 600 788) vertreten. Der im Mai 2002 aufgelegte Regionalindex enthält die 20 wichtigsten börsennotierten Gesellschaften des Bundeslandes Niedersachsen.

Finanzkalender

2014	
Bilanz-Presskonferenz Geschäftsjahr 2013	12. März 2014
Veröffentlichung Finanzbericht 2013 AG & Finanzbericht 2013 Konzern im Internet	28. März 2014
Zwischenmitteilung per 31.03.2014	15. Mai 2014
Hauptversammlung (Oldenburg)	28. Mai 2014
Zwischenbericht per 30.06.2014	14. August 2014
Zwischenmitteilung per 30.09.2014	13. November 2014

Stammdaten

2014	
Wertpapierkennnummer (WKN)	808600
ISIN	DE0008086000
Aktienart	Inhaberaktien
Stückelung	nennwertlose Stückaktien
Börsennotierung	Berlin, Hamburg-Hannover
Anzahl der Aktien	23,3 Mio.
Marktkapitalisierung per 14.03.2014	482,6 Mio. Euro

Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Bedeutende Aspekte guter Corporate Governance sind die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil eines dualen Führungssystems, die Achtung der Interessen der Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Arbeitnehmer und sonstiger mit dem Unternehmen verbundener Gruppen sowie Offenheit und Transparenz in der Unternehmenskommunikation.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex gilt in der Fassung vom 13. Mai 2013. Er stellt die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält international und national anerkannte Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung in Form von Empfehlungen und Anregungen. Er verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung der im Kodex enthaltenen Empfehlungen und Anregungen besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern. Im Einzelfall kann eine gut begründete Abweichung von einer Kodexempfehlung durchaus im Interesse einer guten Unternehmensführung liegen. Die von Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2013 abgegebene Entsprechenserklärung finden Sie in der [Erklärung zur Unternehmensführung](#).

 siehe Seite 016

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die Oldenburgische Landesbank AG mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine duale Führungs- und Kontrollstruktur. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen für die Führung und Kontrolle einer Aktiengesellschaft enthalten die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Oldenburgische Landesbank AG sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat Regelungen für die Unternehmensführung und -kontrolle.

Vorstand

Der Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Er bestimmt die Unternehmensziele, die strategische Ausrichtung und die Geschäftspolitik der Gesellschaft. Des Weiteren koordiniert und überwacht der Vorstand die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften der Oldenburgische Landesbank AG. Er hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie für ein angemessenes [Risikomanagement](#) und [Risikocontrolling](#) im Unternehmen zu sorgen.

 siehe Glossar Seite 167

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die tatsächliche Zahl der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt. Derzeit besteht der Vorstand aus fünf Mitgliedern. Sie sind gemeinschaftlich für die Leitung der Oldenburgische Landesbank AG verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands unterrichten und verständigen sich gegenseitig über alle Belange des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied des Vorstands zu dessen Vorsitzenden bestellt. Dieser vertritt den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit. Ihm obliegt des Weiteren die Koordination innerhalb des Vorstands.

Der Vorstand kommt regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen. Der Gesamtvorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitglieder. Bei Stimmgleichheit hat der Vorstandsvorsitzende das Recht zum Stichentscheid.

Die Arbeit des Vorstands wird durch die Geschäftsordnung des Vorstands, die der Aufsichtsrat erlassen hat, weiter ausgestaltet. In der Geschäftsordnung des Vorstands sind insbesondere auch die der Begrenzung des Marktrisikos dienenden Berichtspflichten des Vorstands geregelt. Ferner enthält die Geschäftsordnung des Vorstands ein Kompetenzgefüge für das Kreditgeschäft und für Treasury-/Eigenbestandslinien.

Ein vom Vorstand aufgestellter Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder; hierdurch wird jedoch die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstands für die Geschäftsführung nicht berührt. Der Geschäftsverteilungsplan und dessen Änderungen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen wurde verzichtet.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance. Im Rahmen seiner Berichterstattung geht der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Geschäfte von besonderer Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. seiner Ausschüsse gebunden. Die Zustimmungserfordernisse ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat. Zustimmungspflichtig sind unter anderem die Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital, der Abschluss von Unternehmensverträgen nach §§ 291 ff. Aktiengesetz, die Gewährung von Organ- bzw. Mitarbeiterkrediten gemäß § 15 Kreditwesengesetz, der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien bei Überschreiten bestimmter Wertgrenzen sowie die Errichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen im Sinne von § 13 Handelsgesetzbuch.

Jedes Mitglied des Vorstands hat Interessenskonflikte unverzüglich gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat offenzulegen. Wesentliche Geschäfte zwischen der Bank einerseits und einem Vorstandsmitglied bzw. ihm nahestehenden Personen oder von ihm kontrollierten Unternehmungen andererseits bedürfen der Zustimmung des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands im Geschäftsjahr 2013 ist dem [Vergütungsbericht](#) zu entnehmen.

 siehe Seite 020

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG besteht aus zwölf Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt. Die Vertreter der Anteilseigner werden durch die Hauptversammlung gewählt, die weiteren Mitglieder durch die Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet; sie verfolgen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen. Ehemalige Vorstandsmitglieder der Oldenburgische Landesbank AG sind nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Der Aufsichtsrat, der über seinen Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand steht, berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen bankaufsichtlichen Vorschriften. Weiterhin ist er zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie für die Prüfung des Jahresabschlusses der Oldenburgische Landesbank AG und des OLB-Konzerns, der Lageberichte, des Abhängigkeitsberichts und des Vorschlags zur Verwendung des Bilanzgewinns. Der Aufsichtsrat erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand und erteilt die Zustimmung zu Geschäften von wesentlicher Bedeutung, sofern die Zuständigkeit hierfür nicht einem Aufsichtsratsausschuss übertragen wurde.

Der Aufsichtsrat tritt regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu vier ordentlichen Sitzungen pro Geschäftsjahr zusammen, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Im Falle der Stimmgleichheit hat in einer erneuten Abstimmung über den Beschlussgegenstand, sofern diese ebenfalls Stimmgleichheit ergibt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Die Effizienzprüfung wird vom Prüfungsausschuss vorbereitet. Anschließend erörtert das Plenum Verbesserungsmöglichkeiten und beschließt gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Dritten entstehen können, gegenüber dem Aufsichtsrat offenzulegen.

Ziele des Aufsichtsrats hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Stand der Umsetzung

Gemäß Ziff. 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) hat der Aufsichtsrat folgende Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen:

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) strebt eine Zusammensetzung an, die eine qualifizierte Aufsicht und Beratung der Geschäftsführung der OLB sicherstellt. Es sollen Kandidaten vorgeschlagen werden, die durch ihre Integrität, Leistungsbereitschaft und Persönlichkeit in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in der OLB wahrzunehmen. Soweit sich die nachstehenden Anforderungen auf die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat beziehen, ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat auf die Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter keine Einflussmöglichkeit hat. Auch die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat werden nicht vom Aufsichtsrat bestimmt, sondern von der Hauptversammlung gewählt; der Aufsichtsrat unterbreitet jedoch der Hauptversammlung Wahlvorschläge.

1. Anforderungen an die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder

- Sachkunde, insbesondere
 - unternehmerische Erfahrung;
 - allgemeines Verständnis des Bankgeschäfts;
 - Fähigkeit zum Verständnis und zur Bewertung von Jahresabschlussunterlagen und Berichten an den Aufsichtsrat;
 - nach Möglichkeit spezielle Fachkenntnisse, die für die Geschäftstätigkeit der Bank von Bedeutung sind.

- Zuverlässigkeit.
- Berücksichtigung der in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festgelegten Regel-Altersgrenze von 70 Jahren.
- Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen sowie der vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlenen Begrenzung der Mandatszahl.
- Bereitschaft und Fähigkeit zu ausreichendem zeitlichen Engagement.
- Keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der OLB.

2. Anforderungen an die Zusammensetzung des Gesamtremiums

- Mindestens sechs Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter mindestens ein Vertreter der Anteilseigner, sollen unabhängig im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex sein. Ein Aufsichtsratsmitglied ist nach Maßgabe dieser Kodex-Empfehlung insbesondere dann nicht als unabhängig anzusehen, wenn es in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zur OLB, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann. Hinsichtlich der Arbeitnehmervertreter wird davon ausgegangen, dass deren Unabhängigkeit durch den bloßen Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses nicht berührt wird.
- Mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung im Sinne von § 100 Abs. 5 AktG.
- Mindestens ein Mitglied mit ausgeprägter Erfahrung im Bankgeschäft.
- Nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der OLB.
- Angemessene Beteiligung von Frauen, d. h. Nominierung von mindestens jeweils einer weiblichen Kandidatin auf Anteilseigner- und Arbeitnehmerseite zur nächsten turnusmäßigen Aufsichtsratswahl im Jahre 2013; dies steht unter dem Vorbehalt, dass der Aufsichtsrat keine Auswahlmöglichkeit für Arbeitnehmervertreter hat.
- Ausgewogene Zusammensetzung dergestalt, dass die gewünschten Fachkenntnisse im Aufsichtsrat möglichst breit vertreten sind.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2013 ist dem [Vergütungsbericht](#) zu entnehmen. Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht obigem Anforderungsprofil, insbesondere wurden bei der Aufsichtsratswahl 2013 sowohl auf Anteilseigner- als auch auf Arbeitnehmerseite weibliche Kandidatinnen nominiert und entsprechend gewählt. Zukünftige Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern werden die oben genannten Ziele berücksichtigen. Der Aufsichtsrat empfiehlt seinen von den Arbeitnehmern gewählten Mitgliedern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Ziele im Hinblick auf die von den zuständigen Gremien der Arbeitnehmer gemachten Wahlvorschläge zu bemühen.

 siehe Seite 024

Beschreibung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Steigerung der Effizienz des Gremiums hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet, nämlich einen Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss, einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss nach § 31 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Aufsichtsrats und die Arbeit des Aufsichtsratsplenums vor; in geeigneten Fällen wurden ihnen auch Beschlusszuständigkeiten übertragen. Die Zusammensetzung, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Ausschüsse sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zu Sitzungen zusammen; sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit steht dem Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zum Stichentscheid zu; dies gilt nicht für den Vermittlungsausschuss.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse und die dort gefassten Beschlüsse.

Der Präsidialausschuss wurde umbenannt und heißt seit dem 10. Dezember 2013 *Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss*; er besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter vier weitere vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an, von denen jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer- und der Anteilseignervertreter gewählt werden. Mindestens ein Mitglied des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses muss über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügen, insbesondere im Hinblick auf Mechanismen zur Ausrichtung der Vergütungssysteme an der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und an der Eigenmittelausstattung der Oldenburgische Landesbank AG. Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss soll mit dem Risikoausschuss zusammenarbeiten und soll sich intern beispielsweise durch das Risikocontrolling und extern von Personen beraten lassen, die unabhängig vom Vorstand sind. Vorstandsmitglieder dürfen nicht an Sitzungen des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses teilnehmen, bei denen über ihre Vergütung beraten wird. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er von der Oldenburgische Landesbank AG angemessene Finanzmittel erhalten. Der Vorsitzende des Ausschusses kann unmittelbar beim Leiter der internen Revision und bei den Leitern der für die Ausgestaltung der Vergütungssysteme zuständigen Organisationseinheiten Auskünfte einholen. Der Vorstand muss hierüber unterrichtet werden. Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder und für sonstige in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallende Personalangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Aufsichtsratsplenium zugewiesen sind. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidungen des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. Zudem bewertet er Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und spricht diesbezüglich Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat aus. Auch die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder als auch des Vorstands in seiner Gesamtheit werden von ihm bewertet. Des Weiteren überprüft er die Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene und gibt diesbezüglich Empfehlungen an den Vorstand ab. Zu seinen Aufgaben gehört ferner die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme des Vorstands und der Mitarbeiter, und insbesondere der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Oldenburgische Landesbank AG haben. Er überwacht, ob die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme ordnungsgemäß einbezogen wurden, und bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement. Zu den Aufgaben des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses zählen darüber hinaus die Zustimmung zur Ernennung von Generalbevollmächtigten, die Zustimmung zu Pensionsregelungen, die Zustimmung zu Organkrediten nach § 15 KWG sowie die Zustimmung zu genehmigungsbedürftigen Mandaten und Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern.

Dem *Risikoausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bis zu sechs weitere Aufsichtsratsmitglieder an, von denen jeweils bis zu drei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell besteht der Risikoausschuss aus sechs Mitgliedern. Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter der internen Revision und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten.

Der Risikoausschuss kann, soweit erforderlich, den Rat externer Sachverständiger einholen und bestimmt Art, Umfang, Format und Häufigkeit der Informationen, die der Vorstand zum Thema Strategie und Risiko vorlegen muss. Er berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene der OLB. Darüber hinaus befasst sich dieser Ausschuss mit der Risikosituation der Bank. Der Risikoausschuss überwacht zudem, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der OLB im Einklang stehen, und unterbreitet gegebenenfalls Vorschläge an den Vorstand, wie die Konditionen im Kundengeschäft in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur gestaltet werden können. Er überprüft, ob die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Ferner erteilt er die Zustimmung zu Krediten, die der Vorstand nicht in eigener Kompetenz entscheiden darf. Schließlich genehmigt der Risikoausschuss den Investitionsplan der Bank und erteilt die Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien, sofern bestimmte Wertgrenzen überschritten werden, sowie zur Gründung von Tochtergesellschaften mit Ausnahme reiner Vermögensverwaltungsgesellschaften.

Der *Prüfungsausschuss* besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie bis zu vier weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell gehören ihm fünf Mitglieder an. Der Vorsitzende des Ausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Sofern der Vorsitzende nicht als unabhängig im Sinne von §§ 100 Abs. 5, 107 Abs. 4 AktG anzusehen ist, muss dem Prüfungsausschuss noch mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung angehören. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Andreas Georgi als Vorsitzender des Prüfungsausschusses unabhängig ist und den erforderlichen Sachverstand besitzt. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann unmittelbar beim Leiter der internen Revision und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten. Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss, die Lage- und Prüfungsberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag sowie den Abhängigkeitsbericht vorab zu prüfen; er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses sowie des Abhängigkeitsberichts vor. Er überwacht den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des internen Kontroll-, des Risikomanagement-, des internen Revisions- sowie Complyancesystems und befasst sich darüber hinaus auch mit den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden letztgenannten Bereiche. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über den Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung des Abschlussprüfers stützt sich auf eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss überwacht die Durchführung der Abschlussprüfung, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen sowie die zügige Behebung der vom Prüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand. Er erteilt den Prüfungsauftrag und befasst sich in diesem Zusammenhang mit den Prüfungsschwerpunkten und dem Honorar des Abschlussprüfers. Zudem erörtert er den Halbjahresfinanzbericht mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schließlich ist der Prüfungsausschuss auch zuständig für die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 Aktiengesetz und der Effizienzprüfung der Aufsichtsratsaktivität.

Dem *Nominierungsausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Nominierungsausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er angemessene Finanzmittel erhalten. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, geeignete Kandidaten bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Anteilseignervertretern in den Aufsichtsrat zu ermitteln und dabei unter anderem auf die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Aufsichtsrats zu achten.

Der Nominierungsausschuss erarbeitet eine Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie eine Strategie zu deren Erreichung. Er bewertet Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Aufsichtsrats und gibt diesbezügliche Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat ab. Zudem bewertet er Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder als auch des Aufsichtsrats in seiner Gesamtheit.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildende Vermittlungsausschuss hat entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vier Mitglieder. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seinem Stellvertreter je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied an. Der Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsratsplenum Vorschläge für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn die für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder im ersten Wahlgang nicht erreicht wird.

Die Mitglieder der Aufsichtsratsausschüsse wurden nach der Hauptversammlung neu gewählt. Die Aufsichtsratsausschüsse setzen sich daher seit dem 5. Juni 2013 personell wie folgt zusammen:

Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz
- Christine de Vries

Risikoausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Svenja-Marie Gnida
- Stefan Lübbe
- Andree Moschner
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz

Prüfungsausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Stefan Lübbe
- Andree Moschner
- Rainer Schwarz
- Christine de Vries

Nominierungsausschuss

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Dr. Werner Brinker
- Rainer Schwarz

Vermittlungsausschuss (§ 27 Abs. 3 MitbestG)

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Uwe Schröder
- Gaby Timpe

Einzelheiten zu den im Geschäftsjahr 2013 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie den behandelten Themen enthält der Bericht des Aufsichtsrats.

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre ihre Rechte wahr und üben ihr Stimmrecht aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Stimmrechtsausübung zu erleichtern, bietet die Oldenburgische Landesbank AG ihren Aktionären an, sich in der Hauptversammlung durch von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Die Teilnahme an der Hauptversammlung oder die Ausübung des Stimmrechts setzt die rechtzeitige Anmeldung des Aktionärs zur Hauptversammlung und den Nachweis seiner Berechtigung voraus.

In der jährlich stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung legen Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ab. Die Hauptversammlung hat die ihr nach dem Gesetz eingeräumten Rechte. Sie beschließt unter anderem über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen. Ferner wählt sie die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Einzelheiten über die Tagesordnung und die Stimmrechtsausübung werden den Aktionären mit der Einladung mitgeteilt. Die für die Hauptversammlung notwendigen Berichte und Unterlagen werden zusammen mit der Tagesordnung leicht zugänglich auf der OLB-Internetseite (www.olb.de) veröffentlicht.

Transparenz und Information

Anteilseigner und Dritte werden zeitnah über die wirtschaftliche Entwicklung durch die Veröffentlichung von Abschlüssen, Zwischenabschlüssen und Zwischenmitteilungen informiert. Bei der Erstellung werden die nationalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften berücksichtigt. Die Gesellschaft orientiert sich dabei am **True-and-Fair-View-Prinzip**, sodass die Rechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Darüber hinaus werden Tatsachen, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen, als Ad-hoc-Meldung publiziert und es wird über weitere relevante Informationen berichtet. Alle Daten werden über geeignete Kommunikationsmedien veröffentlicht und stehen auf der Internetseite der Gesellschaft bereit (www.olb.de).

 siehe Glossar Seite 167

Die Oldenburgische Landesbank AG informiert in einem **Finanzkalender**, der auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG im Bereich Investor Relations sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht ist, über die Termine der wesentlichen Ereignisse und Veröffentlichungen (wie Hauptversammlung, Veröffentlichung des Geschäftsberichts).

 siehe Seite 007

Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte („Directors’ Dealings“)

Nach den Regelungen des § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder mit sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen, sofern der Wert der getätigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte 5.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie für sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben besteht diese Pflicht auch für Personen, die mit Personen mit Führungsaufgaben in einer engen Beziehung stehen.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden der Oldenburgische Landesbank AG keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß § 15a WpHG gemeldet.

Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Oldenburgische Landesbank AG betrug zum 31. Dezember 2013 weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

§ 161 Aktiengesetz verpflichtet den Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den im Deutschen Corporate Governance Kodex enthaltenen Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Empfehlungen sind offenzulegen und zu begründen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG haben im Dezember 2013 die turnusmäßige Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben. Danach hat die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen und wird diesen auch künftig entsprechen. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2013 hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 Aktiengesetz

1. Die Oldenburgische Landesbank AG entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im Amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 13. Mai 2013 und wird ihnen auch künftig entsprechen.
2. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom Dezember 2012 hat die Oldenburgische Landesbank AG sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 15. Mai 2012 entsprochen.

Oldenburg, im Dezember 2013
Oldenburgische Landesbank AG

Für den Vorstand:
gez. Dr. Achim Kassow
gez. Jörg Höhling

Für den Aufsichtsrat:
gez. Andree Moschner“

Diese Entsprechenserklärung sowie die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre sind auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG (www.olb.de) im Bereich Investor Relations in der Rubrik Corporate Governance dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Die Oldenburgische Landesbank AG beachtete im Geschäftsjahr 2013 zudem weitgehend die unverbindlichen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Die Oldenburgische Landesbank AG lebt vom Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität der OLB-Gruppe. Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich Mitarbeiter, Führungskräfte und Geschäftsführung verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Kunden und Aktionäre einsetzen.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine Gesellschaft der Allianz Gruppe. Die Allianz Gruppe integriert mit eigenen Initiativen im Rahmen des UN-Global-Compact-Programms und der Anerkennung der OECD-Richtlinie für multinationale Unternehmen Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in das Geschäft. UN Global Compact ist eine Initiative des seinerzeitigen UN-Generalsekretärs Kofi Annan und internationaler Großunternehmen zur Anerkennung der Menschenrechte.

Die vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Mitglieder des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG übernommenen Verhaltensgrundsätze der Allianz Gruppe (Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance) setzen die im UN-Global-Compact-Programm enthaltenen Prinzipien um. Sie bilden Mindeststandards für alle Mitarbeiter. Mit diesen verbindlichen Grundsätzen und Verhaltensregeln sollen Situationen vermieden werden, die das Vertrauen in die Integrität der einzelnen Gesellschaften und ihrer Mitarbeiter erschüttern könnten. Neben den Themenbereichen Korruption, Geldwäsche und Diskriminierung gehen die Verhaltensgrundsätze vor allem auch auf mögliche Interessenkonflikte und deren Vermeidung ein.

Der Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe, der von der OLB Gruppe übernommen wurde, ist auf der Internetseite der Allianz SE veröffentlicht.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise ihrer Ausschüsse

Die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat ist im **Corporate-Governance-Bericht** beschrieben.

 siehe Seiten 008 ff.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2013 ist im **Vergütungsbericht** dargestellt.

 siehe Seiten 018 ff.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats ist im **Corporate-Governance-Bericht** abgebildet. Der Vorstand hat auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen verzichtet.

 siehe Seiten 011 ff.

Vergütungsbericht

Dieser Vergütungsbericht fasst die Struktur, die Prinzipien und die Höhe der Vergütung des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG zusammen. Zudem legt er Zusammensetzung und Höhe der Vergütung des Aufsichtsrats dar. In diesem Vergütungsbericht wird außerdem die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG beschrieben und der Gesamtbetrag aller Vergütungen veröffentlicht.

Die diesbezüglichen Informationen sind als Bestandteil des Konzernlageberichts zu verstehen. Sie werden daher nicht im Konzernanhang wiederholt.

Vergütung des Vorstands

Die Konzeption der Vorstandsvergütung zielt auf Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Struktur wird im Aufsichtsrat beraten und regelmäßig überprüft. Dies ist zuletzt im Dezember 2013 erfolgt. Aufgrund gesetzlicher Änderungen hat der Aufsichtsrat das Vergütungssystem ab dem Jahr 2014 umgestellt (Erläuterungen hierzu stehen am Ende des Abschnitts Vergütung des Vorstands).

Für die Vorstandsvergütung waren folgende Vergütungsgrundsätze maßgeblich:

- Die Gesamtvergütung ist in ihrer Höhe angemessen, um hoch qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden.
- Die Vergütungsstruktur gewährleistet eine ausgewogene Balance zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Vergütungsbestandteilen.
- Das Anreizsystem ist wirksam ausgestaltet, auch bei einem sich gegebenenfalls ändernden Geschäftsumfeld.
- Die erfolgs- und leistungsbezogenen variablen Vergütungselemente stehen im Einklang mit den strategischen und finanziellen Interessen der Oldenburgische Landesbank AG.
- Die Gesamtvergütung richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie den erbrachten Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder.

Das im Jahr 2013 geltende Vergütungssystem für den Vorstand bestand aus den folgenden Komponenten:

Erfolgsunabhängige Vergütung

Die erfolgsunabhängige Vergütung enthält fixe Bezüge und sonstige Vergütungsbestandteile:

- a) *Fixe Bezüge.* Die Grundvergütung ist ein fester Betrag, bestehend aus zwölf monatlichen Zahlungen. Ihre Höhe wird zum einen von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt, zum anderen von den externen Marktbedingungen beeinflusst.
- b) *Sonstige Vergütungsbestandteile.* Geldwerte Vorteile aus Sach- und Nebenleistungen werden je nach Funktion und Position in unterschiedlichem Umfang gewährt und müssen individuell versteuert werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um marktübliche Versicherungsleistungen, die Bereitstellung von Dienstwagen sowie Aufwandsersatz für Kosten der doppelten Haushaltsführung.

Erfolgsabhängige Vergütung

Die erfolgsabhängige Vergütung besteht aus verschiedenen Komponenten und gewährleistet eine angemessene Balance zwischen kurz- und mittelfristigen finanziellen Zielen, längerfristigem Erfolg und nachhaltiger Unternehmenswertsteigerung. Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung sind in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem **Allianz Sustained Performance Plan (ASPP)**, beschrieben. Zur Festlegung der erfolgsabhängigen Vergütung trifft der Aufsichtsrat jährlich eine Zielvereinbarung mit den einzelnen Mitgliedern des Vorstands, in der die quantitativen und qualitativen Ziele festgelegt werden. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsabhängige Vergütung in der Bandbreite von 0 % bis maximal 165 % der jeweiligen Zielvergütung festsetzen.

Die erfolgsabhängige Vergütung setzt sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

- a) *Jahresbonus.* Die Mitglieder des Vorstands erhalten in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad einer persönlichen Zielvereinbarung einen Jahresbonus. Die Ziele werden zu Beginn des Performance-Zeitraums definiert. In welchem Ausmaß diese Ziele erreicht wurden, wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt und ist für die Höhe des zu zahlenden Jahresbonus ausschlaggebend.
- b) *Mittelfristbonus.* Dem Vorstandsvorsitzenden wird zusätzlich zum Jahresbonus ein Drei-Jahre-Bonus gewährt. Hierzu wird in einem Zeitraum von drei Jahren für jedes Jahr ein Betrag in Höhe des festgesetzten Jahresbonus dotiert. Die Summe dieser Beträge bildet die vorläufige Grundlage für den Mittelfristbonus. Nach Ablauf des jeweiligen Drei-Jahre-Zeitraums prüft der Aufsichtsrat, inwieweit die Zielerreichung nachhaltig war, und legt auf Basis dieser Prüfung die Höhe des Mittelfristbonus fest. Die Abrechnung des Mittelfristbonus 2010–2012 erfolgte im Jahr 2013.
- c) *Aktienbezogene Vergütung.* Die Vorstandsmitglieder nehmen ferner am gruppenweiten Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung (**Allianz Equity Incentive = AEI**) teil. Aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, sogenannten **Restricted Stock Units (RSU)**, gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die RSU besteht eine Haltefrist von vier Jahren ab Zuteilung. Nach Ablauf dieser Frist werden sie automatisch gemäß den Planbedingungen durch die Gesellschaft ausgeübt. Pro RSU erhalten die Vorstandsmitglieder den Gegenwert einer Allianz SE Aktie zu dem nach den Planbedingungen maßgeblichen Ausübungskurs. Der entsprechende Betrag wird in bar, in Allianz SE Aktien oder in sonstigen Ersatzwerten ausgezahlt. Der mögliche Wertzuwachs der RSU kann maximal 200 % des Aktienkurses bei Zuteilung betragen.

 siehe Glossar Seite 164 und 166

Im Rahmen des bis zum Jahr 2010 geltenden Allianz Programms für die aktienbezogene Vergütung (**Group Equity Incentive = GEI**) wurden neben RSU auch sogenannte **Stock Appreciation Rights (SAR)** ausgegeben. Hierbei handelt es sich um virtuelle **Optionen**, die dazu berechtigen, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Allianz SE Aktie am Tage der Ausübung und dem Zuteilungskurs in bar ausgezahlt zu bekommen. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Zuteilungskurses beschränkt. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren. Voraussetzung für die Ausübung der SAR ist zum einen, dass der Kurs der Allianz SE Aktie mindestens 20 % über dem Zuteilungskurs liegt. Zum anderen muss die relative Kursentwicklung der Allianz SE Aktie während der Laufzeit die Entwicklung des **Dow Jones EURO STOXX Price Index (600)** mindestens einmal während einer Frist von fünf aufeinander folgenden Börsentagen übertroffen haben. Die SAR verfallen nach sieben Jahren, sofern sie bis dahin nicht gemäß den Planbedingungen ausgeübt wurden. Soweit die bis 2010 gewährten SAR noch nicht ausgeübt wurden, bleiben sie gültig, bis die entsprechenden Pläne ausgelaufen sind. Im Rahmen des neuen Allianz Equity Incentive Programms werden keine SAR mehr ausgegeben.

 siehe Glossar Seite 165 und 167

 siehe Glossar Seite 165

Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweist die Bank auf die Angaben im Anhang des Konzernabschlusses des OLB-Konzerns.

Betriebliche Altersvorsorge

Die amtierenden Mitglieder des Vorstands erhalten im Rahmen ihres Dienstvertrags eine betriebliche Altersvorsorge in Form einer beitragsorientierten Regelung.

Individualisierte Vorstandsvergütung 2013

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2013 in individualisierter Form ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

in Tsd. Euro		Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile		Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile			Gesamt
		Fixe Bezüge	Sonstige Vergütungsbestandteile	Jahresbonus (kurzfristig)	Drei-Jahre-Bonus (mittelfristig)	Aktienbezogene Vergütung (langfristig)	
	2013	440,0	42,8	175,3	175,3¹	175,3	1.008,7
Dr. Achim Kassow	2012	440,0	52,1	201,3	201,3 ²	201,3	1.096,0
	2013	220,0	27,1	156,2	—	156,2	559,5
Dr. Thomas Bretzger	2012	110,0	13,5	92,9	—	392,9 ³	609,3
	2013	220,0	15,4	110,7	—	110,7	456,8
Jörg Höhling	2012	220,0	15,2	188,0	—	188,0	611,2
	2013	220,0	19,2	204,6	—	204,6	648,4
Karin Katerbau	2012	156,0	24,5	137,5	—	637,5 ⁴	955,5
Gesamtvergütung	2013	1.100,0	104,5	646,8	175,3	646,8	2.673,4
	2012 ⁵	1.036,0	116,2	716,7	201,3	1.516,7	3.586,9

¹ Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wird dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet und künftig entfallen.

² Der Drei-Jahre-Bonus bezieht sich auf die Periode 2010 – 2012. Da Herr Dr. Achim Kassow am 1. August 2011 in den Vorstand eingetreten ist, erhält er diesen Bonus zeitanteilig für den Zeitraum 01.08.2011 bis 31.12.2012. Für diesen Zeitraum hat der Aufsichtsrat die Bonushöhe auf insgesamt 293 Tsd. Euro festgelegt. Der hier ausgewiesene Betrag entspricht diesem Betrag abzüglich der bereits für 2011 für die Bonusdotierung gebildeten Rückstellung in Höhe von 91,7 Tsd. Euro.

³ Dieser Betrag setzt sich aus der vertragsgemäßen Zuteilung von Restricted Stock Units (RSU) für 2012 sowie einer Sonderzuteilung von RSU als Ausgleich verfallener Ansprüche bei Herrn Dr. Thomas Bretzgers Vorarbeitgeber zusammen.

⁴ Dieser Betrag setzt sich aus der vertragsgemäßen Zuteilung von Restricted Stock Units (RSU) für 2012 sowie einer Sonderzuteilung von RSU als Ausgleich verfallener Ansprüche bei Frau Karin Katerbaus Vorarbeitgeber zusammen.

⁵ Die Gesamtsummen 2012 geben die Vergütung aller im Geschäftsjahr 2012 aktiven Mitglieder des Vorstands wieder. Sie enthalten daher auch die Vergütung des im Jahr 2012 aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitglieds Herr Dr. Stefan Friedmann.

Zum 31. Dezember 2013 betrug die Anzahl der von den aktiven Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 5.756 Stück SAR sowie 29.567 Stück RSU. Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweist die Bank auf die [Anhangangabe zur aktienbezogenen Vergütung](#).

 siehe Seite 142

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 betrug 2,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3,6 Mio. Euro).

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2013 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 425 Tsd. Euro (Vorjahr: 430 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2013 mit 24,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 21 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 60 Tsd. Euro (Vorjahr: 75 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,5 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Darlehenszusagen und Avalkreditzusagen an Mitglieder des Vorstands bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

 siehe Glossar Seite 164

Für die Betriebliche Altersversorgung und vergleichbare Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2013 für Frau Katerbau 80 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Kassow 164 Tsd. Euro, für Herrn Dr. Bretzger 81 Tsd. Euro und für Herrn Höhling 85 Tsd. Euro als **Current Service Cost** gemäß IAS 19 aufgewendet.

 siehe Glossar Seite 164 und 165

Am 31. Dezember 2013 betrug der versicherungsmathematische Barwert – auf Basis IFRS – der Pensionsverpflichtungen für die im Geschäftsjahr 2013 aktiven Vorstandsmitglieder 1.220 Tsd. Euro (Vorjahr: 763 Tsd. Euro). Davon entfielen auf Frau Katerbau 136 Tsd. Euro, Herrn Dr. Kassow 397 Tsd. Euro, Herrn Dr. Bretzger 120 Tsd. Euro und Herrn Höhling 567 Tsd. Euro.

 siehe Glossar Seite 165

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden Ruhegehälter in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. Euro gezahlt. Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene betrug 19,3 Mio. Euro (Vorjahr: 20,3 Mio. Euro).

Ausblick

Aufgrund gesetzlicher Änderungen durch das CRD IV-Umsetzungsgesetz sowie neuer Kodexempfehlungen zur Vorstandsvergütung hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung im Dezember 2013 eine entsprechende Anpassung des Vergütungssystems für den Vorstand sowie Anpassungen der individuellen Vergütungen der Vorstandsmitglieder beschlossen. Nach dem neuen Vergütungssystem darf die variable Vergütung künftig jeweils 100 % der fixen Vergütung nicht mehr überschreiten. Im Rahmen einer unter Einschluss der Aufwendungen für die Altersversorgung und bei einer unterstellten Zielerreichung von 100 % unveränderten Gesamtvergütung wurde daher für alle Vorstandsmitglieder die fixe Vergütung angehoben und die variable Vergütung gekürzt. Die maximal mögliche Zielerfüllung für die erfolgsabhängige Vergütung wurde von 165 % auf 150 % reduziert. Zudem erhalten alle Vorstandsmitglieder künftig zwei variable Vergütungsbestandteile, den Jahresbonus und die RSU. Der Mittelfristbonus für den Vorstandsvorsitzenden wird künftig entfallen. Dessen Abrechnung für das Jahr 2013 erfolgt gemeinsam mit dem Jahresbonus im Jahr 2014. Um die Nachhaltigkeit der Vorstandsvergütung weiter zu verbessern, werden 50 % der RSU ab dem Jahr 2014 zusätzlichen Nachhaltigkeitskriterien unterworfen. Der Aufsichtsrat kann dadurch bei Eintritt bestimmter, schwerwiegender Ereignisse bis zu 50 % der zugeteilten RSU bis zur jeweiligen Ausübung verfallen lassen. Der Aufsichtsrat hat zudem ein angestrebtes Versorgungsniveau für die einzelnen Vorstandsmitglieder und Höchstgrenzen für die Vorstandsvergütung insgesamt sowie hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsbestandteile festgelegt.

Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG

Vergütungssystem

Das Vergütungssystem der Oldenburgische Landesbank AG sieht prinzipiell die Zahlung von zwölf Bruttomonatsgehältern vor. Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Mitte des Monats.

Sofern für das Vertragsverhältnis die Bestimmungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zur Anwendung kommen, besteht generell ein Anspruch auf eine tariflich garantierte Sonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts (sogenanntes 13. Bruttomonatsgehalt), das in der Regel im November eines Jahres zur Auszahlung kommt. Für diese Sonderzahlung gelten allgemeine Bedingungen, die zeitnah vor der Auszahlung veröffentlicht werden.

Weitere Gehaltsbestandteile sind in der Regel:

- Vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 40,00 Euro pro Monat (bei Vollzeitätigkeit)
- Bausteine der Betrieblichen Altersvorsorge
- Provisionszahlungen (durch Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungen, Immobilien)

Im Folgenden werden die Vergütungssysteme für die Auszubildenden sowie die tariflich und die außertariflich angestellten Mitarbeiter erläutert.

Auszubildende

Auszubildende erhalten eine monatliche Ausbildungsvergütung gemäß Tarifvertrag für das private Bankgewerbe. Zusätzlich können die Auszubildenden Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, erfolgen generell nur auf freiwilliger Basis. Hierunter fällt z. B. die mögliche Zahlung einer Abschlussvergütung. Die Entscheidung über die Zahlung einer Abschlussvergütung trifft der Vorstand unter Berücksichtigung der Geschäftslage der Bank. Die hierfür geltenden Bedingungen werden rechtzeitig vor dem Auszahlungstermin im April bekannt gegeben.

Tarif-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter

Im Tarifbereich richtet sich die Höhe der monatlichen Bruttogehaltsbezüge nach der entsprechenden tariflichen Eingruppierung und dem jeweiligen Berufsjahr gemäß der jeweils aktuellen Gehaltstabelle des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe.

Zusätzlich können die tariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften. Variable Vergütungsbestandteile im Tarifbereich aufgrund von Zielvereinbarungen sind nicht vorgesehen.

Für etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, gilt das zu den Auszubildenden Aufgeführte entsprechend.

Außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Prokuristen

Im außertariflichen Bereich zahlt die Bank ein außertarifliches monatliches Bruttogrundgehalt. Darüber hinaus wird im Rahmen von Zielvereinbarungen eine variable Vergütung gezahlt, wobei der Zielerreichungsgrad eine Spanne zwischen 70 % und 120 % abdecken kann, was einer Bandbreite von 1,5 bis 3,5 Bruttomonatsgehältern entspricht. Zusätzlich können die außertariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene erhalten eine fixe Vergütung in Form eines monatlichen Bruttogehalts sowie eine individuelle Zieltantieme mit einem Zielerreichungsgrad zwischen 60 % und 140 %. Provisionen durch die Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen können von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zweiten Führungsebene nicht erwirtschaftet werden.

Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung im Oldenburgische Landesbank Konzern, unterteilt nach den Geschäftsbereichen, ist in der folgenden Tabelle aufgeführt:

in Euro	Gesamtvergütung 2013				
	fix	variabel	Mitarbeiter ¹	Provisionen	Summe
OLB Regionalbank	90.395.138	17.004.056	2.623	4.074.182	111.473.376
Allianz Bank ²	12.962.755	4.349.265	449	3.428	17.315.448
Summe Oldenburgische Landesbank AG	103.357.893	21.353.321	3.072	4.077.610	128.788.824
Münsterländische Bank Thie & Co. KG	1.410.234	352.549	34	668	1.763.451
Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG	1.235.400	192.289	37	21.337	1.449.026
Summe Tochtergesellschaften	2.645.634	544.838	71	22.005	3.212.477
Gesamtsumme Oldenburgische Landesbank Konzern	106.003.527	21.898.159	3.143	4.099.615	132.001.301

¹ Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütung nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV)
² Einstellung des Geschäftsbetriebs zum 30. Juni 2013

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungssystem

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Sie ist in § 13 der Satzung geregelt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine reine Festvergütung. Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder.

Vergütung für Aufsichtsrats Tätigkeit

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine jährliche Festvergütung in Höhe von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält 100.000 Euro, sein Stellvertreter 75.000 Euro.

Vergütung für Ausschusstätigkeit

Die Mitglieder des Risiko- und Prüfungsausschusses erhalten eine zusätzliche jährliche Vergütung von jeweils 15.000 Euro. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss wird mit 12.500 Euro vergütet. Die Vorsitzenden der Ausschüsse bekommen jeweils das Doppelte. Für die Mitgliedschaft im Nominierungs- und Vermittlungsausschuss ist keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

Sitzungsgeld

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilnehmen, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Überblick

Die Aufsichtsratsmitglieder Moschner und Dr. Naumann hatten im Berichtsjahr gleichzeitig Vorstandsmandate in Gesellschaften des Allianz Konzerns inne und verzichteten deshalb auf eine Vergütung ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit.

in Euro		Festvergütung	Ausschussvergütung	Sitzungsgeld	Gesamtvergütung
Andree Moschner ¹ , Vorsitzender	2013	—	—	—	—
	2012	—	—	—	—
Manfred Karsten, stellv. Vorsitzender (bis 5.6.2013)	2013	37.500	6.250	1.500	45.250
	2012	75.000	12.500	2.500	90.000
Uwe Schröder, stellv. Vorsitzender (ab 5.6.2013)	2013	64.583	28.750	3.000	96.333
	2012	50.000	27.500	2.500	80.000
Dr. Werner Brinker	2013	50.000	—	2.500	52.500
	2012	50.000	—	2.500	52.500
Claas E. Daun (bis 5.6.2013)	2013	25.000	—	1.000	26.000
	2012	50.000	—	2.500	52.500
Carsten Evering (bis 5.6.2013)	2013	25.000	15.000	2.000	42.000
	2012	50.000	30.000	3.000	83.000
Prof. Dr. Andreas Georgi	2013	50.000	72.500	3.000	125.500
	2012	50.000	72.500	2.500	125.000
Svenja-Marie Gnida (ab 5.6.2013)	2013	29.167	8.750	1.500	39.417
	2012	—	—	—	—
Stefan Lübbe	2013	50.000	36.250	2.500	88.750
	2012	50.000	27.500	2.500	80.000
Dr. Thomas Naumann ¹ (bis 5.6.2013)	2013	—	—	—	—
	2012	—	—	—	—
Prof. Dr. Petra Pohlmann (ab 5.6.2013)	2013	29.167	—	1.500	30.667
	2012	—	—	—	—
Horst Reglin	2013	50.000	—	2.500	52.500
	2012	50.000	—	2.500	52.500
Rainer Schwarz ²	2013	50.000	42.500	3.000	95.500
	2012	—	—	—	—
Carl-Ulfert Stegmann (ab 5.6.2013)	2013	29.167	—	1.500	30.667
	2012	—	—	—	—
Jörg Thöle (bis 5.6.2013)	2013	25.000	—	1.500	26.500
	2012	50.000	—	2.500	52.500
Gabriele Timpe (ab 5.6.2013)	2013	29.167	—	1.500	30.667
	2012	—	—	—	—
Christine de Vries (ab 5.6.2013)	2013	29.167	16.042	1.500	46.709
	2012	—	—	—	—
Summe	2013	572.918	226.042	30.000	828.960
	2012	475.000	170.000	23.000	668.000

¹ Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung

² Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung bis Geschäftsjahr 2012

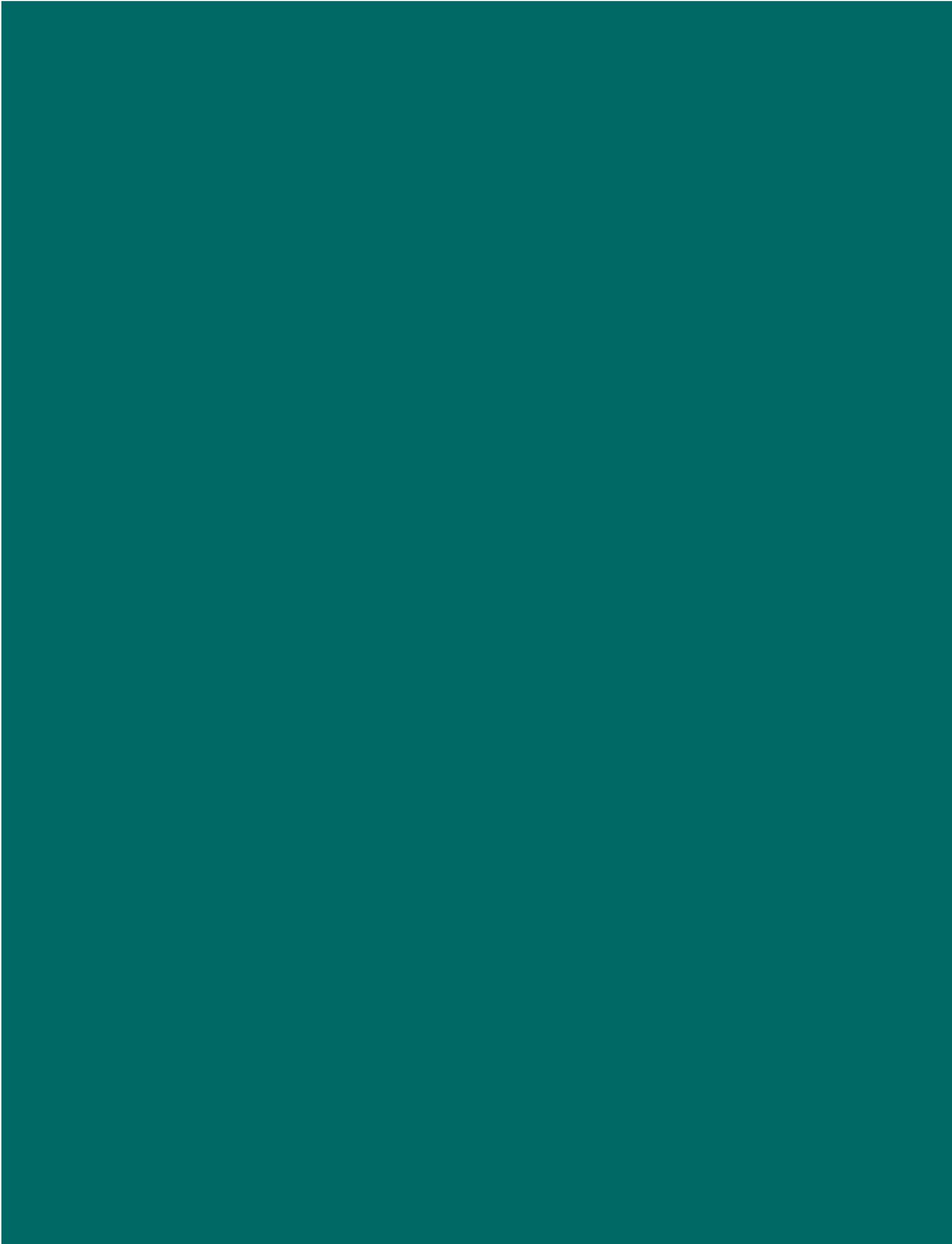
Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013 einschließlich Sitzungsgeldern betrug 828.960 Euro (Vorjahr: 668.000 Euro).

Die auf die Gesamtvergütung und die Sitzungsgelder entfallende gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von 144.186 Euro wurde erstattet.

Des Weiteren hat Herr Claas E. Daun 2.000 Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG erhalten.

Kredite an Aufsichtsratsmitglieder

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2013 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 309,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 241,1 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2013 mit 128,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 14,1 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 2,95 % und 8,49 %. Daneben bestand ein Avalkredit in Höhe von 5,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 46,6 Tsd. Euro), für den eine Avalprovision in Höhe von 3,25 % gezahlt wurde. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.927 Tsd. Euro (Vorjahr: 730,3 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2013 mit 3,863 Tsd. Euro in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,45 % und 6,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 125,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 126,5 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 2,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 3,9 Tsd. Euro) ausgenutzt.



KONZERNLAGEBERICHT

Für das Geschäftsjahr 2013 sind erstmals die Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) Nr. 20 Konzernlagebericht anwendbar. Aus der Umsetzung resultieren im Vergleich zum Vorjahr einige Änderungen in Inhalt und Form des vorliegenden Konzernlageberichts.

Grundlagen des Konzerns	028
Wirtschaftsbericht	032
Geschäftsentwicklung	034
Prognosebericht	045
Konzernrisikobericht	048

Grundlagen des Konzerns

Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB) ist eine börsennotierte Regionalbank, die das Bankgeschäft für Firmen- und Privatkunden betreibt. Kerngeschäft der OLB ist das kommerzielle Bankgeschäft im Nordwesten Deutschlands. Seit 1869 ist die OLB hier zu Hause. Das Geschäftsgebiet mit mehr als 170 Niederlassungen erstreckt sich zwischen Weser, Ems und Nordsee. Mit erfahrenen Betreuern für Firmenkunden, Privatkunden, Private Banking und Freiberuflerkunden, spezialisierten Beratern für die regional starke Landwirtschaft und Erneuerbare Energien sowie gelebter gesellschaftlicher Verantwortung ist die OLB für die Menschen und die Region da.

Im Konzern werden mit dem Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg, und der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, zwei Banktochtergesellschaften konsolidiert, bei denen die OLB die überwiegende Mehrheit der Stimmrechte und sämtliche Anteile am Kapital hält. Beide Institute ergänzen mit ihrer Ausrichtung auf das gehobene Privatkundengeschäft das Angebot der OLB. Daneben hält die OLB diverse kleinere Beteiligungen, die u. a. der Vernetzung in der Finanzindustrie und in der regionalen Wirtschaft dienen.

Im Geschäftsjahr 2013 unterteilte sich der Geschäftsbetrieb der OLB auf die Segmente Regionalbank und die Allianz Bank. Nach Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank zum 30. Juni 2013 konzentriert sich die OLB auf ihr Stammgeschäft, das im Segment Regionalbank zusammengefasst wurde. Der Anspruch der OLB, die hiesigen Privat- und Geschäftskunden, Private Banking- und Freiberuflerkunden sowie die Firmenkunden umfassend und individuell zu beraten, erfordert eine systematische Zielgruppenorientierung in den Markteinheiten. Die künftige Steuerung und Berichterstattung basiert daher auf drei strategischen Geschäftsfeldern: Privat- und Geschäftskunden, Private Banking & Freie Berufe, Firmenkunden.

Das Privat- und Geschäftskundengeschäft umfasst das klassische Filial-Geschäft mit Privatpersonen und kleinen Geschäftskunden. Es ist die wichtigste Quelle der OLB für eine stabile Einlagen- und damit Liquiditäts- bzw. Refinanzierungsbasis. Über das Einlagengeschäft hinaus sind die Kontoführung, Zahlungsverkehrsabwicklung, Konsumentenkredite, private Baufinanzierungen, kleinere Geschäftskredite, Absicherung/Vorsorge und die strukturierte Vermögensanlage die wesentlichen Produktgruppen.

Im Segment Private Banking & Freie Berufe erfolgt eine individuelle, ganzheitliche Teambetreuung von der Anlageberatung bis zum Kreditgeschäft. Neben den klassischen Bankprodukten im Zahlungsverkehrs-, Einlagen- und Kreditgeschäft und individuellen Lösungen bei der privaten Absicherung und Vorsorge liegt in diesem Geschäftsfeld ein besonderer Fokus auf der Vermögensanlage mit starker Ausrichtung auf gemanagte Anlageformen und Vermögensverwaltung sowie auf der orderbegleitenden Wertpapierberatung und der Immobilienvermittlung.

Im Segment Firmenkunden konzentriert sich die OLB auf das angestammte breite mittelständische Firmenkundenkreditgeschäft mit den regionalen Schlüsselbranchen Erneuerbare Energien sowie Landwirtschaft und Ernährung. Neben dem Kreditgeschäft bilden der Zahlungsverkehr und das Auslandsgeschäft den Schwerpunkt des OLB-Angebots.

Die geschäftspolitische Grundlage für das Steuerungssystem der Bank sind die Geschäfts- und Risikostrategie. Beide strategischen Dokumente werden vom Vorstand der OLB beschlossen und mindestens einmal jährlich überprüft, um veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu berücksichtigen.

Ziel des Steuerungssystems ist die Formulierung strategischer Ziele und Maßnahmen, die Messbar-machung deren Umsetzung sowie deren regelmäßige und nachhaltige Beurteilung. Das Steuerungssystem ist darauf ausgerichtet, frühzeitig Soll-Ist-Abweichungen in der Gesamtbank sowie innerhalb der strategischen Geschäftsfelder zu identifizieren und damit relevante Handlungsfelder aufzuzeigen. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass die Geschäftsführung bei erkannten Ziel-Abweichungen möglichst direkt Maßnahmen zur Korrektur der Geschäftsaktivitäten beschließen kann.

Die Steuerung der OLB orientiert sich dabei an der kundengruppenspezifischen, vertrieblichen Aufbauorganisation entlang der drei strategischen Geschäftsfelder. Sie erfolgt insbesondere über das operative Ergebnis und seine wesentlichen Komponenten: Laufende Erträge, Laufende Aufwendungen sowie Risikovorsorge. Neben diesen GuV-Kennzahlen soll auch die Kosteneffizienz der Geschäftsfelder bewertet werden. In der OLB wird dies über den Ausweis der **Cost-Income-Ratio** im internen Berichtswesen sichergestellt. Über diese klassischen Finanzkennzahlen hinaus werden außerdem die Kundenanzahl sowie das Geschäftsvolumen als wesentliche geschäftsfeldübergreifende Performance-Indikatoren angesehen.

 siehe Glossar Seite 164

Das Reporting der wesentlichen Steuerungsgrößen erfolgt monatlich und enthält eine ausführliche Kommentierung, die dem Vorstand die wesentlichen aktuellen Entwicklungen und Handlungsfelder aufzeigt.

Angaben nach § 289 Abs. 4 und § 315 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Oldenburgische Landesbank AG in Höhe von 60.468.571,80 Euro ist in 23.257.143 **Stückaktien** zerlegt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme. Die Anteile der Aktionäre am Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihrem Anteil am Grundkapital (§ 60 Aktiengesetz, AktG). Vom Stimmrecht und dem Gewinnbezugsrecht ausgenommen sind von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien (§ 71b AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung ausgeschlossen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den Regelungen des Aktiengesetzes, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

 siehe Glossar Seite 167

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Stimmrechtsbeschränkungen oder Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand 31.12.2013). Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE, München.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle bei von Arbeitnehmern gehaltenen Aktien

Sofern Arbeitnehmer am Kapital der Oldenburgische Landesbank AG beteiligt sind, nehmen diese ihre Kontrollrechte unmittelbar wahr.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie über Satzungsänderungen

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgen gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat. Vorstandsmitglieder werden für eine Amtsdauer von höchstens fünf Jahren bestellt, wobei eine Verlängerung der Amtszeit und eine wiederholte Bestellung zulässig sind. Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und für die Leitung eines Kreditinstituts fachlich geeignet sind (vgl. § 33 Abs. 1 Nr. 2, 4 Kreditwesengesetz, KWG).

Die Absicht, ein neues Mitglied des Vorstands zu bestellen, sowie die Bestellung selbst sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KWG anzuzeigen. Der Vorstand besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Auf den Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG finden die Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) Anwendung. Nach § 31 Abs. 2 MitbestG erfordert die Bestellung eines Vorstandsmitglieds eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, richtet sich das weitere Verfahren nach § 31 Abs. 3 und 4 MitbestG.

Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG). Die Beschlussfassung folgt denselben Regeln, die für die Bestellung gelten. Das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ist der BaFin nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 KWG anzuzeigen. § 36 KWG gibt der BaFin unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands zu verlangen. Ein Abberufungsverlangen kommt insbesondere bei Unzuverlässigkeit oder mangelnder fachlicher Eignung eines Vorstandsmitglieds in Betracht.

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 133 Abs. 1 AktG) und einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AktG). § 16 Abs. 5 Satz 2 der Satzung sieht vor, dass anstelle der in § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG geforderten Kapitalmehrheit (mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) die einfache Kapitalmehrheit ausreicht, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, wurde in § 12 der Satzung dem Aufsichtsrat übertragen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 26. Mai 2015 eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Gemäß § 6 der Satzung ist der Vorstand ferner ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Durch diese Ermächtigung wird der Vorstand in die Lage versetzt, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken.

Im Übrigen richten sich die Möglichkeiten des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzuerwerben, nach den gesetzlichen Vorschriften.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Vertragspartei folgender Vereinbarungen, die bestimmte Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots beinhalten:

- Im Rahmen des Allianz Sustained Performance Plan (ASPP) werden Restricted Stock Units (RSU), also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe, einschließlich der Oldenburgische Landesbank AG, ausgegeben. Darüber hinaus wurden bis 2010 im Rahmen des Group-Equity-Incentive(GEI)-Programms auch Stock Appreciation Rights (SAR), also virtuelle Optionen auf Allianz Aktien, ausgegeben, die teilweise noch bestehen. Die Bedingungen für diese RSU und SAR enthalten Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control-Klauseln). Diese kommen zur Anwendung, wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals an der Oldenburgische Landesbank AG durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird. Die Change of Control-Klauseln sehen eine Ausnahme von den ordentlichen Ausübungsfristen vor. Die RSU werden gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die SAR werden gemäß den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne am Tag des Kontrollwechsels abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ausgeübt. Die Ausübung der SAR setzt aber voraus, dass die Erfolgshürden erfüllt sind. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Ausübungssperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.
- Zum 30. Juni 2013 ist die Geschäftstätigkeit der Allianz Bank eingestellt worden. Für bestimmte Kundengruppen (Allianz Mitarbeiter, Allianz Vertreter sowie bestimmte, begrenzte Zielkundengruppen) werden die Geschäftsbeziehungen jedoch über diesen Zeitpunkt hinaus fortgeführt, ebenso wie die nicht kündbaren längerfristigen Verträge aus dem Bereich der Allianz Bank (z. B. Baufinanzierungen). Für die vorgenannten Vertragsbeziehungen wie auch für alle Geschäfte aus dem Segment Allianz Bank bis zum 30. Juni 2013 besteht mit der Allianz Deutschland AG eine Vereinbarung, wonach die Allianz Deutschland AG diesbezügliche Verluste vor Steuern auszugleichen hat. Entsprechend dieser Vereinbarung wurden von der Allianz Deutschland AG die Kosten für die Einstellung des Geschäftsbetriebes der Allianz Bank zum 30. Juni 2013 und den korrespondierenden Mitarbeiterabbau übernommen. Die Verlustübernahme läuft vertragsgemäß bis zum 31. Dezember 2014. Nach Ablauf der Befristung hat die Oldenburgische Landesbank AG zu entscheiden, ob die fortgeführten Vertragsbeziehungen aus diesem Bereich künftig ohne Verlustausgleich auf eigene Rechnung fortgeführt werden sollen oder auf Kosten der Allianz Deutschland AG abgewickelt werden (soweit rechtlich möglich).

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschland und Europäischer Wirtschaftsraum

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2013 auf einem moderaten Wachstumspfad bewegt. Der lange Winter belastete das erste Quartal des Jahres, was aber aufgrund von Nachholeffekten zu einem beschleunigten Wachstum im zweiten Quartal führte. Diese Erholung hat sich im zweiten Halbjahr auf niedrigem Niveau fortgesetzt. Insgesamt zeigte sich sowohl in Deutschland als auch im übrigen Europa eine breit angelegte Verbesserung, die sich auf höhere Auftragsgänge und steigende Stimmungsindikatoren stützen konnte. Das deutsche **Bruttoinlandsprodukt** legte im Gesamtjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr allerdings lediglich um 0,4 % zu.

 siehe Glossar Seite 164

Nachdem in den vergangenen Jahren insbesondere außenwirtschaftliche Impulse die deutsche Wirtschaft vorantrieben, stützten 2013 verstärkt binnenwirtschaftliche Faktoren das Wachstum. Basis dafür waren eine niedrige Arbeitslosenquote, anhaltendes Beschäftigungswachstum und in diversen Branchen spürbare Verdienstzuwächse, die insgesamt die privaten Haushalte zu höheren Konsumausgaben ermunterten. Das niedrige Zinsniveau gepaart mit einer allgemeinen Zuversicht hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland förderte zudem den privaten Wohnungsbau. Weiterhin zurückhaltend agierten hingegen die Unternehmen, die eine geringe Investitionsfreude zeigten.

Die Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind nach wie vor höher als gewöhnlich. Dabei kommt dem Fortgang der Finanz- und Staatsschuldenkrise im Euroraum weiterhin eine große Bedeutung zu. Insgesamt hat sich die Situation an den Finanzmärkten in den vergangenen Monaten aber deutlich beruhigt, wozu die Zentralbanken mit einer weiterhin gelockerten monetären Politik nicht unerheblich beigetragen haben.

Bei einer fortgesetzten Entspannung der Krise in den Anrainerstaaten des europäischen Mittelmeerraums ist perspektivisch mit wieder steigenden Wachstumsraten in der gesamten Europäischen Union zu rechnen. Positive Signale gehen hierbei von makroökonomischen Daten insbesondere in den Peripherieländern der Europäischen Währungsunion aus. Unbefriedigend ist allerdings weiterhin die Entwicklung der Staatsverschuldung in diesen Ländern. Da Deutschlands Haupthandelspartner nach wie vor europäische Staaten sind, wird auch die deutsche Wirtschaft von einer Erholung profitieren und gegenüber 2013 verbesserte Wachstumsraten ausweisen.

Trotz der verbesserten wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland und Europa geht die OLB im Euroraum weiterhin von einem anhaltend niedrigen Zinsniveau (im kurz-, mittel- und langfristigen Laufzeitenbereich) mit einem normalen Verlauf der Zinsstrukturkurve aus. Diese Einschätzung stützt sich vor allem auf die weiterhin hohen Haushaltsdefizite in den Mittelmeerstaaten inkl. Frankreich, die eine kurzfristige Anhebung des Zinsniveaus durch die Europäische Zentralbank (EZB) unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Wirtschaft im Nordwesten

Die nordwestdeutsche Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren trotz struktureller Besonderheiten weitgehend im Gleichklang mit der bundesdeutschen Wirtschaft entwickelt. Es ist jedoch bemerkenswert, dass der Einbruch im Zuge der Finanzmarktkrise des Jahres 2009 im Nordwesten deutlich schwächer ausfiel als in der Bundesrepublik insgesamt. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die mit rund 30 % im Bundesvergleich (ca. 45 %) deutlich geringere Exportquote im Weser-Ems-Raum sein. Dadurch wirken sich außenwirtschaftliche Einflüsse – positive wie negative – nicht so stark auf diese Region aus wie auf die bundesdeutsche Gesamtwirtschaft. Während dies auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise den Abschwung im Nordwesten abgemildert hat, wirkte die in den vergangenen Jahren weiter gesunkene Exportquote aber ebenso dämpfend auf den nachfolgenden Aufschwung, der im Wesentlichen durch außenwirtschaftliche Impulse getrieben war.

Der Gleichklang mit der gesamtdeutschen Konjunktur zeigte sich auch in der konjunkturellen Entwicklung der nordwestdeutschen Wirtschaft im Jahresverlauf 2013. Ebenso wie im übrigen Bundesgebiet stabilisierte sich die wirtschaftliche Lage in der Region nach einem gedämpften Start in das Jahr zunächst und belebte sich dann im weiteren Jahresverlauf.

Auch für die kommenden Jahre rechnet die OLB mit einem Gleichlauf der regionalen mit der bundesdeutschen Konjunktur, sodass sich die Wachstumsraten im Geschäftsgebiet der OLB analog der bundesdeutschen Entwicklung 2014 weiter verbessern sollten.

Bankenumfeld

Die Finanzwirtschaft befindet sich seit Jahren in einer Phase des Umbruchs und der Erneuerung. Besonders relevante Auswirkungen ergeben sich aus dem beschleunigten Wandel des regulatorischen Umfelds, einer zunehmenden Wettbewerbsintensität im Privat- und Firmenkundengeschäft sowie einem sich spürbar wandelnden Nutzungsverhalten der Kunden mit erhöhten Anforderungen an die technisch-organisatorischen und personellen Ressourcen einer Bank.

Auf Seiten der Gesetzgeber und der Aufsichtsbehörden sind zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung von Liquidität und Eigenkapital der Banken sowie zum Verbraucherschutz auf den Weg gebracht bzw. bereits umgesetzt worden. Besonders hervorzuheben sind die Regelungen, welche in der Capital Requirement Directive (CRD) IV bzw. Capital Requirement Regulation (CRR) der Europäischen Union umgesetzt sind und ab 2014 bindend sind. Diese neuen Regelungen erhöhen vor allem die quantitativen und qualitativen Anforderungen an das haftende Eigenkapital und die Liquiditätsposition von Banken und müssen schrittweise bis 2019 umgesetzt werden.

Zudem verschärft sich das wettbewerbliche Umfeld u. a. durch eine sich verstärkende Rückbesinnung insbesondere der überregionalen Institute auf das vergleichsweise stabile Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie den Eintritt neuer Akteure in diese Kundensegmente. Gleichzeitig stellen die stetig wachsende Verbreitung elektronischer Medien sowie ein verändertes Kundenverhalten mit zunehmender Nutzung von Online- und Mobile-Banking-Angeboten das Filialbankgeschäft vor Herausforderungen. Die Folgen sind erhöhte Wettbewerbsintensität und anhaltender Margendruck.

Zusammenfassend betrachtet bedeuten diese Marktveränderungen, dass zahlreichen Kostentreibern in der Finanzwirtschaft eine strukturell bedingt nachlassende Ertragsdynamik gegenübersteht, die sich im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld noch verstärkt.

Geschäftsentwicklung

Ertragslage

Konzernergebnis

Folgende Tabelle stellt die Gesamtergebnisrechnung des OLB-Konzerns für 2013 und 2012 gegenüber:

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	483,9	532,0	-48,1	-9,0
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	246,2	296,5	-50,3	-17,0
Zinsüberschuss	237,7	235,5	2,2	0,9
Provisionserträge	115,2	134,8	-19,6	-14,5
Provisionsaufwendungen	34,2	44,6	-10,4	-23,3
Provisionsüberschuss	81,0	90,2	-9,2	-10,2
Laufendes Handelsergebnis	3,5	-1,8	5,3	k. A.
Übrige Erträge	17,6	40,4	-22,8	-56,4
Laufende Erträge	339,8	364,3	-24,5	-6,7
Laufender Personalaufwand	167,0	176,1	-9,1	-5,2
Sachaufwand	97,1	113,2	-16,1	-14,2
Übrige Aufwendungen	1,9	3,2	-1,3	-40,6
Laufende Aufwendungen	266,0	292,5	-26,5	-9,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	81,5	42,6	38,9	91,3
Restrukturierungsaufwand	90,3	—	90,3	k. A.
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	-90,3	—	-90,3	k. A.
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	16,9	21,2	-4,3	-20,3
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,1	-1,9	1,8	-94,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	16,8	19,3	-2,5	-13,0
Ergebnis vor Steuern	9,1	48,5	-39,4	-81,2
Steuern	0,4	9,6	-9,2	-95,8
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	8,7	38,9	-30,2	-77,6
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	0,37	1,67	-1,30	-77,8

Die OLB stand im Geschäftsjahr 2013 vor komplexen Herausforderungen. Die Erwartung, mit dem Geschäftsmodell für die Allianz Bank im hart umkämpften Privatkundengeschäft profitabel wachsen zu können hat sich nicht erfüllt. Angesichts des schwierigen Marktumfelds mit einer anhaltenden Niedrigzinsphase war eine dauerhafte Trendwende nicht in Sicht. Daher wurde im Januar 2013 die Entscheidung getroffen, die Geschäftstätigkeit der Allianz Bank zum 30. Juni 2013 zu beenden. Der Rückbau des operativen Geschäfts erfolgte zügig, der Kontowechsel-service und die Löschungen der betroffenen Konten sowie die Übertragungen zur Fortführung haben reibungslos funktioniert. Es ist gelungen, bundesweit mit mehr als 400 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einvernehm-

liche Lösungen herbeizuführen.

Den einmaligen Belastungen aus der Restrukturierung stehen deutlich gesunkene laufende Aufwendungen gegenüber. Die Auswirkungen auf den Zins- und Provisionsüberschuss waren im abgelaufenen Geschäftsjahr geringer als erwartet. Neben der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank wurde die Ergebnisentwicklung maßgeblich durch die Risikoversorge beeinflusst. Im abgelaufenen Geschäftsjahr führte die seit 2008 anhaltende Branchenkrise im Schifffahrtsbereich zu erneuten Belastungen. Die Risikoversorge für das übrige Kreditportfolio bewegte sich im Rahmen erwarteter Bandbreiten, sodass insgesamt mit einer Risikoversorge von 81,5 Mio. Euro ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war. Im Kundengeschäft ist die OLB weiterhin nachhaltig erfolgreich. Als verlässlicher Finanzierer des Mittelstands und regional verankerte Hausbank für Weser-Ems ist die OLB für ihre Kunden da. So konnte die OLB trotz der deutlich erhöhten Risikoversorge das Geschäftsjahr mit einem Konzern-Jahresüberschuss von 8,7 Mio. Euro abschließen.

 siehe Glossar Seite 167

Zu den Ergebniskomponenten im Einzelnen:

Zinsüberschuss

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	483,9	532,0	- 48,1	- 9,0
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	246,2	296,5	- 50,3	- 17,0
Zinsüberschuss	237,7	235,5	2,2	0,9
Kundenkreditvolumen zum Stichtag (vor Risikoversorge und bilanziellen Abschreibungen)	10.527,7	10.520,2	7,5	0,1

Die EZB hat im Jahr 2013 ihre Niedrigzinspolitik fortgesetzt. Der Leitzins wurde im vergangenen Jahr zweimal gesenkt und liegt bei einem Rekordtief von 0,25%. Im historischen Bereich sind die Zinssätze seit Jahresbeginn leicht angestiegen. Im historischen Vergleich liegen die Zinssätze weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Druck auf die Zinsmargen – insbesondere im Einlagengeschäft – hält somit unverändert an.

Die OLB konnte ihren Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr dennoch leicht um 2,2 Mio. Euro steigern. Dies ist zum einen auf die Nutzung günstigerer Refinanzierungsmöglichkeiten bei Auslaufen höher verzinslicher Einlagen und verbriefteter Verbindlichkeiten zurückzuführen. Zum anderen führte das nach der deutlichen Steigerung im Vorjahr stabil hohe Kreditvolumen zu einer Verbesserung des Zinsüberschusses aus dem Kreditgeschäft.

Im Einlagengeschäft kam es im Segment Allianz Bank infolge der Beendigung der Geschäftstätigkeit erwartungsgemäß zum Abgang von Kundengeldern, der geringer ausfiel als erwartet. Diese Abflüsse wurden durch Zugewinne bei den Sicht-, Termin- und Spareinlagen in der Regionalbank und durch eine Bestandsanpassung der Finanzanlagen kompensiert.

Insgesamt konnte der Zinsüberschuss somit gegenüber dem Vorjahr um 0,9% auf 237,7 Mio. Euro gesteigert werden und lag damit im Rahmen der im Vorjahr formulierten Erwartungen.

Provisionsüberschuss

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Wertpapiergeschäft	35,4	52,6	-17,2	-32,7
Vermögensverwaltung	11,0	10,0	1,0	10,0
Zahlungsverkehr	26,4	26,3	0,1	0,4
Auslandsgeschäft	2,2	2,4	-0,2	-8,3
Versicherungs-, Bauspar-, Immobilien-geschäft	14,0	15,9	-1,9	-11,9
Kreditkartengeschäft	1,5	3,2	-1,7	-53,1
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	—	—	—	k. A.
Sonstiges	-9,5	-20,2	10,7	-53,0
Provisionsüberschuss	81,0	90,2	-9,2	-10,2

Die private Vermögensanlage in Wertpapieren und der Zahlungsverkehr bilden die wesentlichen Treiber des Provisionsgeschäfts. Die Entwicklung im Wertpapiergeschäft wurde 2013 maßgeblich durch die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank zum 30. Juni 2013 beeinflusst. Der entsprechende Rückgang des Provisionsergebnisses gegenüber dem Vorjahr resultierte aus dem Wegfall des Geschäfts mit Allianz Bank-Kunden in der zweiten Jahreshälfte. In der Regionalbank zeigte sich eine leichte Belebung im Anlagegeschäft. Durch die Schaffung flächendeckender Kompetenzzentren für Private Banking & Freie Berufe und der noch stärkeren kundengruppenorientierten Aufstellung gelingt es zunehmend besser, die Kunden für maßgeschneiderte Anlagelösungen zu gewinnen. Im laufenden Geschäft entwickelten sich die Erträge aus der Abwicklung des Zahlungsverkehrs stabil.

Insgesamt reduzierte sich der Provisionsüberschuss 2013 gegenüber dem Vorjahr um 9,2 Mio. Euro auf 81,0 Mio. Euro.

Laufendes Handelsergebnis

Seit Beginn des Geschäftsjahres 2013 hat die OLB den Eigenhandel aufgegeben und sich in ihren Handelsaktivitäten auf den Devisenhandel und das Geschäft mit Zinssicherungsinstrumenten für ihre Kunden fokussiert. Aus diesem Geschäft wurde im laufenden Geschäftsjahr ein Ergebnis von 2,2 Mio. Euro erzielt.

 siehe Glossar Seite 167

In der Position Laufendes Handelsergebnis sind auch die Ergebnisse aus der Bewertung von Sicherungsgeschäften abzubilden. Die OLB setzt insbesondere Swapgeschäfte zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken ein. Aus der Bewertung der Grund- und Sicherungsgeschäfte ergab sich 2013 eine Bewertungsspitze von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: -1,4 Mio. Euro).

Gegenüber dem Vorjahr, das noch durch Verluste aus dem Eigenhandel mit Zinsinstrumenten belastet war, ergab sich eine deutliche Verbesserung des laufenden Handelsergebnisses von -1,8 Mio. Euro auf 3,5 Mio. Euro.

Übrige Erträge

In der Position Übrige Erträge wird im Wesentlichen die Übernahme des laufenden Ergebnisses der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG ausgewiesen. Der Ausgleich der Restrukturierungsaufwendungen wird gesondert ausgewiesen.

Verwaltungsaufwand

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Laufender Personalaufwand	167,0	176,1	- 9,1	- 5,2
Sachaufwand	97,1	113,2	- 16,1	- 14,2
Verwaltungsaufwand	264,1	289,3	- 25,2	- 8,7
Mitarbeiter (Anzahl) per 31. Dezember	2.445	2.785	- 340	- 12,2
Mitarbeiterkapazität per 31. Dezember	1.946	2.293	- 347	- 15,1
Cost-Income-Ratio in %	78,3	80,3	k. A.	k. A.

Von der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank zum 30. Juni 2013 waren mehr als 400 Mitarbeiter im Konzern betroffen. Mit den Mitarbeitern konnten zügig sozialverträgliche Regelungen getroffen werden. Durch die schnelle Anpassung der Personalkapazität sanken die laufenden Kosten in der zweiten Jahreshälfte bereits deutlich. Auch die Sachkosten gingen durch den Wegfall von Kosten des laufenden Betriebes deutlich zurück. Insgesamt konnte der Verwaltungsaufwand durch die Restrukturierungsmaßnahmen um 25,2 Mio. Euro auf 264,1 Mio. Euro gesenkt werden.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Im Bereich der Spezialportfolios wirkte sich die seit 2008 anhaltende Branchenkrise der Schifffahrt weiter auf die Bewertung aus. Vor dem Hintergrund der insgesamt enttäuschenden Entwicklung der Charraterraten im Jahr 2013 bewertete die OLB die zukünftige Entwicklung an den Schiffsmärkten noch vorsichtiger. Auf Basis dieser veränderten Einschätzungen hat die OLB die Parameter ihres Bewertungsmodells hinsichtlich der Dauer der Krise verlängert. Zusätzlich wurden einzelne Schiffe in der Bewertung auf „Verwertung“ statt Fortführung umgestellt. Insgesamt haben diese Anpassungen eine deutliche Erhöhung der Risikovorsorge für das Schiffsportfolio nach sich gezogen. Bereits während des Jahresverlaufs konnte die Bank feststellen, dass die Risikovorsorge im Jahr 2013 auch in den Bereichen außerhalb des Schiffsportfolios über dem Vorjahr liegen wird. Vor dem Hintergrund des in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Kreditvolumens bewegt sich die Höhe im Rahmen erwarteter Spannbreiten.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Zuge des Ausgleichs der Liquiditätsabflüsse durch die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank wurden Marktchancen bei der Anpassung der Finanzanlagen genutzt und Kursgewinne, die bisher im Eigenkapital ausgewiesen wurden, in der Erfolgsrechnung realisiert. Insgesamt betrug das Ergebnis aus Finanzanlagen 16,8 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro).

Restrukturierungsaufwendungen

Für die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank fielen im Berichtsjahr Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 90,3 Mio. Euro an. Der Großteil der Aufwendungen entfiel auf Kosten für die sozialverträgliche Ausgestaltung der Personalmaßnahmen. Weitere Beträge wurden für die Ausgleichszahlungen an Handelsvertreter und den Rückbau der Infrastruktur aufgewendet. Die entstandenen Kosten wurden vollständig von der Allianz Deutschland AG ausgeglichen.

Segmentergebnisse

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Ergebnisentwicklung des OLB-Konzerns getrennt nach den Segmenten OLB Regionalbank für das klassische, regionale Geschäft der Oldenburgische-Landesbank-Gruppe mit ihren zum Stichtag 177 Niederlassungen im Geschäftsgebiet, und der Allianz Bank. Weitere Informationen zur Segmentberichterstattung finden Sie im Konzernanhang unter [Notes-Nr. 12](#).

 siehe Seite 101 ff.

Segment: OLB Regionalbank

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	226,3	221,3	5,0	2,3
Provisionsüberschuss	69,5	69,7	-0,2	-0,3
Laufendes Handelsergebnis	3,5	-1,9	5,4	k. A.
Übrige Erträge	0,3	0,2	0,1	50,0
Laufende Erträge	299,6	289,3	10,3	3,6
Laufender Personalaufwand	148,8	145,2	3,6	2,5
Direkter Sachaufwand	78,4	79,5	-1,1	-1,4
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	-9,8	-11,5	1,7	-14,8
Übrige Aufwendungen	0,3	2,0	-1,7	-85,0
Laufende Aufwendungen	217,7	215,2	2,5	1,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	78,7	39,6	39,1	98,7
Operatives Ergebnis	3,2	34,5	-31,3	-90,7
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	6,6	19,5	-12,9	-66,2
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,1	-1,9	1,8	-94,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	6,5	17,6	-11,1	-63,1
Ergebnis vor Steuern	9,7	52,1	-42,4	-81,4
Segmentvermögen in Mrd. Euro	13,2	12,6	0,6	4,8
Segmentschulden in Mrd. Euro	12,6	12,0	0,6	5,0
Cost-Income-Ratio in %	72,7	74,4	-1,7	-2,3
Risikokapital (Durchschnitt)	438,9	456,4	-17,5	-3,8
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.054,4	6.295,5	-241,1	-3,8

Die OLB Regionalbank ist im Kundengeschäft weiterhin erfolgreich. Nach dem dynamischen Wachstum des Kreditvolumens im Vorjahr konnte das hohe Niveau gehalten werden. Insbesondere im Bereich der privaten Baufinanzierung verzeichnet die OLB ein stetiges Wachstum, sodass Tilgungen im Firmenkundengeschäft kompensiert werden konnten. Ihre Bedeutung als verlässlicher Finanzpartner ihrer Kunden im Nordwesten konnte die Bank erneut unterstreichen. Auch im Einlagengeschäft zeigte sich, dass die Kunden weiterhin großes Vertrauen in ihre OLB haben. So gelang es, das Einlagevolumen um 17,8% auf rund 6,9 Mrd. Euro zu steigern.

Auf dieser Basis konnte die OLB den Zinsüberschuss für 2013 um 2,3% auf 226,3 Mio. Euro verbessern. Dazu trug im Wesentlichen das Wachstum des Durchschnittsvolumens im Kreditgeschäft bei.

Trotz einer hervorragenden Entwicklung der Aktienmärkte und anhaltend niedriger Zinsen agierten viele Kunden 2013 in ihrer privaten Vermögensanlage noch zurückhaltend. Durch die Schaffung regionaler Kompetenzzentren für Private Banking & Freie Berufe bietet die OLB ein flächendeckendes Angebot für persönliche strategische Finanzplanung an. Dadurch gelingt es der Bank zunehmend, Kunden wieder für maßgeschneiderte Anlagekonzepte zu gewinnen. Dies wird auch bereits im positiven Trend (+0,9%) bei der Entwicklung des Provisionsergebnisses aus dem Wertpapiergeschäft (inkl. Vermögensverwaltung) abgebildet.

Das Interesse der OLB-Kunden an Immobilien als Anlageform oder zur eigenen Nutzung war weiterhin sehr hoch. Das Geschäftsvolumen und die damit verbundenen Provisionseinnahmen verblieben auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Belastend auf den Verwaltungsaufwand im Jahr 2013 wirkten sich die Erhöhung der Tarifgehälter um 2,5% sowie geringere Kostendegressionseffekte durch die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank aus. Darüber hinaus waren aufgrund der zunehmenden Verschärfung der regulatorischen Anforderungen Investitionen in Steuerungsprozesse und organisatorische Abläufe notwendig. Zusätzlich führten Einmalaufwendungen im Zuge vorweggenommener Belastungen im Personalbereich zu einem Anstieg der Verwaltungsaufwendungen. Dem Anstieg der Kosten wurde durch einen leichten Rückgang der durchschnittlichen Mitarbeiterkapazitäten, einer in Summe geringeren erfolgsabhängigen Vergütung und Einsparungen bei den laufenden Betriebskosten für die Kernbankenapplikation entgegengewirkt. Insgesamt stiegen die Verwaltungsaufwendungen um 4,2 Mio. Euro auf 217,4 Mio. Euro.

Zur Erläuterung der Risikovorsorgeentwicklung der Regionalbank verweist die Bank auf die entsprechenden Ausführungen zum Konzernergebnis.

Nach der positiven Entwicklung der als Liquiditätsreserve gehaltenen Finanzanlagen wurden im Berichtsjahr Kursgewinne in Höhe von 6,6 Mio. Euro bei Veräußerung von Teilbeständen realisiert.

Insgesamt zeigte das Segment OLB Regionalbank eine stabile Entwicklung im Kundengeschäft. Im Verwaltungsaufwand konnten Effekte aus laufenden Kostensteigerungen kompensiert werden. Somit stieg das laufende Ergebnis vor Risikovorsorge deutlich von 74,1 Mio. Euro auf 81,9 Mio. Euro. Die durch die anhaltende Branchenkrise in der Schifffahrt notwendige Risikovorsorge verhinderte eine Verbesserung des operativen Ergebnisses und reduzierte stattdessen das Segmentergebnis vor Steuern auf 9,7 Mio. Euro.

Die Entwicklungen der laufenden Erträge und der Verwaltungsaufwendungen der OLB Regionalbank 2013 entsprachen im Wesentlichen den im Vorjahr beschriebenen Prognosen. Die tatsächliche Risikovorsorge lag deutlich über der Planung.

Segment: Allianz Bank
(Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG)

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	11,4	14,2	-2,8	-19,7
Provisionsüberschuss (brutto)	27,9	51,2	-23,3	-45,5
Bruttoerträge	39,3	65,4	-26,1	-39,9
Provisionsaufwand Zahlungsverkehr	1,9	3,2	-1,3	-40,6
Vermittlungsprovisionen	14,5	27,5	-13,0	-47,3
Übrige Erträge	17,3	40,3	-23,0	-57,1
Laufende Erträge	40,2	75,0	-34,8	-46,4
Laufender Personalaufwand	18,2	30,9	-12,7	-41,1
Direkter Sachaufwand	18,7	33,7	-15,0	-44,5
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	9,8	11,5	-1,7	-14,8
Übrige Aufwendungen	1,6	1,2	0,4	33,3
Laufende Aufwendungen	48,3	77,3	-29,0	-37,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,8	3,0	-0,2	-6,7
Restrukturierungsaufwand	90,3	—	90,3	k. A.
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	-90,3	—	-90,3	k. A.
Operatives Ergebnis	-10,9	-5,3	-5,6	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	10,3	1,7	8,6	> 100
Ergebnis vor Steuern	-0,6	-3,6	3,0	-83,3
Segmentvermögen in Mrd. Euro	1,3	1,9	-0,6	-31,6
Segmentschulden in Mrd. Euro	1,3	1,9	-0,6	-31,6
Cost-Income-Ratio in %	120,1	103,1	17,0	16,5
Risikokapital (Durchschnitt)	19,1	27,3	-8,2	-30,0
Risikoaktiva (Durchschnitt)	263,9	376,5	-112,6	-29,9

Die Entwicklung des Segments Allianz Bank ist durch die Umsetzung der Entscheidung zur Beendigung der Geschäftstätigkeit zum 30. Juni 2013 geprägt.

Zins- und Provisionsüberschuss entwickelten sich bis zur Beendigung der Geschäftstätigkeit stabil. Seitdem werden die fortgeführten Kunden online und telefonisch zentral von der OLB in Oldenburg betreut. Erwartungsgemäß sind insbesondere die Provisionserträge in der zweiten Jahreshälfte deutlich abgeschmolzen. Für das Gesamtjahr ist aber festzustellen, dass die Ertragsentwicklung über den Prognosen der Bank lag.

Die laufenden Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Nicht zuletzt durch den intensiven Austausch mit den Arbeitnehmervertretern und Mitarbeitern ist es gelungen, den notwendigen Kapazitätsabbau zügig und sozialverträglich zu gestalten. Nach Einstellung des operativen Betriebs fielen Sachkosten im Wesentlichen nur noch für Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Rückbau des Geschäfts an.

Für die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank fielen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 90,3 Mio. Euro an. Diese wurden vollständig durch die Allianz Deutschland AG getragen. Der Großteil des Aufwands entfiel auf Zahlungen im Zusammenhang mit der sozialverträglichen Umsetzung der Kapazitätsanpassung der Allianz Bank. Für erwartete Belastungen aus der Restrukturierung in den kommenden Jahren wurde durch die Bildung von Rückstellungen vorgesorgt.

Zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG ist vereinbart, dass die Allianz Deutschland AG den auf Basis der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) ermittelten Verlust des Segments ausgleicht. Aufgrund abweichender Bewertungsvorschriften für Finanzinstrumente und Rückstellungen entstanden im Berichtsjahr nach HGB geringere Aufwendungen als nach IFRS. Dies führt dazu, dass die Segmentberichterstattung wegen des in der Position Übrige Erträge enthaltenen Verlustausgleichs ein Ergebnis vor Steuern von –0,6 Mio. Euro zeigt.

Im Vergleich zur Prognose aus dem Vorjahr fiel das Ergebnis vor Verlustausgleich besser aus als geplant, was auf das langsamere Abschmelzen der Erträge und die günstigen Entwicklungen bei den Verwaltungsaufwendungen und den Restrukturierungskosten zurückzuführen ist.

Ergebnis / Steuern

Insgesamt lag das Ergebnis vor Steuern des OLB-Konzerns für 2013 bei 9,1 Mio. Euro (Vorjahr: 48,5 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung der Steuern in Höhe von 0,4 Mio. Euro ergab sich ein Nachsteuerergebnis von 8,7 Mio. Euro (Vorjahr: 38,9 Mio. Euro).

Auf der Ertrags- und Kostenseite hat die Bank ihre Ziele für das Geschäftsjahr erreicht oder übertroffen. Mit der zusätzlichen Risikovorsorge für das Schiffsportfolio ist das im Vorjahr beschriebene Risiko einer weiteren Verzögerung der Erholung der Branche eingetreten. Daher bleibt die OLB mit dem Ergebnis vor Steuern von 9,1 Mio. Euro deutlich unter der Prognose aus dem Vorjahr.

Vermögens- und Finanzlage

Kreditvolumen

Nach dem dynamischen Wachstum des Vorjahres wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr die Schwerpunkte der Neugeschäftssteuerung in der Durchsetzung der Margenerfordernisse und in der Verbesserung der Risikostruktur des Portfolios gesetzt. Das Institut verzeichnet weiterhin eine rege Kreditnachfrage insbesondere im Bereich privater Baufinanzierungen, wo die OLB ihr Kreditvolumen um 5,7 % weiter steigerte. Das gesamte Kreditvolumen blieb mit 10,3 Mrd. Euro weiterhin über der im Vorjahr erstmals überschrittenen Marke von 10 Mrd. Euro.

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundenkredite Inland	10.460,2	10.447,4	12,8	0,1
Kundenkredite Ausland	67,5	72,8	–5,3	–7,3
Kreditvolumen (brutto)	10.527,7	10.520,2	7,5	0,1
abzüglich: Risikovorsorge und bilanzielle Abschreibungen	224,3	182,0	42,3	23,2
Kreditvolumen (netto)	10.303,4	10.338,2	–34,8	–0,3

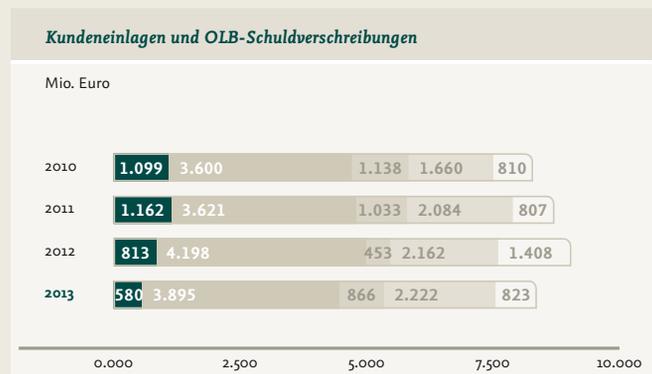
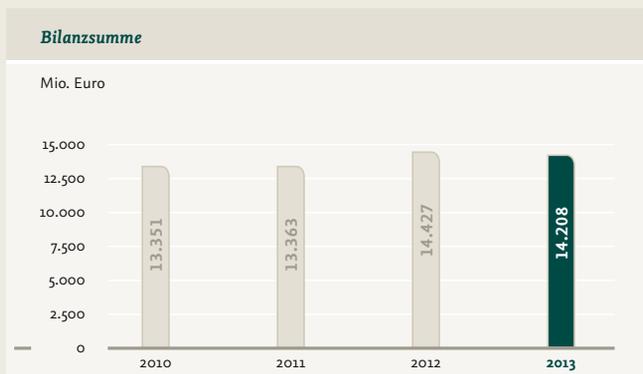
Liquidität

Die Liquiditätssituation der OLB ist stabil. Mittelabflüsse im Zuge der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank konnten durch Zugewinne im Kundengeschäft der Regionalbank und Anpassung der zu diesem Zweck unterhaltenen Finanzanlagen kompensiert werden. Die OLB steuert ihre Liquiditätsposition unter Berücksichtigung konservativer Sicherheitspuffer, um die Zahlungsfähigkeit auch im Fall einer plötzlichen Zuspitzung an den Finanzmärkten zu gewährleisten. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer lag am Bilanzstichtag bei 1,62 (Vorjahr: 1,55) und damit weiterhin über der Mindestgrenze von 1,0. Auslaufende langfristige Refinanzierungsinstrumente wurden durch Platzierung neuer Schuldscheindarlehen mit Laufzeiten bis zu 20 Jahren bei institutionellen Investoren teilweise ersetzt.

Die OLB hat 2012 ein breit angelegtes Projekt zur Umsetzung der Anforderungen zur Vereinheitlichung des Zahlungsverkehrs im Zusammenhang mit SEPA aufgesetzt. Neben der Schaffung der technischen Voraussetzungen wurde insbesondere Wert auf die Sensibilisierung der Mitarbeiter und der Kunden für diese Thematik gelegt. Zum ursprünglichen Umsetzungszeitpunkt (1. Februar 2014) war die OLB SEPA-fähig; rund 75 % der OLB-Kunden (insbesondere Lastschriftreifer) haben dem Institut signalisiert, dass auch sie SEPA-fähig sind. Die Verlängerung der Übergangsfrist bis zum 31. Juli 2014 wird von der OLB genutzt, um weitere bankinterne Abläufe zu optimieren. Gleichzeitig wird die Bank ihre Kunden unverändert mit Hochdruck bei deren SEPA-Umstellungsvorbereitungen unterstützen.

Finanzanlagen

Das Portfolio der OLB besteht im Wesentlichen aus Pfandbriefen und staatlichen Schuldverschreibungen bester Bonität. Abfließende Einlagenüberhänge der Allianz Bank, die in diesen Anlagen investiert waren, führten zu einer Anpassung des Bestandes. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich der Bestand an Finanzanlagen um 631,5 Mio. Euro auf 2,7 Mrd. Euro.



Fremde Gelder

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundengelder	7.806,3	8.221,5	- 415,2	- 5,1
täglich fällig	3.929,4	4.236,5	- 307,1	- 7,2
befristet	1.654,7	1.822,6	- 167,9	- 9,2
Spareinlagen	2.222,2	2.162,4	59,8	2,8
Bankengelder	4.498,5	4.021,6	476,9	11,9
täglich fällig	338,7	151,9	186,8	> 100
befristet	4.159,8	3.869,7	290,1	7,5
Verbrieftes Verbindlichkeiten	579,6	812,9	- 233,3	- 28,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	253,6	274,3	- 20,7	- 7,5
Fremde Gelder insgesamt	13.138,0	13.330,3	- 192,3	- 1,4

Eigenkapital

Aufgrund des niedrigeren Ergebnisses nach Steuern und des kumulierten Sonstigen Ergebnisses von -7,6 Mio. Euro blieb das bilanzielle Eigenkapital mit 602,9 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres.

Aufsichtsrechtliches Kapital (§ 10a KWG)

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel des OLB-Konzerns setzen sich aus Kernkapital und Ergänzungskapital zusammen. Das Kernkapital umfasst in erster Linie das gezeichnete Kapital, die Rücklagen sowie den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Mit Bilanzfeststellung betrug das Kernkapital per 31. Dezember 2013 581,0 Mio. Euro. Das Ergänzungskapital belief sich auf 234,0 Mio. Euro und bestand im Wesentlichen aus Nachrangigen Verbindlichkeiten und nicht realisierten Reserven in Wertpapieren. Die Eigenmittel betragen mit Bilanzfeststellung somit 815,0 Mio. Euro (Vorjahr: 773,0 Mio. Euro).

Bilanzstruktur Aktiva

in %



Bilanzstruktur Passiva

in %



Die Risikoaktiva lagen zum Bilanzstichtag bei 6,1 Mrd. Euro und konnten damit im Vergleich zum Vorjahr (6,6 Mrd. Euro) deutlich gesenkt werden. Der spürbare Rückgang betrifft den Bereich der Adressrisiken. Neben rückläufigen Beständen an Finanzanlagen trugen Maßnahmen der Bank zur Verbesserung der Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft sowie die Weiterentwicklung der Risikobewertungsmethoden und -parameter zu dieser Entwicklung bei. Die Kernkapitalquote gemäß § 10a KWG erhöhte sich per 31. Dezember 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte auf 9,5%. Die Gesamtkapitalquote erhöhte sich per 31. Dezember 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozentpunkte auf 13,3%.

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kernkapital	581,0	544,0	37,0	6,8
Ergänzungskapital ¹	234,0	229,0	5,0	2,2
Eigenmittel (§ 10a KWG)	815,0	773,0	42,0	5,4
Risikoaktiva Adressrisiken	5.513,0	6.066,0	- 553,0	- 9,1
Risikoaktiva Marktrisiken	25,0	34,0	- 9,0	- 26,5
Risikoaktiva Operationelle Risiken	575,0	538,0	37,0	6,9
Risikoaktiva	6.113,0	6.638,0	- 525,0	- 7,9

¹ Maximal 100% des Kernkapitals

%	2013	2012
Kernkapitalquote	9,5	8,2
Gesamtkapitalquote	13,3	11,6

Die Bank misst ihrer Kapitalstärke eine zentrale Bedeutung bei. Daher schlägt die OLB ihren Aktionären auf der Hauptversammlung am 28. Mai 2014 vor, einen Teil des Bilanzgewinns in Höhe von 2,4 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben nicht vorgelegen.

Vergütungsbericht und Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

Der Vergütungsbericht und die Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB sind Teile des Lageberichts und sind dem Corporate-Governance-Bericht zu entnehmen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichten wir auf einen Abdruck an dieser Stelle.

Prognosebericht

Die Berichterstattung über die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns ist in die folgende Darstellung der Prognose zum Geschäftsverlauf und der Lage des Konzerns integriert. Ergänzend finden sich im Konzernrisikobericht des Lageberichts weitere Angaben zum Risikomanagementsystem, einzelnen Risiken und der Risikolage.

Die Bank schätzt für das Geschäftsjahr 2014 die Entwicklung maßgeblicher Einflussfaktoren und der daraus resultierenden Chancen und Risiken auf Basis des Ausblicks auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie folgt ein:

Die konjunkturelle Entwicklung im Nordwesten bietet in Verbindung mit dem stabilen Arbeitsmarkt gute Voraussetzungen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung der Kunden des Instituts. Dies sollte sich positiv auf Kreditnachfrage und Risikovorsorge auswirken. Allerdings geht die OLB davon aus, dass sich die regionalen Wachstumstreiber Landwirtschaft und Erneuerbare Energien und damit die regionale Kreditnachfrage noch so lange schwächer entwickeln werden, wie auf Ebene der Bundes- und Landespolitik klare und verlässliche Aussagen über die zukünftigen Rahmenbedingungen in diesen Bereichen fehlen. Insgesamt erwartet die Bank eine im Vergleich zu 2013 stabile Kreditnachfrage.

Die OLB geht davon aus, dass die angespannte Situation der Schifffahrtsbranche auch im Jahr 2014 noch anhalten wird. Im Zuge des erwarteten allmählichen Abbaus des derzeitigen Kapazitätsüberhangs in den für die Bank relevanten Segmenten werden die Charraten erst mittelfristig auf ein normalisiertes Niveau steigen. Eine nachhaltige Verzögerung der Erholung der Charraten und ein damit verbundenes Andauern der Branchenkrise könnte für die OLB zu einem Risikovorsorgebedarf auf einem weiterhin erhöhten Niveau führen. Sollte sich auf der anderen Seite durch Konsolidierung innerhalb der Branche und durch eine bessere konjunkturelle Entwicklung eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Schifffahrt ergeben, würde die Risikovorsorge niedriger ausfallen.

Die weitere Zinsentwicklung wird auch im Jahr 2014 stark durch die weitere politische Entwicklung in Europa sowie das Verhalten der Europäischen Zentralbank beeinflusst. Das Zinsniveau wirkt sich unmittelbar auf die Bewertung der als Liquiditätsreserve unterhaltenen Finanzanlagen und auf die Verzinsung des Neu- und des variabel verzinsten Bestandsgeschäfts und damit auf den Zinsüberschuss aus. Die Bank erwartet für 2014 eine stabile Entwicklung des Zinsniveaus und hat dies der Prognose des Zinsüberschusses und des Bewertungsergebnisses zugrunde gelegt. Außerhalb der Ballungsräume und der Inseln sieht die OLB aufgrund des ländlich geprägten Geschäftsgebiets kein Risiko, dass das niedrige Zinsniveau in der Region zu einer Überhitzung der Kreditnachfrage oder zu Immobilienblasen führt. Von einem möglichen Anstieg des Zinsniveaus würde die OLB bei der aktuellen Bilanzstruktur im Zinsüberschuss deutlich profitieren. Ein dauerhaftes Absinken der Zinssätze für langfristige Laufzeiten würde den Margendruck im Aktiv- und Passivgeschäft weiter verstärken und die Ertragssituation der Bank belasten.

Die OLB refinanziert sich weitgehend durch ihr stabiles Einlagengeschäft und ist somit weniger anfällig für Störungen an den Geld- und Kapitalmärkten, die die Möglichkeiten zur Liquiditätsbeschaffung einschränken oder nur zu hohen Zinsaufschlägen erlauben. Bestehenden Marktunsicherheiten trägt die Bank durch eine vorsichtige Ausrichtung und Einhaltung ausreichend bemessener Liquiditätspuffer Rechnung. Darüber hinaus ermöglicht die in Form von Wertpapieren erstklassiger Bonität unterhaltene Liquiditätsreserve, vorübergehende Marktengpässe zu überbrücken. Die Bank erwartet im Jahr 2014 keine Belastungen aus der Liquiditätsentwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten.

Das regulatorische Umfeld für Banken wird sich auch 2014 durch Verabschiedung neuer Vorschriften und Informationspflichten (z. B. MiFID II) und durch strengere Auslegung bestehender Regularien verschärfen. Neben den anfallenden Kosten für die Implementierung und laufende Umsetzung der deutlich ausgeweiteten und verschärften Regulatorik schränken die strengeren Liquiditätsvorschriften und die erhöhte Eigenkapitalunterlegung das Ertragspotenzial der Banken weiter ein. Weitere Risiken bestehen in möglichen Belastungen im Rahmen der Schaffung einer EU-einheitlichen Einlagensicherung sowie der geplanten Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Die OLB steht mit anderen in der Region vertretenen Instituten in einem intensiven Wettbewerb. Darüber hinaus wächst im Privatkundengeschäft die Konkurrenz durch Direktbanken stetig. Im Firmenkundengeschäft drängen zunehmend auch überregionale Institute in das Geschäft mit größeren mittelständisch geprägten Unternehmen. Die Bank erwartet, dass der Druck auf Margen und Preise weiter anhalten wird. Vor diesem Hintergrund sieht die OLB die Modernisierung der Vertriebskanäle als unumgänglich an.

Die OLB wird sich im Geschäftsjahr 2014 ganz auf die Nutzung der bestehenden Potenziale im Geschäft mit ihren Kunden im Nordwesten konzentrieren. In den drei strategischen Geschäftsfeldern Privat- und Geschäftskunden, Private Banking & Freie Berufe sowie Firmenkunden erfolgt eine bedarfsgerechte Kundenansprache durch hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verbindung mit einer leistungsfähigen Produktpalette.

Die Geschäftsfelder unterliegen denselben maßgeblichen externen Einflussfaktoren und erwarten eine gleichgerichtete Entwicklung der drei Segmente. Daher wird bei der weiteren Darstellung des erwarteten Geschäftsverlaufs für 2014 jeweils auf den gesamten OLB-Konzern abgestellt.

Die OLB ist mit ihren über 450.000 Kunden im Geschäftsgebiet die führende Regionalbank im Nordwesten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Bank ihren Kundenstamm weiter ausgebaut und über 1.000 Kunden netto dazugewonnen. Die OLB will einen deutlichen Schwerpunkt in der Kundengewinnung legen und hat sich für 2014 einen deutlich höheren Nettozuwachs zum Ziel gesetzt

Im Kreditgeschäft erwartet die Bank auch für 2014 vor dem Hintergrund eines stabilen wirtschaftlichen Umfelds und niedriger Zinsen eine weiter stabile Nachfrage ihrer Kunden. Dies gilt insbesondere für private Baufinanzierungen. Nach dem dynamischen Wachstum des Kreditvolumens, das in den letzten 5 Jahren von 7,4 Mrd. Euro auf 10,3 Mrd. Euro ausgebaut wurde, sieht die Bank auch im Geschäftsjahr 2014 den Schwerpunkt weiter in der Durchsetzung ihrer Margenerfordernisse und in der Verbesserung der Risikostruktur ihres Portfolios. Die OLB plant ein moderates Wachstum des Kreditvolumens. Im Einlagengeschäft setzt das Institut darauf, das Wachstum auf der Aktivseite im Kundengeschäft refinanzieren zu können.

Im Geschäftsfeld Private Banking & Freie Berufe legt die Bank einen besonderen Fokus auf die Vermögensanlage mit starker Ausrichtung auf gemanagte Anlageformen sowie Vermögensverwaltung. Dabei bietet die OLB ihren Kunden durch ihre flächendeckende Präsenz und ihr qualifiziertes Personal kompetente Beratung vor Ort. Ziel ist es, durch dieses Angebot neues Geschäftsvolumen zu akquirieren und das Provisionsergebnis aus Wertpapier- und Vermögensanlage weiter zu steigern.

Auf dieser Basis geht die Bank für das Geschäftsjahr 2014 von einer leichten Steigerung des Zins- und Provisionsüberschusses aus dem Regionalbankgeschäft gegenüber 2013 aus. Ohne Ergebniswirkung bleiben das weitere leichte Abschmelzen des Zinsüberschusses aus gekündigten Laufzeitprodukten ehemaliger Allianz Bank Kunden und der Wegfall des Provisionsgeschäftes dieses Bereichs.

Neben der erwarteten Tarifierhöhung und allgemeinen Kostensteigerungen führt im kommenden Jahr der Wegfall bislang bestehender Kostendegressionseffekte aus der gemeinsamen Nutzung zentraler Funktionen durch die OLB Regionalbank und die Allianz Bank zu einer Erhöhung des Verwaltungsaufwands. Um diese Belastungen nachhaltig zu kompensieren, wird die OLB ihre Investitionen zur Modernisierung der Geschäftsprozesse und den Ausbau des digitalen Angebots für ihre Kunden deutlich aufstocken. Im Vergleich zum Vorjahr resultiert dies in einer Ergebnisbelastung für 2014 und in einer leichten Abschwächung der Cost-Income-Ratio. Mittelfristig wird sich die Steigerung der Bearbeitungseffizienz durch einen geringeren Personalbedarf für Kundenbedienung und Geschäftsabwicklung positiv auf die Kostenentwicklung auswirken. Das deutliche Absinken der laufenden Erträge und der laufenden Aufwendungen durch die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank bleibt aufgrund der Ergebnisübernahme durch die Allianz Deutschland AG ergebnisneutral.

Vor dem Hintergrund der Aussicht auf eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2014 geht das Institut davon aus, dass sich der Risikovorsorgeaufwand für die Breite des Portfolios auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahrs bewegen wird. Für ihr Schiffsportfolio hat die OLB der anhaltenden Branchenkrise durch noch konservativere Ansätze der Parameter ihres Bewertungsmodells Rechnung getragen. Dies führte zu einem deutlichen Anstieg der Risikovorsorge im Jahr 2013. Nach diesem Struktureffekt rechnet die Bank für das Jahr 2014 mit einer absinkenden Ergebnisbelastung aus dem Schiffsportfolio. Gleichwohl erwartet die Bank, dass sich im Zuge der Branchenentwicklung der Schifffahrt weitere Einzelrisiken in ihrem Portfolio manifestieren werden, die einen Risikovorsorgebedarf nach sich ziehen können. Insgesamt rechnet die OLB aber im Vergleich zu 2013 mit einer deutlich geringeren Ergebnisbelastung.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Erwartungen – insbesondere des Ausbleibens einer noch weitergehenden Zuspitzung der Lage in der Schifffahrtsbranche – rechnet die OLB aufgrund der erwarteten Normalisierung der Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2014 mit einer deutlichen Erholung des Ergebnisses aus dem Regionalbankgeschäft und damit des Gesamtkonzernergebnisses gegenüber 2013, auch wenn das Niveau von 2012 voraussichtlich noch nicht wieder erreicht werden kann.

Konzernrisikobericht

Grundsätze der gesamtbankweiten Risikosteuerung

Risikostrategie

Die geschäftspolitische Grundlage für alle risikobehafteten Geschäftsaktivitäten des OLB-Konzerns ist die Risikostrategie. Sie wird vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG beschlossen und mindestens einmal jährlich überprüft. Der Vorstand orientiert sich bei der Ausgestaltung der Strategie an dem Rahmenwerk des Allianz Konzerns. Dabei werden ausgewählte, für die OLB relevante Elemente in die eigene Risikostrategie übernommen.

Ziel des Risikomanagementprozesses der OLB ist die Generierung von Erträgen bei Beherrschung aller eingegangenen Risiken zum kontinuierlichen Ausbau des Risikodeckungspotenzials. Die Optimierung der Ertrags-Risiko-Relation unter Limitierung des Gesamtbankrisikos steht hierbei im Mittelpunkt der Steuerung. Der Rahmen für die grundsätzliche Risikobereitschaft in den einzelnen Risikofeldern ergibt sich dabei aus der Geschäftsstrategie und den Ergebniszielen der Bank.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geplanten und bestehenden Geschäftsaktivitäten ab. Dabei wird sichergestellt, dass

- Risikoaspekte bei der Entscheidung über die Geschäftsstrategie der OLB berücksichtigt sind,
- die zukünftige Risikotragfähigkeit der OLB sichergestellt ist und die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden geplanten Risiken abgedeckt sind,
- eine maximale Risikoauslastung definiert ist, die sich am Risikodeckungspotenzial abzüglich eines durch den Vorstand definierten Risikopuffers orientiert,
- der Risikomanagementprozess der OLB die Identifizierung der wesentlichen Risiken sowie deren Bewertung mittels geeigneter Risikomessverfahren gewährleistet und
- eine angemessene Risikoberichterstattung und -überwachung vorhanden sind.

Im Rahmen der Risikostrategie werden das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko als wesentliche Risiken definiert, die aufgrund ihrer Höhe und Ausprägung materiell für den Fortbestand des Unternehmens sind und deshalb aktiv gesteuert werden.

Die Entscheidung über das strategische Vorgehen wird unter Abwägung der mit den Risiken verbundenen Chancen bzw. im Falle von operationellen Risiken unter Abwägung der Kosten, die mit einer Reduzierung oder Vermeidung dieser Risiken einhergehen, getroffen. Das Eingehen von Risiken erfolgt generell nur bei ausreichend vorhandenem Risikodeckungspotenzial.

Um die Konsistenz der Risikostrategien im OLB-Konzern zu gewährleisten, stimmen die beiden Tochterinstitute ihre relevanten Strategien und Konzepte mit der Oldenburgische Landesbank AG ab.

Definition der Risikoarten

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist definiert als potenzieller Verlust, der durch die Verschlechterung der Kreditwürdigkeit oder den Ausfall eines Geschäftspartners (Kontrahent, Emittent, anderer Vertragspartner) entstehen kann, also durch die mögliche Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft, vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.

Das Länderrisiko – als Teilbereich des Kreditrisikos – bildet insbesondere das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Es ist ein Maß für den Einfluss, den politische sowie volkswirtschaftliche Verhältnisse des betrachteten Landes auf das Zahlungsverhalten des Schuldners haben. Das Länderrisiko ist nicht in der Bonität und damit der Zahlungsfähigkeit des Schuldners begründet.

Darüber hinaus ist auch das **Credit-Spread-Risiko** als Ausprägung des Kreditrisikos anzusehen. Es bezeichnet die Gefahr, dass sich die Credit Spreads am Kapitalmarkt durch eine veränderte Wahrnehmung erhöhen und dadurch Wertpapiere trotz konstanter Bonität der Emittenten eine Abwertung erfahren.

 siehe Glossar Seite 164

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank Verluste aufgrund von unerwarteten Änderungen der Marktpreise oder der die Marktpreise beeinflussenden Parameter erleidet. Es beinhaltet zudem das Risiko von Wertänderungen, die entstehen, wenn der Kauf oder der Verkauf von großen Positionen innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne nur zu nicht marktgerechten Preisen möglich ist.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen der Bank nicht oder nur durch Inkaufnahme erhöhter Eindeckungsaufwendungen (Refinanzierungsrisiko) gewährleistet werden kann.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlusts durch Unzulänglichkeiten oder Versäumnisse bei Projekten, Prozessen oder Kontrollen aufgrund von technischen, personellen, organisatorischen oder externen Faktoren. Hierzu zählen auch das Rechtsänderungs-, Reputations- und Kriminalitätsrisiko.

Rechtsänderungsrisiko

Das Rechtsänderungsrisiko ist das Risiko eines Verlusts durch den Erlass neuer bzw. die nachteilige Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften bzw. deren Interpretation oder Anwendung durch Gerichte. Das beinhaltet auch das Risiko, dass vertragliche Vereinbarungen rechtlich nicht durchsetzbar sind oder dass ein Gericht entscheidet, dass stattdessen für die Bank andere nachteilige Regelungen gelten.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes durch eine Verschlechterung des Ansehens der Bank aus Sicht der Anteilhaber, Kunden, Mitarbeiter, Geschäftspartner oder der Öffentlichkeit.

Kriminalitätsrisiko

Das Kriminalitätsrisiko ist das Risiko von Verlusten aufgrund krimineller Handlungen durch Mitarbeiter und/oder externe Dritte.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ist das Risiko, dass langfristige Geschäftsziele wegen eines ungeeigneten strategischen Entscheidungsprozesses oder wegen unzureichender Überwachung der Umsetzung von Strategien nicht erreicht werden.

Konzentrationsrisiko

Konzentrationsrisiken bilden keine eigene Risikoart, sondern können als zusätzliche Ausprägung der oben beschriebenen Risikoarten auftreten. Sie liegen dann vor, wenn innerhalb einer Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg eine einzelne Risikoposition oder mehrere miteinander korrelierte Risikopositionen eine so hohe Bedeutung für ein Institut haben, dass das Eintreten des entsprechenden Risikos die Existenz des Kreditinstituts gefährdet.

Risikotragfähigkeit

Die OLB verwendet für die Feststellung ihrer Risikotragfähigkeit zwei Sichtweisen: eine wertorientierte und eine periodenorientierte Sicht.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der wertorientierten Risikotragfähigkeit stellt die OLB ihr nach einem Liquidationsszenario berechnetes Risikodeckungspotenzial den bankweiten Risiken gegenüber. Dabei wird das Risikodeckungspotenzial über die Barwerte der Vermögenspositionen abzüglich der Barwerte der Schuldpositionen ermittelt. Um Risikotragfähigkeit zu gewährleisten, muss das Risikodeckungspotenzial die bankweiten Risiken stets übersteigen. Zur Sicherung der Unternehmensexistenz und des geschäftspolitischen Handlungsspielraums ist in der Risikostrategie der OLB zusätzlich ein über diese Minimalanforderung hinausgehender Risikopuffer definiert.

Das bankweite Risiko wird durch Addition der Risikobeiträge der einzelnen Risikoarten ermittelt. Bei dieser Sichtweise bleiben Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten außen vor. Zur Berechnung des Risikos sind für die verschiedenen Risikoarten in der OLB ein **Konfidenzniveau** in Höhe von 99,93% und eine Haltedauer von einem Jahr definiert, das heißt, dass aus der Verlusthistorie abgeleitet in nur 0,07% der Fälle ein Verlust eintritt, der höher als das berechnete Risiko ist.

 siehe Glossar Seite 166

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit

Die periodenorientierte Risikotragfähigkeitsanalyse setzt auf der Mehrjahres-Bilanz- und Gewinn- und-Verlust-Planung auf. Es werden die geplanten Entwicklungen bilanzieller Risiko- und Kapitalgrößen betrachtet und die Einflussgrößen der Veränderungen eruiert. Dabei wird die Entwicklung unter normalen, aber auch unter extremen Marktbedingungen untersucht. Die OLB hat hierzu extreme, aber nicht unwahrscheinliche Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung definiert, um den Einfluss auf mehrere Risikofaktoren gleichzeitig und auf die Bewertung der Portfolios zu untersuchen. Ziel ist es, Handlungsimpulse für die Steuerung zu generieren, um die Risikotragfähigkeit der OLB sicherzustellen und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der Solvabilitätsverordnung zu gewährleisten.

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Das Risikokomitee ist unterhalb des Vorstands das zentrale Gremium zur Überwachung und Steuerung der Risikotragfähigkeit der Bank. Im Risikokomitee sind der Risikovorstand, der Finanzvorstand sowie die Leiter der Abteilungen Risikocontrolling, Groß- und Spezialkredite, Treasury, Finanzen/Controlling und Qualitätsmanagement Kredit vertreten. Als Unterausschüsse des Risikokomitees sind der Risikomethoden- und Prozessausschuss, der Ausschuss für operationelle Risiken und der Ausschuss zur Kreditportfoliosteuerung eingerichtet, die jeweils vom Risikovorstand geleitet werden. Änderungen an Methoden und Risikoparametern werden im Ausschuss für operationelle Risiken (für die operationellen Risiken) sowie im Risikomethoden- und Prozessausschuss (für alle übrigen Risikoarten) fachlich beurteilt. Der Ausschuss zur Kreditportfoliosteuerung beurteilt Vorschläge zu Portfoliomaßnahmen und deren Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Die abschließende Entscheidung über strategisch risikorelevante Aspekte trifft der Gesamtvorstand. Er ist dabei an die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung gebunden, die die erforderlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinausgehende Entscheidungen außerhalb der Kompetenz des Vorstands werden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Risikomanagement

Für das Risikomanagement sind die Leiter der folgenden Organisationseinheiten verantwortlich:

Risikoart	Organisationseinheit
Kreditrisiko	Marktfolgeeinheiten (Kredit) und Qualitätsmanagement Kredit
Markt- und Liquiditätsrisiko	Treasury
Operationelles Risiko	Organisation
Rechtsänderungsrisiko	Rechtsabteilung
Strategisches Risiko	Finanzen / Controlling
Reputationsrisiko	Strategie und Kommunikation
Kriminalitätsrisiko	Organisation

Sie haben unter Berücksichtigung der vom Vorstand in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten strategischen Ausrichtung und Ziele sowie der erlassenen Kompetenzen und Limite die Aufgabe, die Risiken auf Basis ihrer Analysen und Bewertungen angemessen zu steuern. Dazu gehören die adäquate Gestaltung von organisatorischen Strukturen, Prozessen und Zielvereinbarungen im Allgemeinen genauso wie die individuelle Kreditentscheidung im Speziellen.

Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung erfolgt in den Abteilungen Risikocontrolling und Compliance. Sie sind als vom Risikomanagement organisatorisch unabhängige Instanzen implementiert. Aufgabe des Risikocontrollings ist es, die Risiken vollständig und konsistent zu analysieren, zu messen und zu kontrollieren. Es stellt dem Risikomanagement die zur aktiven und risikoadäquaten Steuerung erforderlichen Risikoanalysen und Risikoinformationen zur Verfügung. Compliance ist verantwortlich, den Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken. Hierbei hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung wesentlicher rechtlicher Regelungen und entsprechender Kontrollen hinzuwirken.

Zusätzlich nimmt die interne Revision eine prozessunabhängige Einschätzung der Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems vor, um Funktionsfähigkeit und Effektivität des gesamten Risikoprozesses und damit zusammenhängender Prozesse zu prüfen.

Risikoreporting

Im Rahmen des Risikoreportings berichtet das Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen an die Entscheidungsträger (Vorstand, Risikokomitee, betroffene Abteilungsleiter) und den Aufsichtsrat. Dabei ist die Häufigkeit der Berichterstattung von der Bedeutung des Risikos sowie von aufsichtsrechtlichen Anforderungen abhängig. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls an die interne Revision sowie an Compliance weitergeleitet.

Die das Kreditgeschäft betreffenden externen Risikomeldungen an die Deutsche Bundesbank sind Aufgabe der Abteilung Finanzen / Controlling.

Die Tochterinstitute der Oldenburgische Landesbank AG haben an ihre Größenordnung angepasste organisatorische Verfahrensweisen implementiert.

Management und Controlling spezifischer Risiken

Kreditrisiko

Risikomanagement Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung sämtlicher Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft obliegt den Marktfolgeeinheiten (Kredit) und dem Qualitätsmanagement Kredit. Sie basiert auf einem integrierten Konzept klar definierter Richtlinien, Kompetenzstrukturen und Anreizsysteme, das in Einklang steht mit der strategischen Ausrichtung und den Zielen des Hauses.

Konsistent zu diesem Konzept ist der Kreditentscheidungsprozess gestaltet. Eine organisatorische und disziplinarische Trennung von Markt und Marktfolge ist auf allen Ebenen gewährleistet.

Abhängig vom zu entscheidenden Kreditrisiko sind unterschiedliche organisatorische Regelungen getroffen. Ziel ist es, mit der Struktur und Aufgabenverteilung eine risikoadäquate und effiziente Entscheidungsfindung und Bearbeitung von Kreditengagements in Abhängigkeit von Losgrößen, Risikogehalt und Komplexität zu erreichen. So ist in der OLB für die Kredite an Kunden ein adressbezogenes Gesamtengagementvolumen von bis zu 250 Tsd. Euro als homogenes Geschäft definiert. Diese Engagements unterliegen vereinfachten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die Engagements des inhomogenen Portfolios (Gesamtengagementvolumen über 250 Tsd. Euro und alle Spezialfinanzierungen) werden aufgrund ihres spezifischen Risikogehalts – innerhalb festgelegter Regeln – in der Gemeinschaftskompetenz des Marktes mit der Marktfolge votiert und entschieden.

Die Risikobeurteilung und die Genehmigung der Kredite erfolgt im homogenen Portfolio in Abhängigkeit von der Geschäftsart und Betreuungszuständigkeit des Kunden. Kredite an Privat- und Geschäftskunden im Filialgeschäft entscheidet bei Finanzierungen bis 50 Tsd. Euro und bei privaten Baufinanzierungen bis 250 Tsd. Euro der Markt, soweit angemessene Bonität gegeben ist. Kreditgewährungen an Kunden aus den Bereichen „Private Banking & Freie Berufe“ und „Firmenkunden“ werden durch die zuständigen marktseitigen Betreuer bis 250 Tsd. Euro – bei angemessener Bonität – entschieden. Im Rahmen der Eigenkompetenz des Marktes (sofern es sich nicht um Baufinanzierungs- oder Verbraucherkreditgeschäft handelt) unterstützt die Marktfolge den Markt bei der Durchführung der Bonitätsprüfung und Raterstellung. Bei allen übrigen Engagements erfolgen die Beurteilung der Risiken und die Kreditentscheidung in Zusammenarbeit von Markt und Marktfolge.

Im Neugeschäft wird für jeden Kreditnehmer auf Basis von statistischen Bonitätsbeurteilungsverfahren das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit in Form einer Bonitätsklasse ermittelt. Parallel dazu wird die Bewertung der vom Kunden gestellten Sicherheiten vorgenommen. Diese findet in Abhängigkeit von Umfang und Komplexität unter Einbeziehung der Marktfolge oder durch interne und externe zertifizierte Gutachter statt. Zusammen ergeben Kreditvolumen, Bonitätsklasse und Besicherung ein absolutes Maß für das Kreditrisiko des Kunden.

Während der Laufzeit der Kredite unterliegen die Engagements einer laufenden Kreditüberwachung. Bei Engagements mit einem Volumen über 250 Tsd. Euro (ohne private Baufinanzierungen) werden jährlich eine individuelle Aktualisierung der Bonitätsklasse und eine Überprüfung der Sicherheitenbewertung vorgenommen. Zudem unterliegen alle Engagements verschiedenen maschinellen Überwachungsverfahren, die bei Auftreten von Risikosignalen eine individuelle Neubewertung auslösen.

Vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von Realsicherheiten für die OLB ist zentral ein Immobilienmonitoring installiert, das regionale Preisentwicklungen am Immobilienmarkt verfolgt und bei wesentlichen Veränderungen eine individuelle Neubewertung der betroffenen Engagements veranlasst.

Die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Genehmigung der Kreditvergabe und an die Kreditüberwachung sind an das jeweilige Risiko gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonitätsklasse sind entsprechende Kompetenzen definiert, sodass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.

Um das Risiko des Kreditportfolios insgesamt auf ein angemessenes Maß zu begrenzen, existieren Anreiz- und Anforderungssysteme. So regeln z. B. Richtlinien die Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten. Limite, z. B. je Kreditnehmer oder je Finanzierung, führen dazu, dass bei Bedarf entsprechend Konsortialpartner eingebunden werden. Risikoabhängige Preise in Verbindung mit einer risikobereinigten Ertragsmessung der Vertriebseinheiten schaffen Anreize, Neugeschäft nur bei entsprechender Bonität und angemessener Besicherung einzugehen.

Um eine angemessene Beurteilung der Risiken auf Dauer sicherzustellen, wird auf eine hohe Qualität der Prozesse Wert gelegt. Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und eine regelmäßige Überprüfung der Prozesse sind dabei von entscheidender Bedeutung. Nachgelagerte Analysen und Validierungen erlauben zudem ein Urteil darüber, wie aussagekräftig die Ergebnisse der Bonitätsbeurteilung und Sicherheitenbewertung tatsächlich sind, und ermöglichen eine Prognose über die zukünftige Risikosituation.

Um auf Portfolioebene Risikokonzentrationen zu vermeiden, sind über die Kompetenzen hinaus in der Risikostrategie Einzelengagement- und Teilportfoliolimite definiert. Die Überwachung dieser Limite ist Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling.

Darüber hinaus wird vierteljährlich durch das Risikocontrolling die Entwicklung der Kreditrisiken insgesamt untersucht. Dabei werden Strukturanalysen des Portfolios (**Rating**, Sicherheiten, Größenklassen, Branchen, Neugeschäft etc.) vorgenommen und die Auswirkungen auf den erwarteten Verlust (**Expected Loss**) und die ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen eruiert. Die Ergebnisse sind Teil der vierteljährlichen Risikoberichterstattung an das Risikokomitee, den Vorstand und den Aufsichtsrat.

 siehe Glossar Seite 165 und 166

Risikomanagement Handelsgeschäft

Die OLB hat den Eigenhandel zum 31. Dezember 2012 eingestellt. Nach Integration der Restrisiken in die Risikoüberwachung des Anlagebuches soll die BaFin bis Ende des ersten Quartals 2014 final über die Annahme des Status eines **Nichthandelsbuchinstitutes** informiert werden.

 siehe Glossar Seite 166

Im Anlagebuch werden Handelsgeschäfte mit dem Ziel getätigt, die Liquidität der Bank langfristig zu sichern und Zinsänderungsrisiken im Rahmen der definierten Limite zu steuern. Sie dienen damit der Sicherung der langfristigen Unternehmensexistenz und der Stabilität der Ertragslage. Geschäftsfelder des Anlagebuches sind im Wesentlichen der Geldhandel sowie der Handel bzw. die Emission von Schuldverschreibungen. Ergänzt werden diese durch Derivatgeschäfte. Die Anlagen in zwei Spezialfonds, die im Wesentlichen in Schuldverschreibungen und Aktien investiert sind, vervollständigen das Portfolio und diversifizieren das Risiko.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken im Handelsgeschäft mit Banken und bei Wertpapiernanlagen begegnet die OLB mit einer grundsätzlichen Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität und auf zentrale Kontrahenten, einem dezidierten Limitsystem sowie einem weit diversifizierten Portfolio. Die strategische Ausrichtung ist in der Risikostrategie fixiert.

Die Kreditrisiken aus dem Handelsgeschäft werden im Rahmen der Genehmigung analog zum kommerziellen Kreditgeschäft behandelt.

Risikomessung

Zur internen Messung der Kreditrisiken insgesamt verwendet die OLB ein Verfahren, das auf der Methodik des IRB-Ansatzes nach Solvabilitätsverordnung basiert. Damit lässt sich ein erwarteter Verlust für das Kreditportfolio auf Sicht eines Jahres ermitteln.

 siehe Glossar Seite 167

Darauf aufbauend hat die OLB ein Portfoliomodell implementiert, das die Abbildung aller Kreditrisiken in Form eines **Value-at-Risk** ermöglicht. Als Value-at-Risk wird dabei der potenzielle Verlust bezeichnet, der unter normalen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) für einen vorgegebenen Zeitraum nicht überschritten wird. Das Ergebnis für den Value-at-Risk bei einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,93 % und einer Haltedauer von einem Jahr stellt die Risikoposition für die Kreditrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dar.

Darüber hinaus wird monatlich der Value-at-Risk für das Teilportfolio der Forderungen und das der Wertpapiere im Anlagebuch berechnet. Diese Größen sind in der Risikostrategie limitiert.

Marktrisiken

Die OLB unterliegt Marktrisiken im Kunden- und Handelsgeschäft. Wesentliche Faktoren dabei sind:

- die Entwicklung von Zinssätzen und Zinsstrukturkurven,
- der Preis von Aktien und
- die Währungskursverhältnisse

sowie die Schwankungen (**Volatilitäten**) dieser Größen.

 siehe Glossar Seite 167

 siehe Glossar Seite 165

Die OLB hat den auf die Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ausgerichteten Eigenhandel im **Handelsbuch** eingestellt. Die verbliebenen Restpositionen umfassen lediglich noch die von Kunden initiierten Devisengeschäfte zuzüglich der dazugehörigen Absicherungsgeschäfte. Eine offene Devisenposition ist nur noch im Rahmen von technischen Bagatellgrößen möglich. Das Risiko im Anlagebuch liegt im Wesentlichen in der Zinsentwicklung. Darüber hinaus sind in begrenztem Umfang Aktien- und Devisenkursrisiken aus den Spezialfonds zu nennen.

Risikomessung

Die Quantifizierung und Limitierung der Marktrisiken erfolgt auf Gesamtbankebene insbesondere mittels Value-at-Risk-Modellen.

Das Value-at-Risk-Modell für das Anlagebuch basiert auf einer historischen Simulation, in die die Zins- und Aktienkursveränderungen seit 1988 zeitlich gleichgewichtet einbezogen werden. Zur Quantifizierung des Zinsrisikos werden die Veränderungen des Zinsbuchbarwertes ermittelt, die sich bei Eintritt der historisch beobachteten Zinsänderungen ergeben würden. Für die variablen Produkte wird dabei eine Ablauffiktion auf Basis ihres historischen Zinsanpassungsverhaltens geschätzt. Sondertilgungsrechte im Kreditgeschäft gehen ebenfalls als Modellcashflow in die Risikomessung ein.

Das VaR-Limit für das Handelsbuch wurde mangels Beständen nicht definiert. Für die verbliebene Währungsgesamtposition (Devisentermin-, Kassa- und Optionsgeschäfte) wurde auf Basis der sogenannten Standardmethode gemäß SolvV ein Limit in Höhe von 0,5 Mio. Euro definiert. Methodenbedingt werden selbst für in sich geschlossene Devisentermingeschäfte 10 % der geschlossenen Position angerechnet, sodass immer ein minimaler Betrag für Zinsrisiken ausgewiesen wird. Für die Risiken aus dem Bestand an Sorten und Edelmetallen besteht ein Limit von 2 Mio. Euro.

Bei den Simulationen werden folgende Parameter verwendet:

Anlagebuch	
Risikoarten	Aktienkurs- und Zinsänderungsrisiken
Marktdaten	seit Anfang 1988, gleichgewichtet
Portfoliohaltedauer	1 Jahr
Konfidenzniveau	99,93 %

Risikomanagement

Verantwortlich für die Steuerung der Marktrisiken ist die Abteilung Treasury. Über die Positionierung im Anlagebuch wird im Banksteuerungskomitee beraten und entschieden.

Zur Limitierung der Risiken dient der Value-at-Risk für das Anlagebuch (99,93 %/1 Jahr).

Neben dem Limit für das Anlagebuch des Gesamtinstituts bestehen Einzellimite für das Zinsbuch, für die Aktienpositionen sowie für die Anleihepositionen der Liquiditätsreserve.

Zur Bewertung der Marktrisiken werden ergänzend verschiedene Stressszenarien und Sensitivitäten gerechnet. Für das Anlagebuch findet dabei eine Überprüfung der Zinsänderungsrisiken nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen statt.

Risikoüberwachung

Die Überwachung der Risikopositionen erfolgt durch das Risikocontrolling, wobei die Entwicklung von Risiken und Ergebnisse der Liquiditätsreserve täglich und der VaR des **Bankbuches** monatlich berichtet werden.

 siehe Glossar Seite 164

Liquiditätsrisiken

Risikomessung

Auf Basis täglich verfügbarer Liquiditätsablaufbilanzen der deterministischen Zu- und Abflüsse erfolgt mit einer Vorausschau auf die nächsten 30 Tage die Messung und Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken. Ein zusätzlicher Zahlungsverkehrspuffer, der die wöchentlichen Abflüsse aus Kundengeschäften berücksichtigt, ergänzt den Liquiditätspuffer. Diese Sicht dient der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsbereitschaft insbesondere durch Halten einer angemessenen Liquiditätsreserve. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffer ist dabei strenge Nebenbedingung.

Darüber hinaus nutzt die OLB eine Anwendung zur Messung und Steuerung von mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken. Mit ihr wird die Liquiditätssituation monatlich durch das Risikocontrolling überwacht. Basis sind u. a. Auswertungen, die den zukünftigen Liquiditätscashflow analysieren. Der Liquiditätscashflow stellt dabei den Saldo aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen bis zum jeweiligen Zeitpunkt dar. In diesem Zusammenhang findet die Geschäftsentwicklung sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien Berücksichtigung.

Im „Normal Case“ werden für das erste Jahr auf Basis von Plan- bzw. Erfahrungswerten Wachstumsannahmen für die Bestände an Krediten und Einlagen getroffen. Nach diesem Zeitraum wird grundsätzlich ein konstantes Geschäftsvolumen unterstellt. Dieses Szenario stellt die Liquiditätssituation unter normalen Geschäftsbedingungen dar.

Das Szenario „Rezession“ beschreibt die Folgen einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund der Annahme von zunehmenden Kreditausfällen, einer verstärkten Inanspruchnahme von Kreditlinien sowie einer abnehmenden Sparquote kommt es mittelfristig zu Mittelabflüssen. Durch die zusätzlich unterstellten höheren Bewertungsabschläge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve enthält das Szenario darüber hinaus Elemente einer Marktkrise.

Das Szenario „Downgrade“ unterstellt eine Bonitätsverschlechterung der OLB. Dabei wird von einem kurzfristigen Mittelabfluss bei Termingeldern, Sicht- und Spareinlagen sowie OLB-Anleihen ausgegangen. Das Szenario enthält damit Elemente eines Bankruns.

Das Szenario „Kombiniert“ verbindet die Annahmen des Szenarios „Rezession“ mit denen des Szenarios „Downgrade“.

Ergänzend zu den beschriebenen Szenarien werden Konzentrationsrisikoanalysen in der Liquiditätsrisikobetrachtung berücksichtigt. Seit 2013 fließen hierfür zusätzlich die Unwägbarkeiten aus Mittelabflüssen der Top-10-Einlagekunden ein.

Über die Ergebnisse der Analysen wird der Vorstand über das Risikokomitee monatlich informiert.

Risikomanagement

Die kurzfristigen Liquiditätsrisiken sind auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffer der Liquiditätsverordnung limitiert. Forderungen und Verbindlichkeiten werden dazu auf Laufzeitbänder verteilt. Das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Verbindlichkeiten darf gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung im ersten Laufzeitband (täglich oder bis zu einem Monat) die Zahl 1 nicht unterschreiten. Um die Einhaltung dieser Anforderung jederzeit sicherzustellen, ist ein internes Limit definiert, das bei Erreichen entsprechende risikoreduzierende Maßnahmen auslöst. Über die Entwicklung dieser Kennzahl wird regelmäßig dem Risikokomitee berichtet. Der bereits bestehende kurzfristige Liquiditätspuffer wurde im Berichtsjahr durch einen zusätzlichen Zahlungsverkehrspuffer ergänzt, der sich aus den wöchentlichen Liquiditätsabflüssen aus Kundengeschäften ableitet. Die Limitierung der mittel- bis langfristigen Liquiditätsrisiken basiert auf der Kennzahl der „kumulierten relativen Liquiditätsüberhänge“. Diese stellt für definierte Laufzeitbänder den Liquiditätscashflow ins Verhältnis zum Gesamtbestand an Verbindlichkeiten. Limite existieren dabei für die Stressszenarien „Rezession“, „Downgrade“ sowie das Szenario „Kombiniert“. Ein Unterschreiten der Limite löst entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen aus.

Das Liquiditätsrisiko wird im Bereich Treasury gesteuert. Das Management kann bei Bedarf jederzeit auf die Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve zurückgreifen und durch Verkauf, durch Verpfändung für Bundesbank-Refinanzierungsfazilitäten oder durch Terminverkauf im Rahmen von **Repo-Geschäften** zusätzlichen Liquiditätsbedarf decken. Langfristiger Liquiditätsbedarf wird außer über das Kundengeschäft durch die Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen oder durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen gedeckt.

Details zur Messung, Limitierung und Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Risikostrategie der OLB fixiert.

Operationelles Risiko

Risikomessung

Zur Identifikation und Bewertung operationeller Risiken werden im OLB-Konzern einheitliche und aufeinander abgestimmte Instrumente eingesetzt. Die Basis dafür bildet eine Kategorisierung der Geschäftsprozesse der Bank. Darauf aufbauend erfolgt eine systematische Erfassung und Zuordnung von Verlust- und Risikodaten.

Seit Januar 2003 werden relevante Verlustdaten aus operationellen Schadensfällen in einer Datenbank erfasst. Die Erkenntnisse aus den erfassten Schadensfällen bilden die Basis für eine zielgerichtete und detaillierte Ursachenanalyse und Ursachenbehebung.

Zur Ermittlung des Risikopotenzials aus operationellen Risiken werden im OLB-Konzern jährliche Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden kritische Szenarien ausgewählt, die bei geringer Eintrittswahrscheinlichkeit eine hohe finanzielle Auswirkung auf den OLB-Konzern hätten.

Die Szenarien werden in gemeinsamen Workshops der Abteilungen Risikocontrolling und Organisation mit den entsprechenden Prozessverantwortlichen besprochen und hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Szenarioanalyse erfolgt die Ermittlung des Potenzials operationeller Risiken für die laufende Risikotragfähigkeitsrechnung.

Nach Genehmigung durch die BaFin wird der regulatorische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko nach dem Standardverfahren ermittelt. Der Einsatz eines fortschrittlichen Messansatzes zur Ermittlung des operationellen Risikos wird untersucht.

Risikomanagement

Das Management von operationellen Risiken basiert auf den durchgeführten Szenarioanalysen, den Analysen der eingetretenen Schadensfälle, den Risikoindikatoren für operationelle Risiken und den durch Kompetenzen limitierten Möglichkeiten, auf Grundlage einer Kosten-/Nutzenabwägung bewusst auf das Abstellen bestehender Risiken zu verzichten (risk acceptance). Je nach Bedeutung der erkannten Risikofelder gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen die Risiken begrenzen. Dazu gehören die Optimierung von Prozessen oder die adäquate Information der Mitarbeiter (unter anderem durch Fortbildung und Nutzung moderner Kommunikationsverfahren) genauso wie die Versicherung gegen Großschadensfälle (beispielsweise Gebäudebrand der Zentrale) oder ein angemessenes Backup-System für EDV-technische Daten.

Bzgl. Kriminalitäts- und Korruptionsrisiken sind Gefährdungsanalysen durch Compliance/Geldwäsche durchgeführt worden. Die Fraud-Präventions-Richtlinie sowie eine Antikorruptionsrichtlinie regeln das Management dieser Risiken.

Rechtsänderungsrisiko

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Rechtsänderungsrisiken ist identisch mit dem der operationellen Risiken. Auf Basis von Szenarioanalysen werden die Risiken rechtlicher Veränderungen quantifiziert und in Abhängigkeit von der Bedeutung entsprechende Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen. Das Management der Rechtsänderungsrisiken ist Aufgabe der Rechtsabteilung.

Reputationsrisiko

Der Prozess zur Identifikation, Messung und Steuerung von Reputationsrisiken ist ebenfalls identisch mit dem operationeller Risiken. Er liegt in der Verantwortung der Abteilung Strategie und Kommunikation. Auch hier werden Szenarien entwickelt und dafür geeignete Maßnahmen zur Schadensbegrenzung aufgestellt. Dazu gehören zum einen präventive Maßnahmen wie beispielsweise die Definition von Unternehmensleitlinien und Verhaltensregeln für Mitarbeiter, die den positiven Auftritt des OLB-Konzerns nach außen fördern, und zum anderen die bewusste Zurückhaltung bei Geschäften, die zu einer Rufschädigung führen können. Zusätzlich werden für den Eintritt verschiedener Schadensszenarien Maßnahmen festgelegt, die potenzielle Schäden begrenzen.

Strategisches Risiko

Zur Einschätzung strategischer Risiken werden im OLB-Konzern die klassischen Instrumente der Simulation von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung eingesetzt. Die Geschäftsstrategie wird in einem jährlich stattfindenden Prozess überprüft und weiterentwickelt und dabei an geänderte Rahmenbedingungen angepasst. Die Überwachung der Strategieumsetzung erfolgt auf Basis geeigneter Schlüsselgrößen (Key Performance Indicators), die im Strategieprozess für die Implementierung der jeweiligen Teilstrategien festgelegt werden.

Konzentrationsrisiko

Das Management von Konzentrationsrisiken findet im Rahmen der Steuerung der einzelnen Risikoarten in den jeweils verantwortlichen Abteilungen statt. Risikoartenübergreifende Konzentrationsrisiken werden als Teilergebnisse allgemeiner und spezieller Stresstests im Risikocontrolling bewertet, durch das Risikokomitee analysiert und im Strategieprozess bei der jährlichen Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie berücksichtigt.

Risikolage

Risikotragfähigkeit

Für die Feststellung der Risikotragfähigkeit der OLB ergeben sich die folgenden Risikopositionen:

Mio. Euro	2013	2012
Kreditrisiko	309,9	370,0
Marktrisiko Anlagebuch	66,4	120,9
Marktrisiko Handelsgeschäft	0,6	2,8
Operationelles Risiko	27,6	38,3
Liquiditätsrisiko	5,2	4,4
Bankweites Risiko	409,7	536,4

Der periodische Vergleich des bankweiten Risikos mit dem Risikodeckungspotenzial zeigte, dass für die OLB auf Basis eines Konfidenzniveaus in Höhe von 99,93 % die Risikotragfähigkeit im gesamten Berichtsjahr gegeben war.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko wird auf Basis eines Credit-Value-at-Risk aus einem Kreditportfoliomodell nach CreditMetrics™ berechnet. Der Rückgang der Risikobewertung liegt in der Portfolioentwicklung begründet, die sowohl über die aus dem Portfolio abgeleiteten Modellparameter wie Migrationen und Korrelationen als auch über die aktuelle Entwicklung der Bonitätsstruktur, Besicherung, Konzentrationen und Volumina Berücksichtigung findet.

Marktrisiko des Handelsgeschäfts

Das Währungsrisiko, das sich auf die Sicherungsgeschäfte zur Übernahme von Positionen aus dem Kundengeschäft beschränkt, wird als nicht wesentlich eingestuft und im Marktrisiko durch Addition des aktuellen SolvV-Anrechnungsbetrags berücksichtigt.

Marktrisiko des Anlagebuchs

Das Marktrisiko des Anlagebuchs wird wertorientiert über die historischen Zins- und Aktienkursveränderungen bewertet und limitiert. Hauptsächlich durch die auf dem Einbezug der Pensionsrückstellungen basierenden Modellanpassungen zur Harmonisierung der barwertigen Zinsbuchsteuerung und der periodischen Ergebnisrechnung, sowie durch die erforderliche Anpassung der Bodensatzvolumina im Rahmen der Schließung der Allianzbank ist das Risiko gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Handelsgeschäft

Operationelles Risiko

Für das operationelle Risiko wird der Risikobetrag auf Basis eines Value-at-Risk aus einer OLB-individuellen Szenarioanalyse ermittelt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko wird mittels eines Value-at-Risk-Modells berechnet. Es bildet das Risiko ab, dass sich die OLB aufgrund erhöhter Credit Spreads am Kapitalmarkt Refinanzierungsmittel zu erhöhten Konditionen besorgen muss. Das Niveau des Liquiditätsrisikos ist trotz eines Anstiegs gegenüber dem Vorjahr gering.

Bankweites Risiko

Das bankweite Risiko ergibt sich durch Addition der einzelnen Risikopositionen. Dieser Ansatz zur Berechnung des Risikos berücksichtigt keine Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten. Das bankweite Risiko zum Stichtag 31. Dezember 2013 beträgt unter dieser Annahme 420,4 Mio. Euro.

Kreditrisiko

Als Ergebnis des laufenden Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozesses lässt sich das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wie folgt strukturiert darstellen. Die genannten Volumina stellen dabei das maximale Kreditausfallrisiko im Sinne IFRS 7.36(a) dar (Buchwerte nach Abzug der Risikovorsorge):

Kreditportfolio nach Forderungsklassen

Mio. Euro	2013	2012
Forderungen an Kunden	10.303,7	10.338,7
Forderungen an Kreditinstitute	628,5	414,5
Finanzanlagen	2.722,4	3.353,9
Handelsgeschäft	13,7	14,1
Eventualverbindlichkeiten	306,4	319,7
Offene Kreditzusagen	520,4	591,6
Summe	14.495,1	15.032,5

Das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wird mit 77 % (Vorjahr: 75 %) zum überwiegenden Teil aus dem Kundenkreditgeschäft gebildet. Diesem sind die Positionen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und offene Kreditzusagen zugeordnet.

Kreditportfolio nach Qualität der Forderung

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Nicht überfällig und nicht einzelwertberichtigt	9.685,0	292,7	515,7	3.363,8	13.857,2	14.377,3
Überfällig, aber nicht einzelwertberichtigt	262,8	8,7	1,5	—	273,0	317,8
Überfällig und einzelwertberichtigt	355,9	5,0	3,2	0,8	364,9	337,4
Summe	10.303,7	306,4	520,4	3.364,6	14.495,1	15.032,5

Als „überfällig“ werden Kunden eingestuft, die gemäß Solvabilitätsverordnung eine wesentliche Überziehung aufweisen. Diese ist definiert als eine Kontoüberziehung oder ein Darlehensrückstand in Höhe von mindestens 100 Euro und mindestens 2,5 % des genehmigten Kreditvolumens des Kunden. Zudem werden in der OLB Überziehungen bzw. Rückstände ab 250 Tsd. Euro unabhängig vom Kreditvolumen des Kunden als wesentlich eingestuft.

Besteht eine wesentliche Überziehung länger als 90 Tage, gilt der Kunde als ausgefallen. Er wird in das Verfahren zur Bildung von Einzelwertberichtigungen aufgenommen und bei Bedarf wertberichtigt (Kategorie „Überfällig und einzelwertberichtigt“).

Bonitätsklassen

Die folgende Übersicht zeigt das nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Kreditportfolio der OLB gegliedert nach Bonitätsklassen. Dabei beruht die Einstufung auf der internen Ratingklasse, die über statistische Verfahren im Rahmen der Kreditbearbeitung regelmäßig ermittelt wird. Bei staatlich garantierten Papieren wird auf das Länderrating des Garanten abgestellt.

Nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Forderungen – Gliederung nach Bonitätsklassen –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Finanzanlagen	Handels-geschäft	Eventual-verbindlichkeiten	Offene Kredit-zusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
I–II	463,8	324,0	2.194,6	—	2,0	11,7	2.996,1	3.281,1
III–IV	998,3	301,9	443,0	1,1	30,5	23,7	1.798,5	1.797,8
V–VI	2.216,6	0,1	—	2,2	116,2	202,3	2.537,4	2.141,7
VII–VIII	3.589,1	0,2	—	0,5	93,5	195,6	3.878,9	3.697,8
IX–X	1.712,0	—	—	1,2	39,0	62,6	1.814,8	2.515,3
XI–XII	568,4	—	—	0,2	10,5	17,6	596,7	726,2
XIII–XIV	119,1	—	—	—	0,7	1,9	121,7	103,9
n. a.	17,7	2,3	84,8	7,7	0,3	0,3	113,1	113,5
Summe	9.685,0	628,5	2.722,4	12,9	292,7	515,7	13.857,2	14.377,3

Bonitätsklasse	Bewertung
I–II	Unzweifelhafte Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
III–IV	Große Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
V–VI	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung auch in schwierigen Konjunkturphasen
VII–VIII	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit kleineren Einschränkungen
IX–X	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit Einschränkungen
XI–XII	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung beeinträchtigt
XIII–XIV	Erhöhte bis ausgeprägte Anfälligkeit für Zahlungsverzug

In der Kategorie der nicht überfälligen und nicht einzelwertberechtigten Forderungen wird für rund 94 % (Vorjahr: 93 %) der Volumina die Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen als gegeben angesehen (Bonitätsklasse I–X), bei 4,3 % (Vorjahr: 5,1 %) ist unter negativen Umständen von einer Beeinträchtigung auszugehen (Bonitätsklasse XI–XII). Wahrscheinlich ist die Zahlungsunfähigkeit bei lediglich 0,9 % (Vorjahr: 0,7 %) (Bonitätsklasse XIII–XIV).

Sicherheiten

Die Sicherheiten im Kreditportfolio des OLB-Konzerns entstammen zum einen dem Kundenkreditgeschäft und sind entsprechend den Forderungsklassen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Offene Kreditzusagen zuzuordnen. Zum anderen werden im Rahmen von Geldmarktgeschäften Wertpapiere als Sicherheit für Forderungen gegenüber Kreditinstituten hereingenommen. Die Volumina der übrigen Forderungsklassen sind unbesichert.

Kreditvolumen und zugeordnete Sicherheiten im Kundenkreditgeschäft

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Volumen der Forderungsklasse	10.303,7	628,5	306,4	520,4	11.759,0	11.250,0
Zugeordnete Sicherheiten	6.047,2	247,1	66,7	—	6.361,0	5.820,1

Die Kreditvolumina des Kundenkreditgeschäftes sind zu rund 59 % (Vorjahr: 52 %) besichert. Den wesentlichen Anteil der Sicherheiten bilden Grundpfandrechte an wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilien mit 77 % (Vorjahr: 77 %), gefolgt von liquiden Sicherheiten wie Kontoguthaben, Bausparverträgen und Lebensversicherungen mit 11 % (Vorjahr: 12 %). Auf die sonstigen Sicherheiten, im Wesentlichen Sicherungsübereignungen, entfallen etwa 12 % (Vorjahr: 11 %). Die Forderungen an Kreditinstitute sind zu 39 % besichert.

Der OLB-Konzern hat im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Einfamilienhaus erworben, welches vorher als Sicherheit für an Kunden vergebene Kredite diente. Das Objekt wurde unter der Position „Sonstige Aktiva“ zu 198,3 Tsd. Euro bilanziert und soll im Rahmen eines freihändigen Verkaufs veräußert werden. Weitere relevante Sachverhalte gemäß IFRS 7.38 liegen nicht vor.

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten, finanziellen Verbindlichkeiten und Sicherheitsleistungen (gem. IFRS 7.13)

Finanzielle Vermögenswerte

2013						
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Forderungen an Kunden	111,4	-87,2	24,2	—	—	24,2
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Positive Marktwerte aus Derivaten	3,7	—	3,7	-3,7	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Forderung an Kreditinstitute	245,0	—	—	—	-245,0	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Forderung an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Offenmarktgeschäfte						
Bilanzierte Wertpapiere, im Pfanddepot	100,8	—	100,8	—	-100,8	—
Gesamt						
Finanzielle Vermögenswerte	460,9	-87,2	128,7	-3,7	-345,8	24,2

Finanzielle Verbindlichkeiten

2013						
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Barsi- cherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	- 123,0	87,2	- 35,8	—	—	- 35,8
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Bilanzierte Barmittel, in diesem Zuge erhalten	—	—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Derivaten	- 102,0	—	- 102,0	3,7	98,3	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Verbindlichkeit ggü. KI	—	—	—	—	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Verbindlichkeit ggü. KI	- 954,1	—	- 954,1	—	939,9	- 14,2
Offenmarktgeschäfte						
Verbindlichkeit ggü. KI	- 100,8	—	- 100,8	—	100,8	—
Gesamt						
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 1.279,9	87,2	- 1.192,7	3,7	1.139,0	- 50,0

*Rückstände***Überfällige, aber nicht einzelwertberichtigte Forderungen****– Gliederung nach Dauer des Rückstands –**

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Bis 30 Tage	255,5	8,7	1,5	—	265,7	303,6
31–60 Tage	6,6	—	—	—	6,6	11,6
61–90 Tage	0,7	—	—	—	0,7	2,6
Summe	262,8	8,7	1,5	—	273,0	317,8

In der Kategorie der überfälligen, aber nicht einzelwertberichtigten Forderungen ist der überwiegende Teil in Höhe von 97,3 % (Vorjahr: 95,5 %) maximal 30 Tage rückständig. Auf längerfristige Rückstände entfallen 2,7 % (Vorjahr: 4,5 %).

Konzentrationsrisiken

Konzentrationsrisiken im Bereich des Kreditrisikos werden im Rahmen der vierteljährlichen Risiko-berichterstattung analysiert. Dabei finden Analysen auf Basis von Einzelengagements (Größenkonzentration), Branchen oder darüber hinaus definierter Teilportfolios statt.

Eine aktivere Risikosteuerung hat in den Jahren 2012 und 2013 zu einem Rückgang des Größenkonzentrationsrisikos im Kundenkreditportfolio geführt. Das Wachstum in den oberen Größenklassen über 10 Mio. Euro bewegte sich im Jahr 2012 unterhalb des Portfoliodurchschnitts, 2013 waren die Volumina dieser Größenklasse rückläufig. Darüber hinaus überschreiten zum 31. Dezember 2013 lediglich zwei Engagements (gegenüber drei im Vorjahr) aus dem Kundenkreditgeschäft die aufsichtsrechtliche Meldegrenze für Großkredite nach § 13a KWG.

Die Branchenverteilung des Kreditportfolios ist geprägt durch die in der Geschäftsregion ansässige Kundschaft. Daneben bildet das Kreditgeschäft im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere die Finanzierung von Windkraft-, Biogas- und Photovoltaikanlagen, einen Schwerpunkt.

Zur Begrenzung von Branchenkonzentrationsrisiken im Kreditportfolio sind Teilportfoliolimite für den Bereich der erneuerbaren Energien definiert. Alle Limitierungen wurden das ganze Geschäftsjahr über eingehalten.

Schiffsfinanzierungen

Im Bereich der Spezialportfolios wirkte sich die seit 2008 anhaltende Branchenkrise der Schifffahrt weiter auf die Bewertung aus. Vor dem Hintergrund der insgesamt enttäuschenden Entwicklung der Charraten im Jahr 2013 bewertete die OLB die zukünftige Entwicklung an den Schiffsmärkten noch vorsichtiger. Auf Basis dieser veränderten Einschätzungen hat die OLB die Parameter ihres Bewertungsmodells hinsichtlich der Dauer der Krise verlängert. Zusätzlich wurden einzelne Schiffe in der Bewertung auf „Verwertung“ statt Fortführung umgestellt. Insgesamt haben diese Anpassungen eine deutliche Erhöhung der Risikovorsorge für das Schiffsportfolio nach sich gezogen.

Sicherheiten

Neben der Konzentration auf einzelne Kreditnehmer können Konzentrationsrisiken auch durch die Fokussierung auf einzelne Sicherheitgeber hervorgerufen werden. Da die Sicherheiten dem breit gestreuten Portfolio der Kundenkredite entstammen, sieht die Bank dort jedoch keine relevanten Konzentrationsrisiken für den OLB-Konzern.

Dort wo sich Konzentrationen aufgrund der Sicherheitenart bzw. des Sicherheitengegenstandes ergeben, wurden geeignete Maßnahmen zur Überwachung implementiert:

Sicherheit	Überwachung
Immobilien	Immobilienmarktmonitoring zur Überwachung regionaler Marktpreisschwankungen
Binnen- und Seeschiffe	Halbjährliches Marktwertgutachten

Kreditinstitute

Die Adressrisiken aus Forderungen an Kreditinstitute und von Kreditinstituten begebenen Anleihen sind insgesamt gering. Die Volumina entfallen nahezu vollständig auf Bonitätsklassen im Bereich Investment Grade (I–VI), 99,9% der Forderungen liegen im Bereich I–IV, der Rest in Höhe von 0,3 Mio. Euro verteilt sich auf die Bonitätsklassen V, VI und VII.

Die Bonitätsklassenstruktur der Forderungen an Kreditinstitute hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter leicht verbessert, das Volumen insgesamt reduziert. Die OLB verfolgt in diesem Segment weiterhin eine konservative Risikopolitik.

Länderrisiko

Länderrisiken als spezifische Ausprägung des Adressrisikos spielen im OLB-Konzern keine wesentliche Rolle.

Marktrisiko

Handelsgeschäft

Der Handel wurde im zweiten Quartal 2012 deutlich reduziert und zum Jahresende 2012 eingestellt. Eine offene Position ist nur noch im Zusammenhang mit von Kunden initiierten Devisengeschäften im Rahmen technischer Bagatellgrößen möglich.

Anlagebuch

Value-at-Risk des Anlagebuches (99,93 % / 1 Jahr) im Jahr 2013:

	VaR
Mittelwert	81,8
Minimum	45,4
Maximum	101,3

Die Marktpreisrisiken des Anlagebuches (VaR-Modell 99,93 % / 1 Jahr) bewegten sich im Jahr 2013 unterhalb des Niveaus des Vorjahres. So lag der durchschnittliche Value-at-Risk mit 81,8 Mio. Euro deutlich unter dem Wert für 2012 in Höhe von 118,0 Mio. Euro. Das Limit wurde durchweg eingehalten.

In der ersten Jahreshälfte stieg der Value-at-Risk aufgrund des anziehenden Darlehensgeschäfts leicht an. Per August fanden Modellanpassungen Berücksichtigung, die der Harmonisierung der Annahmen in der barwertigen Zinsbuchsteuerung und periodischen Ergebnisrechnung dienten. Die Modellanpassungen hatten insgesamt einen risikomindernden Effekt, wobei der Haupteffekt aus dem Einbezug der Pensionsrückstellungen in der Zinsposition resultierte. Von September bis November wirkten Close-Outs von Payer-Swaps, die Berücksichtigung des eigenen Credit-Spread-Risikos, das Marktpreisrisiko für Devisen sowie neue langfristige Wertpapiere in der Liquiditätsreserve risikoerhöhend.

 siehe Grafik Seite 066

 siehe Grafiken Seite 067

Die konservative Erwartung bezüglich der Einlagenabflüsse aus der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank konnte im Laufe des Jahres auf Basis der tatsächlichen Volumina revidiert werden, sodass eine Neuschätzung des Bodensatzes im Dezember zu einer Risikominderung führte.

 siehe Glossar Seite 164

Die Meldegrenze für den Basel II-Koeffizienten wurde im Verlauf des Jahres 2013 zu keinem Zeitpunkt überschritten.

Operationelles Risiko

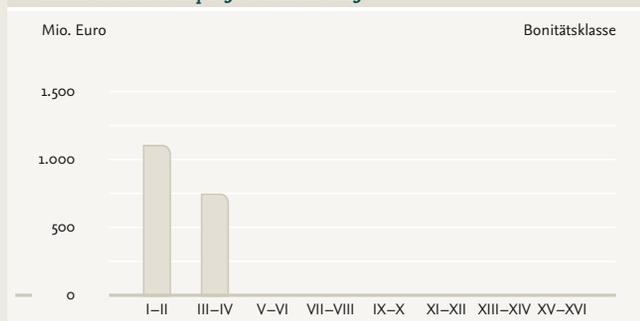
Im Rahmen des jährlichen Risk-Assessments werden in den Abteilungen Organisation und Risikocontrolling Risikoszenarien entwickelt und fortgeschrieben. Nach Absprache mit dem Risikovorstand werden die relevanten Szenarien in gemeinsamen Workshops der Abteilungen Organisation und Risikocontrolling mit den entsprechenden Prozessverantwortlichen aus den Fachabteilungen besprochen und von ihnen hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet.

Mittels einer Monte-Carlo-Simulation wird der VaR zum 99,93 %-Quantil bestimmt. Sofern bei Szenarien unterjährige Veränderungen auftreten, erfolgt eine Neubewertung der entsprechenden Szenarien.

Beispiele für relevante Szenarien:

Szenario	Zuständiger Fachbereich
Interne und externe IT-Angriffe	Informationstechnologie
Veruntreuung, betrügerische Transaktionen	Organisationsabteilung und Compliance
Beratungshaftung	Produktmanagement
Geldwäsche	Compliance
Ausfall unternehmenskritischer IT	Informationstechnologie
Modell-Risiko im Bereich Risikocontrolling	Risikocontrolling
Pandemie, Naturkatastrophen	Betriebsorganisation
Auslagerungen	Betriebsorganisation

Bonitätsklassenverteilung der Forderungen an Kreditinstitute und Anleihen von Kreditinstituten per 31. Dezember 2013



Liquiditätsrisiko

Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Meldekennziffer

	2013	2012
Mittelwert	1,55	1,96
Minimum	1,42	1,55
Maximum	1,71	2,20

Der Mindestwert der Meldekennziffer in Höhe von 1 wurde das ganze Jahr über eingehalten. Im Durchschnitt lag die Kennziffer 55 % über der Mindestanforderung. Zum 31. Dezember 2013 betrug die Kennziffer 1,62.

Die Liquiditätskennziffer ist im abgelaufenen Geschäftsjahr infolge der Schließung der Allianzbank und dem damit verbundenen Einlagen-Rückbau gesunken.

Fälligkeiten

Zur Bemessung und Steuerung der Liquiditätsrisiken bedarf es diverser Fälligkeitsannahmen für Forderungen und Verbindlichkeiten. Die OLB folgt diesbezüglich den Annahmen der Liquiditätsverordnung.

Unabhängig von den Annahmen der Liquiditätsverordnung ist in den folgenden Tabellen dargestellt, in welche Restlaufzeiten sich die Forderungen und Verbindlichkeiten tatsächlich gliedern. Bei den Angaben handelt es sich um Buchwerte vor Abzug der Risikovorsorge.



Forderungen 2013

Mio. Euro	2013				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	175,0	—	—	—	175,0
Forderungen an Kunden ¹	1.383,1	660,1	2.654,3	5.830,5	10.528,0
Forderungen zum 31. Dezember 2013	1.558,1	660,1	2.654,3	5.830,5	10.703,0

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 864 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2013

Mio. Euro	2013				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	338,7	—	—	—	338,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.017,5	356,3	1.243,8	1.542,2	4.159,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.929,4	—	—	—	3.929,4
Spareinlagen	2.026,4	176,3	19,5	—	2.222,2
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	617,2	266,0	170,3	601,2	1.654,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	28,3	39,5	124,5	387,3	579,6
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	97,4	52,9	106,6	194,0	450,9
Steuerschulden	—	—	9,2	—	9,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	33,0	117,9	87,8	253,7
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013	8.069,9	924,0	1.791,8	2.812,5	13.598,2

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2013

Mio. Euro	2013				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Zinsswaps	3,9	3,8	60,4	38,7	106,8
Devisentermingeschäfte / Devisenswaps	1,0	0,6	—	—	1,6
Devisenoptionen	—	0,1	—	—	0,1
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2013	4,9	4,5	60,4	38,7	108,5

Forderungen 2012

Mio. Euro					2012
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	300,1	—	—	—	300,1
Forderungen an Kunden ¹	1.447,2	656,0	2.630,9	5.786,6	10.520,7
Forderungen zum 31. Dezember 2012	1.747,3	656,0	2.630,9	5.786,6	10.820,8

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 977,9 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2012

Mio. Euro					2012
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	151,9	—	—	—	151,9
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	466,6	514,8	1.273,9	1.614,4	3.869,7
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.236,5	—	—	—	4.236,5
Spareinlagen	1.896,4	240,2	25,8	—	2.162,4
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	827,8	374,3	183,0	437,5	1.822,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	170,9	147,6	90,6	403,8	812,9
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	79,2	39,3	120,4	233,1	472,0
Steuerschulden	—	—	7,1	—	7,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	60,0	10,0	146,0	58,3	274,3
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012	7.889,3	1.326,2	1.846,8	2.747,1	13.809,4

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2012

Mio. Euro					2012
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Zinsswaps	—	7,0	84,6	69,5	161,1
Devisentermingeschäfte/Devisenswaps	0,8	0,5	—	—	1,3
Devisenoptionen	—	0,1	—	—	0,1
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2012	0,8	7,6	84,6	69,5	162,5

Deckung der Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden insgesamt gedeckt durch bilanzielle Aktiva wie die Kassenposition, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Wertpapiere und gedeckte Schuldverschreibungen, Anteile an Spezialfonds sowie Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Durch einen Verkauf der Schuldverschreibungen der Kategorie **Available-for-Sale (AfS)** können eventuelle Liquiditätsanforderungen aus bestehenden Verbindlichkeiten kurzfristig erfüllt werden. Sollte eine Veräußerung aufgrund der Marktsituation nicht möglich sein, können diese Schuldverschreibungen alternativ im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der EZB zur Beschaffung von kurzfristiger Liquidität herangezogen werden.

 siehe Glossar Seite 164

Die OLB verfügt aufgrund ihrer breiten Kundenbasis über sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen und besitzt wegen dieser kleinteiligen Engagements weder bei Vermögenswerten noch Finanzierungsquellen wesentliche Konzentrationen von Liquiditätsrisiken.

 siehe Grafik unten

Liquiditätscashflows per 31. Dezember 2013

Neben den oben dargestellten Übersichten zur Restlaufzeitenstruktur der Forderungen und Verbindlichkeiten zeigt die folgende Grafik die Liquiditätscashflows über einen Zeitraum von 7 Jahren. Dabei wird unterstellt, dass die Liquiditätsreserve – sobald verfügbar – zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt wird.

Der Liquiditätscashflow signalisiert für die kommenden sieben Jahre für alle Szenarien einen deutlichen Liquiditätsüberschuss.

Wesentliche Merkmale des Internen Kontrollsystems und des Risikomanagementprozesses im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Nach den §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB haben kapitalmarktorientierte Unternehmen im (Konzern-) Lagebericht die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess zu beschreiben. Die Abschlussadressaten sollen sich ein Bild von den wesentlichen Merkmalen des Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess machen können.

Das Interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das Interne Revisionssystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht. Das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bezieht sich als Teil des Internen Kontrollsystems wie letzteres auf Kontroll- und Überwachungsprozesse der Rechnungslegung und den Bereich der Finanzberichterstattung.

Der Vorstand der OLB gestaltet Umfang und Ausrichtung der eingerichteten Systeme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen aus. Bei der Errichtung und Beurteilung des Internen Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess werden die Kriterien des Rahmenwerkes „Internal Control – Integrated Framework“ des „Committee of Sponsoring

Liquiditätscashflows über sieben Jahre



Organizations of the Treadway Commission“ (COSO) angewandt. Grundlegende Elemente des COSO Rahmenwerkes bilden die Elemente Überwachung, Information und Kommunikation, Effektivität der Kontrollen, Umgang mit Risiko, und Unternehmensphilosophie.

Das Interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und die eingesetzten IT-Systeme der OLB zielt darauf ab, Risiken in Bezug auf die Finanzberichterstattung zu identifizieren, zu bewerten, durch geeignete Maßnahmen zu begrenzen und zu überprüfen. Es umfasst Richtlinien und definierte Vorgehensweisen bezüglich der vollständigen Bereitstellung von Daten und Unterlagen, die ein sachgerechtes und angemessen genaues Bild der Geschäftsvorfälle und Vermögenslage der OLB widerspiegeln. Diese Richtlinien und Vorgehensweisen stellen ebenso sicher, dass angewandte Rechnungslegungsvorschriften erfüllt werden können. Alle Verfügungen und Ausgaben werden dem Rahmen festgelegter Genehmigungsverfahren der OLB-Unternehmensleitung unterworfen; ein eventueller Missbrauch mit materiellen Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage kann mit angemessener Sicherheit ausgeschlossen werden.

Wesentliche Elemente der Richtlinien und Vorgehensweisen sind dabei die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips für wesentliche Kontrollen, Funktionstrennung in der Aufbauorganisation und Transparenz.

Am Rechnungslegungsprozess sind neben den eingebundenen Tochtereinheiten im Wesentlichen die Zentralabteilung Finanzen /Controlling mit den Gruppen Bilanz, Finanzbuchhaltung, Controlling und Meldewesen /Regulatorik sowie die beiden Zentralabteilungen Risikocontrolling und Informationstechnologie beteiligt. Die Organisation und Kontrolle der Buchhaltung unterliegt der Gruppe Finanzbuchhaltung. Die Organisation und Kontrolle der Abschlusserstellung wird von der Gruppe Bilanz wahrgenommen und durch die Gruppe Finanzbuchhaltung unterstützt. Mit qualitätssichernden Maßnahmen unterstützen die Gruppen Controlling und Meldewesen /Regulatorik den Abschlussprozess, speziell an den Schnittstellen zwischen interner und externer Berichterstattung. Die Zentralabteilung Risikocontrolling liefert insbesondere Daten zur Bewertung von Geschäften, die zu Barwerten in den Rechnungslegungsprozess einfließen. Die Zentralabteilung Informationstechnologie liefert die Infrastruktur für die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Systeme. Die eingesetzten Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Im Bereich der eingesetzten Systeme wird, soweit wie möglich, Standardsoftware eingesetzt.

Die Einhaltung der Richtlinien und definierten Vorgehensweisen wird durch interne Prüfungen der Revision und Compliance sowie durch externe Prüfungen regelmäßig einer Kontrolle unterzogen. Dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates wird hierüber Bericht erstattet.

Die Vorstandszuständigkeit für die Zentralabteilungen Finanzen /Controlling, Risikocontrolling und Revision sind getrennt voneinander geregelt.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass auch angemessen und funktionsfähig eingerichtete Systeme keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren können.

Oldenburg, 6. März 2014
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Dr. Achim Kassow

Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



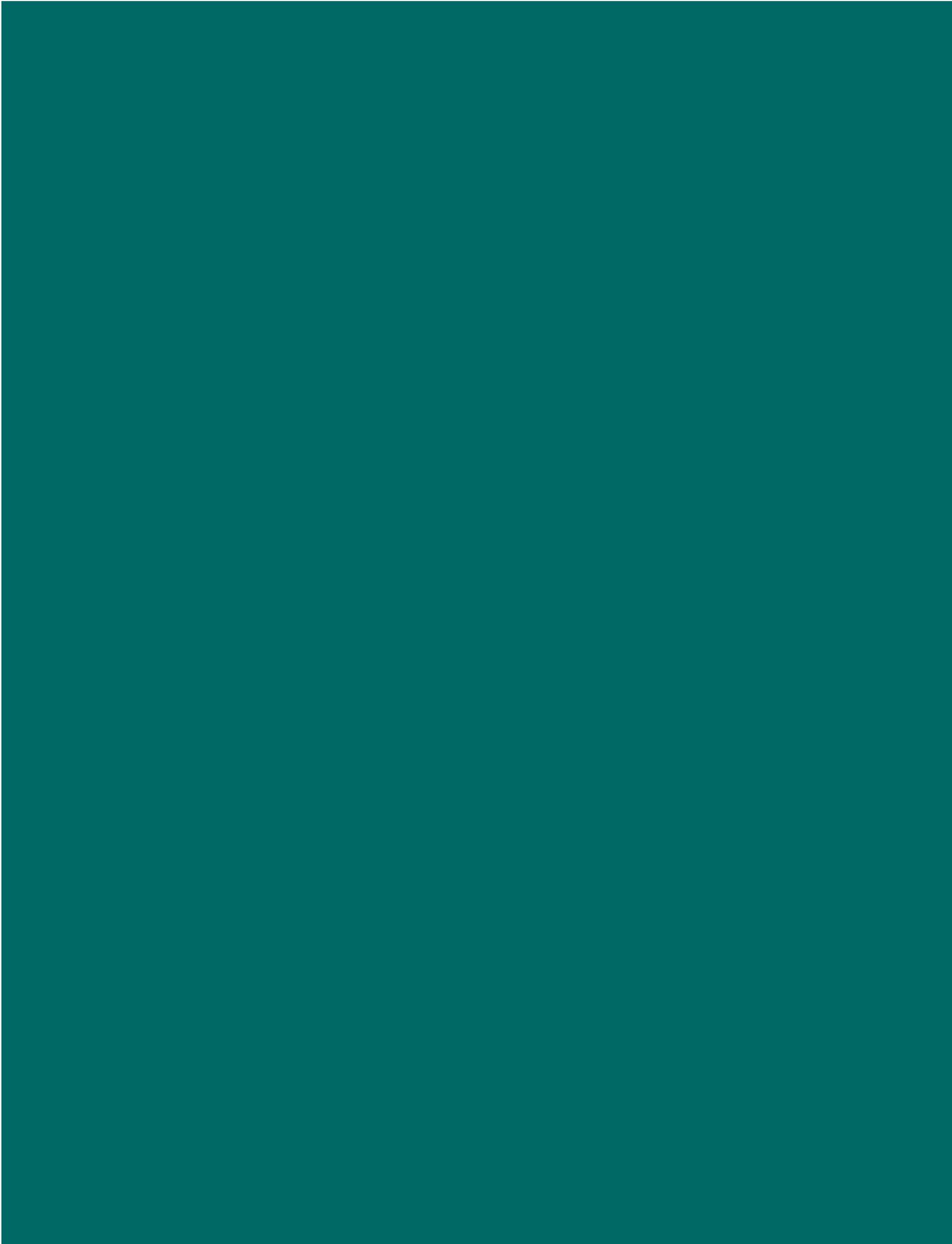
Jörg Höhling



Karin Katerbau



Hilger Koenig



073

KONSOLIDIERTER KONZERNABSCHLUSS

Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung	074
Konsolidierte Bilanz	076
Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals	078
Konsolidierte Kapitalflussrechnung	079

Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2013

Gewinn- und Verlustrechnung*

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	483,9	532,0	-48,1	-9,0	
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	246,2	296,5	-50,3	-17,0	
Zinsüberschuss	237,7	235,5	2,2	0,9	<i>02 / 095</i>
Provisionserträge	115,2	134,8	-19,6	-14,5	
Provisionsaufwendungen	34,2	44,6	-10,4	-23,3	
Provisionsüberschuss	81,0	90,2	-9,2	-10,2	<i>03 / 096</i>
Laufendes Handelsergebnis	3,5	-1,8	5,3	k. A.	<i>04 / 097</i>
Übrige Erträge	17,6	40,4	-22,8	-56,4	<i>05 / 097</i>
Laufende Erträge	339,8	364,3	-24,5	-6,7	
Laufender Personalaufwand	167,0	176,1	-9,1	-5,2	
Sachaufwand	97,1	113,2	-16,1	-14,2	
Übrige Aufwendungen	1,9	3,2	-1,3	-40,6	
Laufende Aufwendungen	266,0	292,5	-26,5	-9,1	<i>06 / 098</i>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	81,5	42,6	38,9	91,3	<i>07 / 099</i>
Restrukturierungsaufwand	90,3	—	90,3	k. A.	<i>08 / 099</i>
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	-90,3	—	-90,3	k. A.	
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	16,9	21,2	-4,3	-20,3	
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,1	-1,9	1,8	-94,7	
Ergebnis aus Finanzanlagen	16,8	19,3	-2,5	-13,0	<i>09 / 092</i>
Ergebnis vor Steuern	9,1	48,5	-39,4	-81,2	
Steuern	0,4	9,6	-9,2	-95,8	<i>10 / 100</i>
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	8,7	38,9	-30,2	-77,6	
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	0,37	1,67	-1,30	-77,8	<i>10 / 100</i>

*Anpassungen ergaben sich in den Vorjahreszahlen aus der rückwirkenden Anwendung des IAS 19 (neu). Siehe hierzu auch (1) Grundlagen der Rechnungslegung im Anhang.

Sonstiges Ergebnis*

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	8,7	38,9	-30,2	-77,6
Sonstiges Ergebnis aus AfS-Finanzinstrumenten (durch GuV realisierbar oder realisiert)				
Unrealisierte Marktwertveränderungen brutto	-3,8	86,3	-90,1	k. A.
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto				
wegen realisierter Gewinne (-) und Verluste (+)	-17,4	-22,4	5,0	-22,3
wegen Wertberichtigungen	0,1	0,4	-0,3	-75,0
Steuern auf unrealisierte Marktwertveränderungen	3,5	-26,2	29,7	k. A.
Steuern auf Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	4,1	5,6	-1,5	-26,8
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen (nicht durch GuV realisierbar)				
Veränderungen des Verpflichtungsumfangs brutto	9,2	-39,3	48,5	k. A.
Steuern auf Veränderungen des Verpflichtungsumfangs	-2,8	12,1	-14,9	k. A.
Sonstiges Ergebnis aus sonstigen Kapitalveränderungen (nicht durch GuV realisierbar)	—	-0,1	0,1	-100,0
Sonstiges Ergebnis	-7,1	16,4	-23,5	k. A.
Gesamtergebnis	1,6	55,3	-53,7	-97,1

*Anpassungen ergaben sich in den Vorjahreszahlen aus der rückwirkenden Anwendung des IAS 19 (neu). Siehe hierzu auch (1) Grundlagen der Rechnungslegung im Anhang.

Alle Positionen nach dem Ergebnis nach Steuern werden in der Note 35a zum kumulierten Bewertungseffekt aufgegriffen.

Konsolidierte Bilanz des Oldenburgische Landesbank Konzerns zum 31.12.2013

Aktiva* Mio. Euro	31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	312,3	84,1	228,2	> 100	13 / 105
Handelsaktiva	13,7	14,1	-0,4	-2,8	14 / 105
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 0,05 Mio. Euro, Vorjahr: 0,1 Mio. Euro)	628,5	414,5	214,0	51,6	15 / 105
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovor- sorge und bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 224,3 Mio. Euro, Vorjahr: 181,9 Mio. Euro)	10.303,7	10.338,7	-35,0	-0,3	16 / 106
Finanzanlagen	2.722,4	3.353,9	-631,5	-18,8	19 / 108
Sachanlagen	82,9	91,0	-8,1	-8,9	20 / 110
Immaterielle Vermögenswerte	10,9	9,9	1,0	10,1	21 / 111
Sonstige Aktiva	75,9	83,7	-7,8	-9,3	22 / 111
Ertragsteueransprüche	22,4	8,8	13,6	> 100	23 / 112
Aktive latente Steuern	35,1	27,8	7,3	26,3	33 / 119
Summe der Aktiva	14.207,8	14.426,5	-218,7	-1,5	

*Anpassungen ergaben sich in den Vorjahreszahlen aus der rückwirkenden Anwendung des IAS 19 (neu). Siehe hierzu auch (1) Grundlagen der Rechnungslegung im Anhang.

Passiva* Mio. Euro	31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Handelspassiva	6,8	10,0	- 3,2	- 32,0	26 / 106
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.498,5	4.021,6	476,9	11,9	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.806,3	8.221,5	- 415,2	- 5,1	26 / 113
Verbriefte Verbindlichkeiten	579,6	812,9	- 233,3	- 28,7	28 / 114
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	450,9	472,0	- 21,1	- 4,5	29 / 114
Ertragsteuerschulden	9,2	7,1	2,1	29,6	32 / 119
Nachrangige Verbindlichkeiten	253,6	274,3	- 20,7	- 7,5	34 / 121
Eigenkapital	602,9	607,1	- 4,2	- 0,7	35 / 121
Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	—	—	
Kapitalrücklage	202,9	202,9	—	—	
Gewinnrücklagen	347,1	344,2	2,9	0,8	
kumuliertes Sonstiges Ergebnis	- 7,6	- 0,5	- 7,1	>100	
Summe der Passiva	14.207,8	14.426,5	- 218,7	- 1,5	

*Anpassungen ergaben sich in den Vorjahreszahlen aus der rückwirkenden Anwendung des IAS 19 (neu). Siehe hierzu auch (1) Grundlagen der Rechnungslegung im Anhang.

Entwicklung des konsolidierten Eigenkapitals des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2013

Mio. Euro	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Kumuliertes Sonstiges Ergebnis	Eigenkapital gesamt
31. Dezember 2011*	60,5	202,9	305,4	-17,0	551,8
Periodengewinn	—	—	38,6	—	38,6
Sonstiges Ergebnis aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	43,7	43,7
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen	—	—	0,3	-27,2	-26,9
Sonstige Kapitalveränderungen	—	—	-0,1	—	-0,1
Gesamtergebnis	—	—	38,8	16,5	55,3
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	—	—	—
31. Dezember 2012*	60,5	202,9	344,2	-0,5	607,1
Periodengewinn	—	—	8,7	—	8,7
Sonstiges Ergebnis aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	-13,4	-13,4
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen	—	—	—	6,3	6,3
Sonstige Kapitalveränderungen	—	—	—	—	—
Gesamtergebnis	—	—	8,7	-7,1	1,6
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	-5,8	—	-5,8
31. Dezember 2013	60,5	202,9	347,1	-7,6	602,9

*Anpassungen ergaben sich in den Vorjahreszahlen aus der rückwirkenden Anwendung des IAS 19 (neu). Siehe hierzu auch (1) Grundlagen der Rechnungslegung im Anhang.

Im Berichtsjahr 2013 wurde 0,25 Euro je Aktie ausgeschüttet (Vorjahr: keine Ausschüttung).

Weitere Angaben zu den Bestandteilen des Eigenkapitals folgen im Anhang unter Note (35).

Konsolidierte Kapitalflussrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2013

Mio. Euro	2013	2012	Anhang / Seite
Laufende Geschäftstätigkeit			
Gewinn	8,7	38,9	
Abschreibungen auf Investitionen	0,1	0,4	
Zuschreibungen auf Investitionen	—	—	
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	14,2	20,8	20, 21 / 110, 111
Veränderung der Rückstellungen und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	182,9	81,6	18, 29 / 107, 114
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-53,9	-185,7	
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	-17,7	-22,6	
Sonstige Anpassungen	-218,6	-204,4	
Zwischensumme	-84,3	-271,0	
Veränderung der Forderungen an Kreditinstitute	-213,9	509,6	15 / 105
Veränderung der Forderungen an Kunden	-4,5	-494,0	17 / 099
Veränderung des Handelsbestands	-2,8	-1,3	14, 25 / 105, 113
Veränderung der Anderen Aktiva	-10,2	1,5	
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	476,9	624,6	26 / 113
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-415,2	677,0	27 / 113
Veränderung der Verbrieften Verbindlichkeiten	-233,3	-348,8	28 / 114
Veränderung der Anderen Passiva	-37,7	39,7	29 / 114
Erhaltene Zinsen	488,4	533,9	
Erhaltene Dividenden	0,8	0,8	
Gezahlte Zinsen	-253,5	-302,3	
Ertragsteuerzahlungen	-17,1	-28,0	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-306,4	941,7	
Investitionstätigkeit			
Erlöse aus der Veräußerung von Finanzanlagen	895,7	975,1	
Erlöse aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,7	0,4	
Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-287,5	-1.963,3	
Zahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerten	-9,7	-14,3	20, 21 / 110, 111
Cashflow aus Investitionstätigkeit	599,2	-1.002,1	
Finanzierungstätigkeit			
Erlöse aus Kapitalveränderungen	-39,2	—	
Dividendenzahlungen	-5,8	—	
Veränderung der Nachrangverbindlichkeiten	-20,6	0,1	34 / 121
Nettoausgabe von Genussrechtskapital	—	—	
Zinsaufwand für Genussrechtskapital	—	—	
Mittelveränderungen aus Sonstiger Finanzierungstätigkeit	1,0	0,1	
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-64,6	0,2	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 1. Januar	84,1	144,3	13 / 105
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 31. Dezember	312,3	84,1	13 / 105
Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	228,2	-60,2	

Anpassungen ergaben sich in den Vorjahreszahlen aus der rückwirkenden Anwendung des IAS 19 (neu). Siehe hierzu auch (1) Grundlagen der Rechnungslegung im Anhang.

Konzernanhang

01 Grundlagen der Rechnungslegung

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB) ist gemäß § 340i Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 290 Abs. 1 HGB verpflichtet, für den Teilkonzern OLB einen Konzernabschluss aufzustellen, da die Befreiungstatbestände des § 291 Abs. 1 HGB wegen der Ausschlussklausel in § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB nicht greifen.

Der Konzernabschluss ist nach den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS) und Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie durch die EU verabschiedet sind, als verpflichtender Konzernabschluss gemäß Art. 4 der IAS-VO aufgestellt. Darüber hinaus regelt § 340i Abs. 2 HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB die Anwendung der genannten Vorschriften des HGB, wie z. B. zum Konzernlagebericht, die auch auf den IFRS-Konzernabschluss anzuwenden sind, sowie weitere explizite Zusatzangaben.

Bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses wurden alle Standards angewandt, deren Anwendung für die Geschäftsjahre Pflicht war, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig waren.

Folgende neue Standards, Änderungen bzw. Ergänzungen bestehender Vorschriften waren erstmals verpflichtend für das Geschäftsjahr 2013 anzuwenden, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig sind:

- IFRS 13 – Bewertung zum beizulegenden Zeitwert
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2013)
- Änderung IAS 1 Darstellung des Abschlusses
(erstmalige Anwendung verpflichtend für Geschäftsjahre ab 1.7.2012, vorzeitige Anwendung im Jahresabschluss 2012)
- Änderungen IAS 19 (neu, überarbeitet 2011) Leistungen an Arbeitnehmer
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2013)
- Änderungen aufgrund Annual Improvements to IFRSs 2009–2011
 - IAS 1 – Darstellung des Abschlusses
 - IAS 16 – Sachanlagen
 - IAS 32 – Finanzinstrumente
 - IAS 34 – Zwischenberichterstattung
 - IFRS 1 – Erstmalige Anwendung der IFRS
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2013)

Die Änderungen (außer IAS 19 – neu, überarbeitet 2011) haben keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des OLB-Konzerns. Anpassungen ergaben sich aus der rückwirkenden Anwendung des geänderten IAS 19. Die Auswirkungen dieser Anpassungen werden am Ende des Abschnittes (1) „Grundlagen der Rechnungslegung“ ausführlich dargestellt.

Außerdem wurde der Rechnungslegungsstandard „IFRS 10 – Konzernabschlüsse“ verabschiedet, welcher erstmalig im folgenden Geschäftsjahr anzuwenden ist:

Mit diesem Standard wird der Begriff der Beherrschung neu und umfassend definiert. Beherrscht ein Unternehmen ein anderes Unternehmen, hat das Mutterunternehmen das Tochterunternehmen zu konsolidieren. Nach dem neuen Konzept ist Beherrschung gegeben, wenn das potenzielle Mutterunternehmen die Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten oder anderer Rechte über das potenzielle Tochterunternehmen hat, es an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Tochterunternehmen partizipiert und diese Rückflüsse durch seine Entscheidungsgewalt beeinflussen kann. Der neue Standard ist für IFRS-Anwender in der EU erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. IFRS 10 ist – mit bestimmten Ausnahmen – retrospektiv anzuwenden.

Der OLB-Konzern hat die Erstanwendung von IFRS 10 im Rahmen eines Projekts mit externer Unterstützung vorbereitet. Allerdings ist die Bedeutung von klassischen Kreditsicherungsrechten im Verhältnis Bank-Kreditkunde im Rahmen der neu definierten Beherrschungsdefinition des IFRS 10 Gegenstand einer andauernden und kontroversen Fachdiskussion, die international geführt wird. So sind beispielsweise in Deutschland Fragestellungen in diesem Bereich Gegenstand einer Arbeitsgruppe beim Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW). Zum Aufstellungszeitpunkt des vorliegenden Konzernabschlusses hat sich in wesentlichen Bereichen noch keine einheitliche Auffassung herausgebildet.

Unabhängig davon geht der OLB-Konzern davon aus, dass sich die Zahl der in ihren Konzernabschluss einzubeziehenden Einheiten im Zeitpunkt der Erstanwendung von IFRS 10 nicht erhöhen wird. Einheiten, bei denen die Vollkonsolidierung aufgrund der Erstanwendung von IFRS 10 zu beenden ist, werden voraussichtlich nicht vorliegen. Der OLB-Konzern verfolgt die Entwicklung der Fachdiskussion um die mögliche Beherrschung von Kreditkunden wegen der Kreditbesicherung intensiv. Derzeit kann noch keine abschließende Angabe gemacht werden, ob und welche Auswirkungen sich daraus zusätzlich zu den im vorstehenden Absatz dargestellten Erwartungen ergeben werden.

Darüber hinaus wurden eine Reihe weiterer Standards und Interpretationen verabschiedet, geändert oder ergänzt, die erstmalig im folgenden Geschäftsjahr anzuwenden sind und die nach den Erwartungen der Bank keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben werden:

- IFRS 11 – Gemeinschaftliche Tätigkeiten, inkl. Änderungen 2012
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- IFRS 12 – Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen, inkl. Änderungen 2012
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- Änderungen im IAS 27 – Einzelabschlüsse
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- Änderungen im IAS 28 – Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- Änderungen im IAS 32 – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- Änderungen im IAS 36 – Wertminderungen von Vermögenswerten
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- Änderungen im IAS 39 – Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- Änderungen im IFRS 13 – Bewertung zum beizulegenden Zeitwert
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- Änderungen aufgrund Annual Improvements to IFRSs 2010–2012
 - IFRS 2 – Anteilsbasierte Vergütung
 - IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse
 - IFRS 8 – Geschäftssegmente
 - IFRS 13 – Fair Value-Bewertung
 - IAS 16 – Sachanlagen
 - IAS 24 – Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
 - IAS 38 – Immaterielle Vermögenswerte
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.7.2014)
- Änderungen aufgrund Annual Improvements to IFRSs 2011–2013
 - IFRS 1 – Erstmalige Anwendung der IFRS
 - IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse
 - IFRS 13 – Bewertung zum beizulegenden Zeitwert
 - IAS 40 – Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)
- IFRIC 21 – Interpretation zur Bilanzierung von Abgaben
(erstmalige Anwendung für Geschäftsjahre ab 1.1.2014)

Der Konzernabschluss ist Bestandteil des Jahresfinanzberichts im Sinne des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (§ 37v WpHG) vom 5. Januar 2007.

Die im OLB-Konzern angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden stehen im Einklang mit den Normen der europäischen Bilanzrichtlinien. Die von den EU-Richtlinien geforderten zusätzlichen Angaben wurden in den Anhang mit aufgenommen. Die Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Bilanzrechtsreformgesetzes wurden beachtet. Berichtswährung und funktionale Währung ist der Euro, Berichtsjahr das Kalenderjahr. Beträge sind in der Regel auf Mio. Euro mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet.

Gegenstand der Bank ist gemäß § 2 der Satzung der Betrieb von Bank- und Finanzgeschäften aller Art mit Ausnahme des Investmentgeschäfts i. S. v. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 KWG a. F.

Konsolidierungskreis

Unter Anwendung der Erwerbsmethode konsolidiert die Bank Tochterunternehmen, bei denen sie die überwiegende Mehrheit der Stimmrechte und sämtliche Anteile am Kapital hält. Konsolidiert wurden:

- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg,
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster.

Spezialfonds werden gemäß SIC 12 konsolidiert, da die Bank Entscheidungsmacht über diese ausüben kann und die Mehrheit der Chancen und Risiken trägt. Hierbei handelt es sich um:

- AGI-Fonds Ammerland,
- AGI-Fonds Weser-Ems.

Diese werden von der Allianz Global Investors (AGI) verwaltet.

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei dem anderen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt.

Die Käufe und Verkäufe der finanziellen Vermögenswerte werden zum Handelstag (trade date) angesetzt bzw. ausgebucht.

Kategorien der Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle Finanzinstrumente in der Bilanz zu erfassen, in vorgegebene Bestandskategorien einzuteilen und in Abhängigkeit von dieser Einteilung zu bewerten:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Schulden (Held-for-Trading) dienen hauptsächlich dazu, Gewinne aus kurzfristigen Preisschwankungen oder der Händlermarge zu erzielen. Derivate sind gemäß IAS 39.9 grundsätzlich als zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Schulden (Held-for-Trading) zu kategorisieren, wenn diese nicht eine Finanzgarantie darstellen oder in eine effektive Sicherungsbeziehung einbezogen werden.
- Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzanlagen (Held-to-Maturity) sind Vermögenswerte mit festen Zahlungen und fester Laufzeit, die die Bank bis zur Endfälligkeit halten kann und will. Die Halteabsicht und -fähigkeit ist bei Erwerb und zu jedem Bilanzstichtag zu dokumentieren. Zum Berichtsstichtag hat die Bank keine Vermögenswerte in diese Kategorie eingestuft.
- Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) sind finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Diese Kategorie beinhaltet im Wesentlichen die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) sind die Residualgröße, also alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht einer der vorstehenden Kategorien zuzuordnen sind, d. h., die Bank nutzt diese Kategorie nicht als Designationskategorie. Die Bank weist diese Bestände als Finanzanlagen aus.
- Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verpflichtungen als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet einzustufen (Designated as at Fair Value), wird nicht Gebrauch gemacht.

Zu den finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht Handelszwecken dienen, zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten.

Die Erstbewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt zu Anschaffungskosten (unter Einbeziehung von Transaktionskosten), die dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value, bzw. Marktwert) der hingegebenen (beim Erwerb finanzieller Vermögenswerte) oder erhaltenen (beim Erwerb finanzieller Verpflichtungen) Gegenleistung entsprechen. In der Folge werden finanzielle Vermögenswerte grundsätzlich mit dem Fair Value bewertet. Ausgenommen hiervon sind ausgereichte Kredite und Forderungen, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, und bestimmte finanzielle Vermögenswerte, deren Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann. Diese Ausnahmen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Sofern es sich um Eigenkapitalinstrumente handelt, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und ein Fair Value nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese finanziellen Vermögenswerte zu Anschaffungskosten (at cost) bewertet. Finanzielle Verbindlichkeiten werden – sofern sie nicht zum Fair Value bewertete Handelspassiva sind – ebenfalls mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Von der Fair-Value-Option macht die OLB keinen Gebrauch.

Die entsprechende Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen in die oben genannten Kategorien wird bei Ersterfassung festgelegt. Umwidmungen haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt bei Verlust der Kontrolle über die vertraglichen Rechte aus diesem Vermögenswert. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Bezüglich der Bewertungs- und Bilanzierungsgrundlagen der einzelnen Bilanzposten und GuV-Positionen verweist die Bank auf die Angaben in den ergänzenden Erläuterungen (Notes).

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Danach werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte zu Kassamittelkursen des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Devisentermingeschäfte werden zu aktuellen, für die Restlaufzeit gültigen Terminkursen bewertet. Nichtmonetäre Vermögenswerte, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet sind, werden mit dem aktuellen Wechselkurs in Euro umgerechnet.

**Währungs-
umrechnung**

Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, schlagen sich grundsätzlich in den entsprechenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Es bestanden keine wesentlichen offenen Nettodevisenpositionen zum Ende des Geschäftsjahres.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden aufgerechnet und als Saldo in der Bilanz ausgewiesen, wenn gegenüber dem Geschäftspartner ein einklagbares Recht auf Aufrechnung der Beträge besteht und die Erfüllung der Geschäfte auf Nettobasis erfolgt oder gleichzeitig mit der Realisierung des Vermögenswertes die Verbindlichkeit beglichen wird.

Aufrechnung

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Zu Zinserträgen gehören Zinserträge aus Forderungen und Wertpapieren sowie aufgelaufene Agien und Disagien.

Zinsüberschuss

Unter den laufenden Erträgen werden Dividenden aus Aktien, Dividenden aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ausgewiesen.

Dividenden werden zum Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung des Dividendenanspruchs erfolgswirksam. Bei Zinsen für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert berechnet werden, erfolgt der Ansatz nach der Effektivzinsmethode.

Das Unwinding als Barwertveränderung wertberichtigter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt als Belastung der Risikovorsorge zugunsten des Zinsertrages. Die Bruttoforderung wird insoweit nicht verändert.

Zinserträge und -aufwendungen aus Repo- und Reverse-Repo-Geschäften werden ebenfalls periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Provisionsüberschuss In dieser Position sind Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft, der Vermögensverwaltung, dem Zahlungsverkehr, dem Auslandsgeschäft und Provisionen aus Dienstleistungen für Treuhandgeschäfte sowie aus der Vermittlung von Bankgeschäften, Versicherungen, Kreditkarten, Bausparverträgen und Immobilien enthalten. Die OLB stellt das regulatorische Haftungsdach für den Vertrieb von AGI Produkten durch die selbstständigen Vertreter der Allianz. Die damit verbundene Vergütung für die Sicherstellung der Wertpapier-Compliance wird als Provisionsertrag ausgewiesen. Die Vertreterprovisionen für diese Produkte unter dem Haftungsdach werden im rechtlichen Außenverhältnis von der OLB geschuldet. Hierfür fallen sonstige Provisionsaufwendungen an. In identischer Höhe erhält die OLB sonstige Provisionserträge als Ausgleich von der Allianz. Provisionen werden zum Zeitpunkt der Erbringung der Dienstleistung erfolgswirksam.

Laufendes Handelsergebnis Das Laufende Handelsergebnis umfasst alle realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus den Handelsaktiva und -passiva, soweit sie dem laufenden Geschäft zugeordnet sind. Darüber hinaus sind Provisionen sowie sämtliche aus Handelsaktivitäten resultierenden Zinserträge/-aufwendungen und Dividendenerträge im Laufenden Handelsergebnis enthalten. Die durch Hedge Accounting auftretenden Ineffektivitäten in den definierten Schranken des IAS 39 schlagen sich ebenfalls im Laufenden Handelsergebnis nieder.

Fair Value Hedge Accounting Die Bank bildet Sicherungsbeziehungen nach den Regeln des IAS 39 ab.

Es werden nur „Fair Value-Hedges“ zur Absicherung von Marktwertveränderungen bilanzierter Vermögenswerte bezüglich des Zinsänderungsrisikos gebildet. Als das abgesicherte Risiko wird das Risiko der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der abgesicherten Grundgeschäfte angesehen, das auf eine Veränderung des zugrunde liegenden Referenzzinssatzes zurückgeführt werden kann.

Als Sicherungsderivate dienen Zinsswaps mit definierten Laufzeiten. Die Festzinsseite wird über die Laufzeit fixiert. Der variable Zinssatz ist an den Referenzzinssatz als Index gekoppelt.

Die zugeordnete Zinsstrukturkurve korrespondiert dabei – hinsichtlich der Laufzeit – mit der vertraglich vereinbarten Laufzeit der variablen Seite des jeweiligen Swaps; dies gilt für die zugeordneten Grundgeschäfte entsprechend.

Die abgesicherten Grundgeschäfte betreffen homogene Portfolios gleichartiger Kredite der Kategorie „Loans and Receivables“ sowie einzelne Wertpapiere aus dem Finanzanlagebestand der Available-for-Sale-Finanzinstrumente.

Für diese Fair Value-Hedges werden sowohl die Bewertung der Sicherungsderivate als auch die Bewertung der Grundgeschäfte bezüglich des Zinsänderungsrisikos im Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres gezeigt. Gegenläufige Bewertungsänderungen kompensieren einander; auftretende Ineffektivitäten in den definierten Schranken des IAS 39 schlagen sich im Laufenden Handelsergebnis nieder.

Positive Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accountings werden der Position „Sonstige Aktiva“ zugeordnet. Positive Marktwerte der Derivate, die nicht im Hedge Accounting als Sicherungsbeziehung designiert sind, werden den Handelsaktiva zugeordnet.

Negative Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accountings werden den Sonstigen Passiva in der Bilanzposition „Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten“ zugeordnet.

Negative Marktwerte der Derivate, die nicht im Hedge Accounting als Sicherungsbeziehung designiert sind, werden den Handelspassiva zugeordnet.

Das Bewertungsergebnis von Derivaten der Spezialfonds Ammerland und Weser-Ems, die beide dem Finanzanlagevermögen zugeordnet sind, wird im Nicht laufenden Handelsergebnis ausgewiesen. Die Derivate werden zur Steuerung der Anlageposition dieser Fonds eingesetzt und unterliegen einer vollen Marktbewertung. Das Nicht laufende Handelsergebnis wird zusammen mit dem realisierten Ergebnis aus Finanzanlagen zum Ergebnis aus Finanzanlagen zusammengefasst.

**Nicht laufendes
Handelsergebnis**

Die Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem die Bank einen detaillierten Restrukturierungsplan für bestimmte Programme verabschiedet hat, dem formell zugestimmt und mit dessen Umsetzung begonnen wurde. Die Bemessung der erfassten Aufwendungen erfolgt auf der Basis qualifizierter Schätzungen über die zu erwartenden Kosten der einzelnen Maßnahmen.

**Restrukturierungs-
aufwand**

Künftige Verpflichtungen, die über den Horizont eines Jahres hinausgehen, werden dabei auf den zugrunde liegenden Barwert abgezinst. Die vorgenommenen Schätzungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und ggf. angepasst. Nicht rückstellungsfähige Restrukturierungskosten werden in der Periode erfasst, in der sie angefallen sind.

Restrukturierungsaufwendungen beziehen sich auf aufgegebenen Aktivitäten oder Geschäftsbereiche, die so klar abgegrenzt sind, dass sie mit der zukünftigen Unternehmensfortführung nicht in Zusammenhang gebracht werden können.

Auf den Gewinn zu zahlende Ertragsteuern auf Basis der geltenden Steuergesetzgebung werden periodengerecht als Aufwand erfasst. Latente Ertragsteuern werden unter Anwendung des bilanzorientierten Ansatzes für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen Ansatz von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und ihren Buchwerten in den Abschlüssen vollständig, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Umkehr, erfasst. Der Ausweis erfolgt zu den gesetzlich bereits verabschiedeten oder gesetzlich angekündigten Steuersätzen, die voraussichtlich zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die Steuerlatenz umkehrt, gelten werden. Für zusätzliche Steuerzahlungen oder fällige Erstattungen werden Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerschulden erfasst. Latente Steueransprüche werden in der Höhe erfasst, in der es wahrscheinlich ist, dass künftig zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen, gegen die die temporären Differenzen verwendet werden können.

Steuern

Sonstige Steuern werden unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Basis der Segmentberichterstattung bildet im Einklang mit IFRS 8 die interne Finanzberichterstattung als ein monatlich erstelltes, entscheidungsorientiertes Instrument zur Unterstützung der Konzernsteuerung und -kontrolle und zur Abbildung der Risiken und Chancen. Änderungen der Organisationsstruktur sowie Modifikationen der Ertrags- und Kostenzuordnung werden rückwirkend in der Berichterstattung des laufenden Jahres und wenn möglich auch in der Darstellung des Vorjahres berücksichtigt.

**Angaben zur
Segmentbericht-
erstattung**

Im OLB-Konzern wurde im Jahr 2013 nach den Segmenten „OLB Regionalbank“ und „Allianz Bank“ unterschieden. Das Segment „OLB Regionalbank“ spiegelt das regionale Universalbankgeschäft der Oldenburgische Landesbank Gruppe mit ihren Filialen im bekannten Geschäftsgebiet wider. Das Segment „Allianz Bank“ zeigt das Allianz Bankgeschäft mit Beratung/Vertrieb von Bankprodukten (Vertrieb von Investmentfonds und Wertpapieren, Kredit- und Einlagengeschäft) über die Allianz Agenturen deutschlandweit. Die Geschäftstätigkeit der Zweigniederlassung Allianz Bank wurde zum 30. Juni 2013 beendet. Gesamtbetriebsrat und Vorstand der OLB hatten Ende April 2013 Vereinbarungen zum Interessenausgleich und Sozialplan geschlossen. Es ist gelungen, bundesweit mit mehr als 400 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einvernehmliche Lösungen herbeizuführen. Im Jahr 2013 fielen hierfür Restrukturierungsaufwendungen in nennenswertem Umfang an, die vollstän-

dig von der Allianz Deutschland AG ausgeglichen wurden. Für das Gesamtjahr 2013 wurde für Zwecke der erhöhten Transparenz die bestehende Trennung in diese Segmente beibehalten.

Der Zinsüberschuss wird auf Basis einer getrennten Bestandsführung koststellengerecht ermittelt und den Segmenten zugeordnet.

Der Verwaltungsaufwand beinhaltet sowohl direkte Kosten als auch solche Kosten, die aufgrund eines konzerninternen Leistungsaustausches im Rahmen von Verrechnungen zwischen den Segmenten zugeordnet werden.

Basis für alle Verrechnungsvorgänge bilden die getroffenen Regelungen in der „Vereinbarung zwischen der Allianz Deutschland AG, München und der Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg im Zusammenhang mit der Übernahme des sogenannten Geschäftsbereichs ‚Allianz Banking‘ von der Dresdner Bank AG“ und den dazugehörigen Dienstleistungsvereinbarungen sowie der Vertrag mit der Allianz Deutschland AG über „Vorgehen bei innerbetrieblicher Kosten- und Erfolgszurechnung innerhalb der Oldenburgische Landesbank AG auf die Zweigniederlassung Allianz Bank“.

Die Allokation des Risikokapitals erfolgt über die Unterlegung der durchschnittlichen Risikoaktiva des Segmentes mit dem Faktor 7,25%.

Nach Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank konzentriert sich die OLB auf ihr Stammgeschäft, das im Segment Regionalbank zusammengefasst wurde. Der Anspruch der OLB, die hiesigen Privat- und Geschäftskunden, Private Banking- & Freiberuflerkunden sowie die Firmenkunden umfassend und individuell zu beraten, erfordert eine systematische Zielgruppenorientierung in den Markteinheiten. Die künftige Steuerung und Berichterstattung basiert daher auf Basis von drei strategischen Geschäftsfeldern: Privat- und Geschäftskunden, Private Banking & Freie Berufe, Firmenkunden. Für 2014 ist geplant, die Segmentberichterstattung nach der neuen Segmentstruktur vorzunehmen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten den Kassenbestand sowie täglich fällige Guthaben bei Zentralnotenbanken. Bilanziert sind die Bestände zum Nennwert.

Handelsaktiva und Handelspassiva

Handelsaktiva umfassen grundsätzlich Schuldtitel, Aktien und positive Marktwerte von Derivaten. In den Handelspassiva sind ausschließlich negative Marktwerte aus Derivaten enthalten. Marktwerte aus Sicherungsderivaten, die im Rahmen der internen Risikosteuerung eingesetzt werden, jedoch nicht für das Hedge Accounting gemäß IAS 39 qualifizieren, werden ebenfalls hier ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva werden am Handelstag zum Fair Value zuzüglich Transaktionskosten erfasst und in der Folge ebenfalls mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Dadurch werden Transaktionskosten sofort erfolgswirksam erfasst.

In Fällen, in denen keine Börsennotierungen vorliegen, werden zur Bestimmung des Fair Values die Marktpreise vergleichbarer Instrumente oder anerkannte Bewertungsmodelle herangezogen, insbesondere Barwertmethoden oder Optionspreismodelle. Dabei werden angemessene Anpassungen für Bewertungsrisiken vorgenommen. Gewinne oder Verluste aus der Bewertung werden erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Fair Value-Option

Die Kategorie „Der Fair Value-Option zugeordnete Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten“ wird von der Bank zurzeit nicht genutzt.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen des Konzerns bestehen aus Schuldverschreibungen einschließlich anderer festverzinslicher Wertpapiere, aus Aktien einschließlich anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere, aus Beteiligungen und aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen.

Die *Anteile an verbundenen Unternehmen* betreffen zwei Gesellschaften, an denen der OLB-Konzern eine Mehrheitsbeteiligung hält, diese aber wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezieht.

Beteiligungen sind Unternehmen, auf die die Bank keinen maßgeblichen Einfluss ausüben kann und deren Zweck die Herstellung einer dauernden Verbindung zu den betreffenden Unternehmen dient.

Alle Finanzanlagen werden als jederzeit veräußerbare finanzielle Vermögenswerte angesehen und bei der Erstbewertung mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. In der Folgebewertung werden sie grundsätzlich zum Fair Value bilanziert. Sind jedoch bei nicht börsennotierten Aktien sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen weder ein liquider Marktpreis noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt.

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (*Available-for-Sale*) stellt der OLB-Konzern Gewinne und Verluste aus der Bewertung erfolgsneutral in das „Sonstige Ergebnis“ ein. Bei Veräußerung sowie bei Abschreibung (*Impairment*) eines *Available-for-Sale*-Finanzinstruments wird der bisher im „Sonstigen Ergebnis“ erfasste Betrag der kumulierten Bewertungsgewinne und -verluste erfolgswirksam realisiert.

Ein *Impairment*test für die als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten Wertpapiere (*Available-for-Sale*) wird regelmäßig zur Prüfung auf Wertminderung durchgeführt. Dabei wird hinsichtlich der Indikatoren zwischen Aktienwerten und Schuldtiteln unterschieden.

Eigenkapitalinstrumente der „*Available-for-Sale*“-Kategorie werden als wertgemindert betrachtet, wenn ihr Fair Value entweder signifikant oder dauerhaft unter die Anschaffungskosten gesunken ist; jedes Kriterium stellt für sich allein ein Abschreibungsindiz dar. Signifikanz besteht, wenn der Fair Value mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Dauerhaftigkeit liegt vor, wenn der Fair Value für mindestens neun Monate permanent unterhalb der Anschaffungskosten liegt. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei *Eigenkapitalinstrumenten* der „*Available-for-Sale*“-Kategorie sind ergebniswirksame Zuschreibungen bis zu den Anschaffungskosten bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht mehr zulässig („*once impaired – always impaired*“). Weitere Wertverluste werden erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Wertaufholungen werden stattdessen erfolgsneutral im „Sonstigen Ergebnis“ erfasst. Erst bei Veräußerung eines Vermögenswerts wird die Rücklage erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst.

Wenn der Marktwert (Fair Value) von *Schuldtiteln der „Available-for-Sale“-Kategorie* deutlich unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt, ist dies ein Indiz für eine Wertminderung. Dabei bedeutet ‚deutlich‘, dass der Fair Value mehr als sechs Monate permanent mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien ebenfalls erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten, Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Emittenten aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe (sogenannte „*Forbearance Maßnahmen*“), die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen, Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Emittenten und Verschwinden eines aktiven Marktes für den finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten. Wertminderungen auf festverzinsliche Wertpapiere, die jederzeit veräußerbar sind, werden dann ergebniswirksam erfasst, wenn objektive Hinweise darauf vorliegen, dass ein Verlustereignis eingetreten ist, das die erwarteten Zahlungsströme reduziert. Die Minderung des Zeitwerts unter die fortgeführten Anschaffungskosten aufgrund von Änderungen des risikofreien Zinssatzes stellt keinen objektiven Hinweis auf ein Verlustereignis dar. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wenn die Gründe für die vorherige Abschreibung entfallen sind, wird eine spätere Wertaufholung erfolgswirksam maximal bis zur Höhe des fortgeschriebenen ursprünglichen Anschaffungswerts in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen vorgenommen.

Der Ausweis der Laufenden Erträge aus Schuldverschreibungen einschließlich über die Laufzeit abgegrenzter Agien oder Disagien erfolgt im Zinsüberschuss. Dividendenerträge aus Aktien sowie Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen fließen in die gleiche Position ein. Die beim Verkauf dieser Wertpapiere realisierten Gewinne und Verluste werden unter dem Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Die Ergebniseffekte aus Derivaten, die den Spezialfonds ökonomisch zuzuordnen sind und nicht für Hedge Accounting qualifizieren, werden unter dem Nicht laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

Repo-Geschäfte

Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäften ausgewiesen.

Zinsaufwendungen aus Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Reverse-Repo-Geschäfte

Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Zinserträge aus Reverse-Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden

Originäre Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie angekaufte Forderungen, die nicht zu Handelszwecken dienen und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. abzüglich Wertberichtigungen, angesetzt. Die Erstbewertung dieser Forderungen erfolgt zum Transaktionspreis, der dem dem Schuldner zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Buchwert dieser Forderungen bei Ersterfassung beinhaltet deswegen auch eingepreiste Transaktionskosten.

Zinserträge werden nach der Effektivzinsmethode erfasst. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag sowie Kreditbearbeitungsgebühren werden – sofern Zinscharakter vorliegt – effektivzinsgerecht erfolgswirksam abgegrenzt. Kreditforderungen werden als ausfallgefährdet eingestuft, wenn es auf Basis aktueller Informationen oder Ereignisse wahrscheinlich ist, dass ein Kunde seine Zins- oder Tilgungsleistungen bei Fälligkeit nicht vertragsgemäß erbringen wird. Ungeachtet eines Rechtsanspruchs werden Zinsen auf die bestehenden Forderungen nicht mehr vereinnahmt, wenn die Kapitalrückzahlung zweifelhaft und deshalb mit einer Risikoversorge belegt wird. Von diesem Zeitpunkt an werden sämtliche Zahlungen zunächst zur Rückführung der Kapitalforderung verwandt. Das Unwinding als Barwertveränderung wertberichtigter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt im Wege der Verwendung des Wertberichtigungskontos zugunsten des Zinsertrages. Bezüglich der Effekte aus Unwinding wird auf die Tabelle zum Zinsüberschuss verwiesen und unterschieden, ob es sich um Effekte aus wertgeminderten oder aus abgeschriebenen finanziellen Vermögenswerten handelt.

Bei Anwendung von Hedge Accounting wird die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Bewertungsänderung (Fair Value-Änderung) der betrachteten Grundgeschäfte – soweit es sich um Forderungen an Kunden handelt – als Ausgleich zur Bewertungsänderung der korrespondierenden Zinsswaps in die Position Forderungen an Kunden eingebucht. Der Marktwert der Zinsswaps wird in den Positionen Sonstige Aktiva/Sonstige Passiva gezeigt.

Die Aufgliederung der Forderungen an Kunden in den Anhangangaben basiert – losgelöst von der internen Steuerung – auf den Unterscheidungsmerkmalen bezüglich Rechtsform und Branche. Öffentliche Haushalte werden anhand der Branche eingeordnet. Zu den Firmenkunden zählen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften sowie Personengesellschaften und im Handelsregister eingetragene Einzelunternehmungen. Privatpersonen, Vereine und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts werden unter Privatkunden ausgewiesen.

Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien

- erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners,
- Vertragsbruch,
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe (sogenannte „Forbearance Maßnahmen“), die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen,
- Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Kreditnehmers sowie
- das Anzeigen beobachtbarer Daten, dass eine messbare Minderung der erwarteten künftigen Zahlungsströme einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit erstmaligem Ansatz eingetreten ist, obwohl die Minderung nicht einem einzelnen finanziellen Vermögenswert der Gruppe zugerechnet werden kann.

Die Ausfallgefährdung eines Kunden ist insbesondere dann zu überprüfen, wenn Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass die Bank nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Eine Ausfallgefährdung ist dann gegeben, wenn es für die Bank auf Basis der aktuellen Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sie nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Dabei kann die Zahlung des Kapitaldienstes in der durch den Kreditvertrag geregelten Höhe oder dem dort geregelten Zeitpunkt in Frage stehen.

Die Risikovorsorge stellt den Erwartungswert der Wertminderungen der Kreditforderungen dar, wobei neben den eingetretenen Wertminderungen auch latente Risiken aus der Struktur und Qualität des Kreditportfolios berücksichtigt werden. Die Bemessung der Risikovorsorge ist aufgrund der verwendeten Verfahren einer Schätzungsunsicherheit unterworfen. Die OLB hält die gebildete Risikovorsorge für ausreichend.

Grundsätzlich kann die Bemessungsmethodik von der Bedeutung der Forderung für das Kreditinstitut abhängig gemacht werden (signifikante bzw. nicht signifikante Forderungen). Die OLB unterscheidet daher das Mengenkreditgeschäft mit nahezu gleich verteiltem Risiko (homogenes Portfolio), das Einzelkreditgeschäft mit individuellem Risikogehalt (nicht homogenes Kreditportfolio) und die Länderrisiken (s. u.) sowie die dazugehörigen Vorsorgearten:

Zur Berücksichtigung festgestellter individuell signifikanter Ausfälle werden im nichthomogenen Portfolio Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provision = SLLP) gebildet. Die Höhe bemisst sich – unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte – nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der erwarteten Zahlungseingänge auf diese Forderung.

**Wertberichtigungen
und Rückstellungen
im Kreditgeschäft
(Risikovorsorge)**

**Nicht-homogenes
Portfolio**

Darüber hinaus werden für Wertminderungen im nicht individuell vorgesorgten Forderungsvolumen Portfoliowertberichtigungen (General Loan Loss Provision = GLLP) gebildet, da erwartet werden muss, dass Ausfälle am Bilanzstichtag zwar schlagend geworden sind, diese aber noch nicht identifiziert werden können. Für die Beurteilung der Wertminderung fasst die Bank finanzielle Vermögenswerte mit ähnlichen Risikoeigenschaften zusammen. Die Höhe der Risikovorsorge für das nichthomogene Portfolio ergibt sich unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten.

Homogenes Portfolio	Den ermittelten Ausfällen des homogenen Portfolios wird mit pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Pauschalwertberichtigungen für am Bilanzstichtag zwar vorhandene, aber noch nicht identifizierte Ausfälle gebildet. Beide Risikovorsorgebeträge zusammen bilden die Portfolio Loan Loss Provision (PLL). Die Höhe errechnet sich – unter Berücksichtigung von Sicherheiten – aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten.
Jährliche Schätzung der Parameter	Die Parameter zur Ermittlung der GLLP, PLLP und Rückstellungen auf Avale werden jährlich aktualisiert. Für die GLLP und PLLP wird bei Bedarf zusätzlich ein Risikozuschlag im Sinne von IAS 39 AG 89 zur Berücksichtigung konjunkturell bedingter, höherer Insolvenzwahrscheinlichkeiten einkalkuliert. Im Rahmen der Bewertung des Seeschiffsportfolios wurden im Berichtsjahr die Annahmen zur Erholung der Charterraten geändert. Hinsichtlich der erwarteten Erholung der Charterraten wurde bisher ein Anstieg auf das langfristige historische Charterratenniveau (10-Jahres-Durchschnitt) innerhalb von 4 Kalenderjahren modelliert. Für den Abschluss 2013 wurde ein Erholungszeitraum der Charterraten auf den 10-Jahres-Durchschnitt von 5 Kalenderjahren zugrunde gelegt. Aus der Änderung dieser rechnungslegungsbezogenen Schätzung resultierte eine zusätzliche Risikovorsorge von 8,0 Mio. Euro.
Länderrisiken	Die Länderrisikovorsorge bildet das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Die Höhe der Vorsorge wird – unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten und einer eventuell bestehenden Kundenrisikovorsorge – als erwartete Ausfallquote (Länderrisikovorsorgequote) auf die Kundeninanspruchnahme berechnet. Zum Bilanzstichtag war eine Länderrisikovorsorge nicht erforderlich.
Bilanzielle Abschreibung	<p>Wertberichtigte Kredite gelten spätestens nach Ablauf von definierten Fristen als für die Zwecke der Rechnungslegung uneinbringlich. Die Länge der Fristen ist insbesondere abhängig von der Besicherung und von den Erfahrungswerten. Bestand und Verfolgung der rechtlichen Ansprüche der Bank werden hiervon nicht berührt. Eine bilanzielle Abschreibung erfolgt, wenn der Ausfall der ungedeckten Forderung wahrscheinlich ist, oder im inhomogenen Portfolio</p> <ul style="list-style-type: none"> • spätestens 1 Jahr nach erstmaliger Bildung einer Risikovorsorge oder • spätestens 1/2 Jahr nach Kündigung <p>und im homogenen Portfolio bei wesentlicher Überziehung oder Eskalation</p> <ul style="list-style-type: none"> • nach 2 Jahren bei überwiegend dinglicher Besicherung • nach 1/2 Jahr bei nicht überwiegend dinglicher Besicherung <p>Risikovorsorge und bilanzielle Abschreibungen werden grundsätzlich von der betroffenen Bilanzposition abgesetzt. Soweit die Risikovorsorge außerbilanzielles Kreditgeschäft (Eventualverbindlichkeiten, Kreditzusagen) betrifft, wird die gebildete Risikovorsorge hingegen unter den Rückstellungen ausgewiesen.</p>
Ausbuchung von Forderungen	<p>Sobald eine Forderung uneinbringlich ist, wird sie zu Lasten einer bestehenden Einzelwertberichtigung, einer bilanziellen Abschreibung oder aber direkt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgebucht. Eine Ausbuchung der Forderungen erfolgt, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> • aus einem bestehenden Insolvenzverfahren kein Zufluss mehr erwartet werden kann und hierfür die Stellungnahme des Insolvenzverwalters vorliegt • eine eidesstattliche Versicherung des Kreditnehmers vorliegt • der Gerichtsvollzieher fruchtlos vollstreckt hat und nichts mehr einzutreiben ist • der Schuldner in einem Schuldnerverzeichnis des betreffenden Bundeslandes aufgeführt ist • das Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet wurde

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

Die Bank nimmt in signifikanten Einzelfällen bei bestimmten Forderungen, die aufgrund verschlechterter wirtschaftlicher Verhältnisse des Kreditnehmers sonst überfällig oder wertgemindert würden, eine Neuverhandlung der Vertragskonditionen vor. Im Rahmen von Flex- und Unterstützungsdarlehen bei Schiffsfinanzierungen nutzt die Bank Instrumente der temporären Zins- bzw. Kapitalstundung, gegebenenfalls im Rahmen einer Verlängerung der Laufzeit an den Kreditnehmer. Die Verwendung der Instrumente setzt voraus, dass mit der Kreditvergabe grundsätzlich die Aussicht auf eine erfolgreiche Kreditbedienung und -rückzahlung verbunden ist. In jedem Fall erfolgt eine Prüfung auf Wesentlichkeit der Veränderung der Kreditvereinbarung. Sofern der Barwert des Flex- bzw. Unterstützungsdarlehens sich um 10,0 % oder mehr gegenüber dem Barwert der ursprünglichen Kreditvereinbarung(en) verschlechtert, ist von einer wesentlichen Veränderung der ursprünglichen Kreditvereinbarung auszugehen. Darüber hinaus werden auch qualitative Kriterien zur Beurteilung einer wesentlichen Veränderung der ursprünglichen Kreditvereinbarung herangezogen. Bei den bislang vereinbarten Flex- und Unterstützungsdarlehen kam es zu keiner wesentlichen Veränderung der ursprünglichen Kreditvereinbarung.

Restrukturierung von Forderungen

Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen. Nachträgliche Anschaffungs- / Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie den wirtschaftlichen Nutzen der entsprechenden Vermögenswerte erhöhen. Reparaturen, Wartungen und andere Instandhaltungskosten werden als Aufwand der jeweiligen Periode erfasst. Sachanlagen werden – entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzung – über folgende Zeiträume linear abgeschrieben:

Sachanlagen

- Gebäude 25 bis 50 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 13 Jahre.

Die Abschreibungen sind unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Sachanlagen bzw. bei selbst genutzten Grundstücken und Gebäuden werden unter den Übrigen Erträgen oder den Übrigen Aufwendungen ausgewiesen.

Die OLB hatte einen Vertrag über das Leasing von Geldautomaten und Serviceterminals abgeschlossen, der als Finanzierungs-Leasingverhältnis einzustufen war und in den Sachanlagen ausgewiesen wurde. Im Rahmen der Beendigung der Geschäftstätigkeiten der Allianz Bank wurde dieser Vertrag rückabgewickelt. Es bestehen keine weiteren Finanzierungs-Leasingverhältnisse.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Unter dieser Position weist die OLB erworbene Software aus, die unter den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen linear über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben wird.

Immaterielle Vermögenswerte

Nach erstmaligem Ansatz zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden immaterielle Vermögenswerte mit diesen historischen Werten abzüglich aller kumulierten planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen angesetzt. Grundsätzlich werden Hostanwendungen über sieben Jahre und Client-Server-Anwendungen über fünf Jahre abgeschrieben. Die Kosten für die Wartung der Softwareprogramme werden bei Anfall erfolgswirksam erfasst.

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung direkt zurechenbarer Transaktionskosten bilanziert. Ein Disagio wird zeitanteilig gemäß der Effektivzinsmethode erfolgswirksam abgegrenzt.

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten

Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn der Konzern bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtungen hat, die aus zurückliegenden Transaktionen oder Ereignissen resultieren. Bei diesen Rückstellungen ist es wahrscheinlich, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Rückstellungen unterliegen einer jährlichen Überprüfung und Neufestsetzung.

Rückstellungen

Rückstellungen für Bonitätsrisiken in außerbilanziell abgebildeten Kreditzusagen werden zulasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet. Die übrigen Zuführungen zu den Rückstellungen werden grundsätzlich dem Verwaltungsaufwand und gegebenenfalls dem Zins- und Provisionsaufwand belastet. Auflösungen werden unter den Positionen, unter denen die Rückstellungen gebildet wurden, erfasst.

Altersversorgungs- verpflichtungen

Die Mehrzahl der Mitarbeiter des Konzerns ist in eine betriebliche Altersversorgung eingebunden, die in Form von Altersversorgungs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten gezahlt wird. Der andere Teil der Mitarbeiter erhält eine Kapitalzusage, die bei Erreichen der Altersgrenze, bei Erwerbsunfähigkeit oder bei Tod ausgezahlt wird.

Pensionspläne werden im Allgemeinen durch Zahlungen der entsprechenden Konzerngesellschaften finanziert, darüber hinaus gibt es auch Regelungen mit Eigenbeiträgen der Mitarbeiter.

Für die versicherungsmathematische Berechnung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche, des Netto-Pensionsaufwands sowie ggf. der Mehrkosten aus Änderungen leistungsorientierter Pensionspläne werden die Pensionsverpflichtungen jährlich von unabhängigen qualifizierten Versicherungsmathematikern nach der Projected-Unit-Credit-Method berechnet, es handelt sich dabei um ein Anwartschaftsansammlungsverfahren.

Die Pensionsverpflichtung wird zum Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche angesetzt. Dabei werden ein den aktuellen Marktkonditionen entsprechender Zinssatz (für fristenkongruente, erstklassige, festverzinsliche Industriefinanzierungen) angewandt und angenommene Lohn- und Gehaltssteigerungen, Rententrends und erwartete Erträge des Planvermögens berücksichtigt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste – die sich aus erfahrungsbedingten Anpassungen, Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen und Planänderungen ergeben – werden im kumulierten sonstigen Ergebnis erfasst. Der Pensionsaufwand wird unter dem Verwaltungsaufwand als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Darüber hinaus erwerben Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer mittelbaren Versorgungszusage. Zur Finanzierung werden unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger, unter anderem an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin, geleistet. Die Beiträge an die externen Versorgungsträger werden als laufender Aufwand erfasst und in der Position „Verwaltungsaufwand“ als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Treuhandgeschäft

Vermögenswerte und Schulden, die der Konzern im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung hält, sind nicht in die Bilanz aufgenommen. Die im Rahmen dieser Geschäfte angefallenen Vergütungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Provisionsertrag ausgewiesen.

Angaben zur Kapital- flussrechnung

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des OLB-Konzerns durch die Zahlungsströme aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss generiert. Die Zahlungsströme der Investitionstätigkeit, die nach der direkten Methode ermittelt werden, umfassen vor allem Erlöse aus der Veräußerung sowie Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit, die ebenfalls nach der direkten Methode ermittelt wird, bildet sämtliche Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital und Genussrechtskapital ab. Alle übrigen Zahlungsströme werden – internationalen Usancen für Kreditinstitute entsprechend – der laufenden Geschäftstätigkeit zugeordnet. Die dargestellten Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Schätzunsicherheiten und Ermessensent- scheidungen

Schätzunsicherheiten und Ermessensentscheidungen bestehen insbesondere bei zukunftsbezogenen Annahmen. Diese wirken sich unter anderem bei der Bestimmung beizulegender Zeitwerte (Fair Values) sowie im Rahmen der Ermittlung von Pensionsverpflichtungen, bei der Bestimmung der angenommenen Zahlungszeitpunkte und Zahlungsströme sowie der notwendigen Höhe für Rückstellungen, im Rahmen der Risikovorsorgeermittlung und beim Ansatz von latenten Steuern aus.

Die Änderungen bzw. Ergänzungen aus IAS 19 (neu, überarbeitet 2011) Leistungen an Arbeitnehmer wurden erstmalig im Berichtsjahr umgesetzt.

Nach IAS 19 (alt und neu) wurden unterjährig alle Bilanz- und GuV-Betrachtungen auf Basis von Plan-Parametern ermittelt, die zu Beginn des Jahres festgelegt werden. Hierzu zählen insbesondere Zinssätze für die Diskontierung, aber auch erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen sowie erwartete Vermögenserträge aus Deckungsvermögen. Zum Ende des Jahres wurde der Verpflichtungsumfang auf Basis der Ist-Parameter und des Ist-Mengengerüsts ermittelt. Die Differenz zum Vergleichswert aus Plan-Parametern und Ist-Mengengerüst wurde als „versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust“ dargestellt.

IAS 19 (alt) erlaubte das Wahlrecht,

- (a) die Rückstellung für Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung latenter Steuern vollständig in der Bilanz auszuweisen und die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste im Eigenkapital zu erfassen, oder aber
- (b) die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste beim erstmaligen Auftreten außerhalb der Bilanz zu belassen und über eine durchschnittliche Laufzeit über die GuV zu amortisieren.

Im OLB-Konzern wurde einheitlich die Variante (b) genutzt.

IAS 19 neu erlaubt nur noch Variante (a). Auf dieser Basis wurden rückwirkend die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste im Eigenkapital erfasst und der Nettoaufwand aus Amortisationen (Rückrechnung konzerneinheitlich ab 2011) den Gewinnrücklagen gutgeschrieben.

Diese Änderungen führen im Jahr 2013 unter Berücksichtigung der korrespondierenden Steuereffekte zu einem erstmaligen Ausweis versicherungsmathematischer Verluste im Sonstigen Ergebnis sowie zu Amortisationseffekten im Personalaufwand.

Die rückwirkende Anwendung gemäß IAS 8.19ff wurde durch eine veränderte Bewertung und einen veränderten Ausweis der Vorjahreszahlen berücksichtigt. Diese Vergleichszahlen wurden im Abschluss durch einen Zusatz „angepasst“ kenntlich gemacht. In den folgenden Tabellen zeigen wir die bislang veröffentlichten Daten, die Anpassungen und die Auswirkung auf einen jeden Berichtsposten so, als wäre IAS 19 (neu) stets angewandt worden:

Aktiva	Veröffentlicht		Anpassungen		Angepasst	
	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012
Mio. Euro						
Aktive latente Steuern	19,0	7,9	7,8	19,9	26,8	27,8
Summe der Aktiva	13.363,4	14.406,6	7,8	19,9	13.371,2	14.426,5

Bilanz

Passiva	Veröffentlicht		Anpassungen		Angepasst	
	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012
Mio. Euro						
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	389,7	407,9	25,2	64,1	414,9	472,0
Eigenkapital	569,2	651,3	-17,4	-44,2	551,8	607,1
Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	—	—	60,5	60,5
Kapitalrücklage	202,9	202,9	—	—	202,9	202,9
Gewinnrücklagen	304,7	343,2	0,7	1,0	305,4	344,2
Kumuliertes Sonstiges Ergebnis	1,1	44,7	-18,1	-45,2	-17,0	-0,5
Summe der Passiva	13.363,4	14.406,6	7,8	19,9	13.371,2	14.426,5

**Gewinn- und
Verlustrechnung**

Mio. Euro	Veröffentlicht		Anpassungen		Angepasst	
	1.1.2011– 31.12.2011	1.1.2012– 31.12.2012	1.1.2011– 31.12.2011	1.1.2012– 31.12.2012	1.1.2011– 31.12.2011	1.1.2012– 31.12.2012
Laufender Personalaufwand	182,9	176,5	–1,0	–0,4	181,9	176,1
Laufende Aufwendungen	304,2	292,9	–1,0	–0,4	303,2	292,5
Ergebnis vor Steuern	13,5	48,1	1,0	0,4	14,5	48,5
Steuern	–3,4	9,5	0,3	0,1	–3,1	9,6
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	16,9	38,6	0,7	0,3	17,6	38,9
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	0,73	1,66	0,03	0,01	0,76	1,67

**Angaben zu Art und
Ausmaß der Risiken**

Zusätzlich zu den in einzelnen Anhangangaben enthaltenen Darstellungen zu Risiken aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten enthält der Risikobericht weiterführende qualitative und quantitative Informationen, insbesondere zu Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung und Segmentberichterstattung

02 Zinsüberschuss

Mio. Euro	2013	2012
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	425,3	458,0
wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten ¹	3,6	1,2
abgeschriebenen finanziellen Vermögenswerten ¹	0,3	0,5
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	39,7	52,6
Zinsswaps	13,6	18,3
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,8	0,8
Sonstiges	0,6	0,6
Zinserträge insgesamt	483,9	532,0
Zinsaufwendungen für		
Einlagen	175,7	208,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	7,8	22,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	12,4	13,8
Zinsswaps	47,0	47,2
Sonstiges	3,3	4,9
Zinsaufwendungen insgesamt	246,2	296,5
Zinsüberschuss	237,7	235,5

¹ Aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)

Der gesamte Zinsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 470,3 Mio. Euro (Vorjahr: 513,7 Mio. Euro). Der gesamte Zinsaufwand für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 199,2 Mio. Euro (Vorjahr: 249,3 Mio. Euro).

03 Provisions-
überschuss

Mio. Euro	2013	2012
Wertpapiergeschäft	35,4	52,6
Erträge	38,7	55,5
Aufwendungen	3,3	2,9
Vermögensverwaltung	11,0	10,0
Erträge	12,0	10,4
Aufwendungen	1,0	0,4
Zahlungsverkehr	26,4	26,3
Erträge	28,5	28,6
Aufwendungen	2,1	2,3
Auslandsgeschäft	2,2	2,4
Erträge	2,2	2,4
Aufwendungen	—	—
Versicherungs-, Bauspar-, Immobiliengeschäft	14,0	15,9
Erträge	18,5	20,5
Aufwendungen	4,5	4,6
Kreditkartengeschäft	1,5	3,2
Erträge	4,5	7,4
Aufwendungen	3,0	4,2
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	—	—
Erträge	—	—
Aufwendungen	—	—
Sonstiges	-9,5	-20,2
Erträge	10,8	10,0
Aufwendungen	20,3	30,2
Provisionsüberschuss	81,0	90,2
Erträge	115,2	134,8
Aufwendungen	34,2	44,6

Der unter Sonstiges ausgewiesene Provisionsaufwand ist im Wesentlichen auf die Vergütung des Vertriebes der Allianz in Deutschland in Höhe von 14,5 Mio. Euro (Vorjahr: 27,5 Mio. Euro) für die Geschäftszuführung zurückzuführen.

Die OLB stellt seit dem 1. Juli 2013 das regulatorische Haftungsdach für den Vertrieb von AGI Produkten durch die selbstständigen Vertreter der Allianz. Für die Sicherstellung der Wertpapier-Compliance und den damit verbundenen Aufwand erhielt die OLB einen sonstigen Provisionsertrag von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro). Die Vertreterprovisionen für diese Produkte unter dem Haftungsdach werden im rechtlichen Außenverhältnis von der OLB geschuldet. Hierfür fielen sonstige Provisionsaufwendungen in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) an. In identischer Höhe erhielt die OLB sonstige Provisionserträge als Ausgleich von der Allianz.

Der gesamte Provisionsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 3,7 Mio. Euro (Vorjahr: 5,2 Mio. Euro). Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Kredit- und Avalprovisionen.

Bei der Fair Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Optionspreismodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten der OLB enthalten, die der Bewertungskategorie „Held for Trading“ zugeordnet sind.

Das Zins- und Dividendenergebnis resultiert aus laufenden Aufwendungen und Erträgen bei Zins- und Aktienprodukten.

Handelsbezogene Provisionen bestehen aus Aufwendungen der Bank für die Börsenabwicklung und verdienten Margen im Devisen- und Edelmetallgeschäft.

Die Position „Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches“ zeigt die Bewertungsänderungen dieser Geschäfte.

In der Position Sonstiges sind im Wesentlichen Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften bezüglich der aktienbasierten Vorstandsvergütung abgebildet.

Mio. Euro	2013	2012
Handel in Zinsprodukten	0,1	-3,8
Handel in Aktienprodukten	—	0,4
Devisen- und Edelmetallgeschäft	2,1	2,5
Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches	0,9	-1,4
Sonstiges	0,4	0,5
Laufendes Handelsergebnis	3,5	-1,8

04 a Laufendes Handelsergebnis nach Produkten

Mio. Euro	2013	2012
Realisierungsergebnis (netto)	0,3	-2,8
Bewertungsergebnis (netto) ¹	1,0	-1,0
Zuschreibungen	4,0	3,0
Abschreibungen	3,0	4,0
Zins- und Dividendenergebnis im Handel	0,7	0,4
Handelsbezogene Provisionen	1,5	1,6
Laufendes Handelsergebnis	3,5	-1,8

04 b Laufendes Handelsergebnis nach Realisierungsergebnis- und Bewertungsergebnis

¹ Inklusive Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches

Die im Handelsergebnis enthaltenen Ineffektivitäten aus dem Hedge Accounting werden in der Anhangsangabe zum Derivategeschäft erläutert.

Mio. Euro	2013	2012
Übrige Erträge	17,6	40,4

05 Übrige Erträge

Die Übrigen Erträge im laufenden Jahr bestehen im Wesentlichen aus Erstattungen für die Übernahme des laufenden Ergebnisses der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG in Höhe von 17,3 Mio. Euro (Vorjahr: 39,9 Mio. Euro).

o6 Laufende Aufwendungen

Mio. Euro	2013	2012
Löhne und Gehälter	111,5	117,8
Soziale Abgaben	22,1	23,4
Gratifikationen, Boni	17,5	18,8
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	15,9	16,1
Laufender Personalaufwand insgesamt	167,0	176,1
Aufwendungen für EDV	18,6	27,7
Aufwendungen für Vertriebsunterstützung und Serviceleistungen im Rahmen des Allianz-Konzernverbundes	8,1	14,7
Raumkosten	15,0	16,0
Aufwendungen für Werbung und Repräsentation	5,3	5,1
Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,5	2,8
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	32,7	29,9
Sachaufwand vor Laufenden Abschreibungen	83,2	96,2
Laufende Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte	13,9	17,0
Übrige Aufwendungen	1,9	3,2
Laufende Aufwendungen	266,0	292,5

In den sonstigen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Kosten für die Einlagensicherung und Bankenabgabe sowie Kosten für die technische Führung von Kundenkonten und Kundenzahlungsverkehr (EC-Karten, Postversand von Kontoauszügen und Belegbearbeitung von Überweisungsaufträgen) enthalten. Außerdem enthält diese Position Aufwendungen für eingekaufte Dienstleistungen und Beratung, sowie Ausbildungs- und Reisekosten und Kosten für die Nutzung von Marktinformationssystemen.

Im Wesentlichen handelt es sich bei den Übrigen Aufwendungen um Kulanz- und Schadenersatzzahlungen an die Kunden der Bank.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die OLB – ohne Auszubildende – 2.619 Mitarbeiter (Vorjahr: 2.814).

Mio. Euro	2013	2012
Nettoergebnis aus Wertberichtigungen	96,3	60,2
Zuführungen zu Wertberichtigungen	108,4	83,4
Auflösungen von Wertberichtigungen	12,1	23,2
Nettoergebnis aus Rückstellungen	2,9	1,2
Zuführungen zu Rückstellungen	4,6	2,1
Auflösungen von Rückstellungen	1,7	0,9
Direktabschreibungen	0,1	0,1
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	17,8	18,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	81,5	42,6

07 Risikovorsorge
im Kreditgeschäft

Die Restrukturierungsaufwendungen beziehen sich auf Maßnahmen im Zusammenhang mit der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank zum 30. Juni 2013. Hierzu gehören zukünftige Zahlungen im Rahmen von Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen, Abfindungszahlungen sowie Ausgleichszahlungen an die Vertreter der Allianz.

08 Restrukturierungs-
aufwand

Mio. Euro	2013	2012
Restrukturierungsaufwand	90,3	—

Das Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestandes, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, sowie den nicht laufenden Teil des Handelsergebnisses.

09 Realisiertes
Ergebnis aus
Finanzanlagen
und Nicht
laufendes
Handelsergebnis

In der Position Nicht laufendes Handelsergebnis sind die Komponenten enthalten, die nicht dem Laufenden Handelsergebnis zuzurechnen sind. Hier werden Handelsergebnisbeiträge der Spezialfonds AGI-Fonds Weser-Ems und Ammerland abgebildet, die aus dem Abschluss von Derivategeschäften resultieren.

Mio. Euro	2013	2012
Realisierungsergebnis (netto)	17,0	21,2
Bewertungsergebnis (netto)	-0,1	—
Zuschreibungen	—	—
Abschreibungen	0,1	—
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	16,9	21,2
Realisierungsergebnis (netto)	-0,1	-2,3
Bewertungsergebnis (netto)	—	0,4
Zuschreibungen	—	0,4
Abschreibungen	—	—
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,1	-1,9
Ergebnis aus Finanzanlagen	16,8	19,3

Das Realisierungsergebnis in Höhe von 17,0 Mio. Euro (Vorjahr: 21,2 Mio. Euro) im Realisierten Ergebnis aus Finanzanlagen resultiert aus Realisierungen von Wertpapieren der Kategorie „Available-for-Sale“ (AfS). Das Bewertungsergebnis liegt bei -0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

Das Realisierungsergebnis in Höhe von -0,1 Mio. Euro (Vorjahr: -2,3 Mio. Euro) im Nicht laufenden Handelsergebnis resultiert aus dem Ergebnis bei Verkauf oder Fälligkeit von Derivaten in den Spezialfonds. Das Bewertungsergebnis liegt bei 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen enthält Realisierungsgewinne in Höhe von 2,2 Mio. Euro einer zu Anschaffungskosten in Höhe von 1,0 Mio. Euro erfassten nicht börsennotierten Aktienanlage.

Mio. Euro	2013	2012
Ergebnis aus dem zur Veräußerung bestimmten Wertpapierbestand	16,9	21,2
Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus verbundenen Unternehmen	—	—
Ergebnis aus sonstigen Finanzanlagen	—	—
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,1	-1,9
Ergebnis aus Finanzanlagen	16,8	19,3

10 Steuern

Mio. Euro	2013	2012
Tatsächliche Steuern (lfd. Jahr)	3,5	19,8
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	-0,5	-0,7
Latente Steuern (lfd. Jahr)	-2,5	-6,8
Latente Steuern (Vorjahre)	-0,1	-2,7
Steuern	0,4	9,6

11 Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie

Für das Unverwässerte sowie verwässerte Ergebnis je Aktie wird der Gewinn durch die während des Geschäftsjahres im Umlauf befindliche durchschnittliche gewichtete Aktienanzahl dividiert.

	2013	2012
Gewinn (Mio. Euro)	8,7	38,9
Durchschnittliche Stückzahl im Umlauf befindlicher Aktien (Mio. Stück)	23,3	23,3
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	0,37	1,67

Es gibt keine Verwässerungseffekte im OLB-Konzern. Ein differenzierter Ausweis des Ergebnisses je Aktie ergibt sich somit nicht.

Zu Grundlagen und Methoden der Segmentberichterstattung verweist die Bank auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aus Note (1).

12 Segmentberichterstattung

Mio. Euro	2013			
	Segment OLB Regionalbank	Segment Allianz Bank	Konsolidierung	OLB-Konzern gesamt
Laufende Erträge	299,6	40,2	—	339,8
Laufende Aufwendungen	217,7	48,3	—	266,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	78,7	2,8	—	81,5
Restrukturierungsaufwand	—	90,3	—	90,3
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	—	-90,3	—	-90,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	6,5	10,3	—	16,8
Ergebnis vor Steuern (Segmentergebnis)	9,7	-0,6	—	9,1
Segmentvermögen in Mrd. Euro	13,2	1,3	-0,3	14,2
Segmentsschulden in Mrd. Euro	12,6	1,3	-0,3	13,6
Cost-Income-Ratio in %	72,7	120,1	—	78,3
Risikokapital (Durchschnitt)	438,9	19,1	—	458,0
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.054,4	263,9	—	6.318,3

Mio. Euro	2012			
	Segment OLB Regionalbank	Segment Allianz Bank	Konsolidierung	OLB-Konzern gesamt
Laufende Erträge	289,3	75,0	—	364,3
Laufende Aufwendungen	215,2	77,3	—	292,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39,6	3,0	—	42,6
Restrukturierungsaufwand	—	—	—	—
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	—	—	—	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	17,6	1,7	—	19,3
Ergebnis vor Steuern (Segmentergebnis)	52,1	-3,6	—	48,5
Segmentvermögen in Mrd. Euro	12,6	1,9	-0,1	14,4
Segmentsschulden in Mrd. Euro	12,0	1,9	-0,1	13,8
Cost-Income-Ratio in %	74,4	103,1	—	80,3
Risikokapital (Durchschnitt)	456,4	27,3	—	483,7
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.295,5	376,5	—	6.672,0

Nachfolgend stellen wir die Entwicklung der Unternehmensbereiche dar:

Segment: OLB Regionalbank

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	226,3	221,3	5,0	2,3
Provisionsüberschuss	69,5	69,7	-0,2	-0,3
Laufendes Handelsergebnis	3,5	-1,9	5,4	k. A.
Übrige Erträge	0,3	0,2	0,1	50,0
Laufende Erträge	299,6	289,3	10,3	3,6
Laufender Personalaufwand	148,8	145,2	3,6	2,5
Direkter Sachaufwand	78,4	79,5	-1,1	-1,4
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	-9,8	-11,5	1,7	-14,8
Übrige Aufwendungen	0,3	2,0	-1,7	-85,0
Laufende Aufwendungen	217,7	215,2	2,5	1,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	78,7	39,6	39,1	98,7
Operatives Ergebnis	3,2	34,5	-31,3	-90,7
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	6,6	19,5	-12,9	-66,2
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,1	-1,9	1,8	-94,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	6,5	17,6	-11,1	-63,1
Ergebnis vor Steuern	9,7	52,1	-42,4	-81,4
Segmentvermögen in Mrd. Euro	13,2	12,6	0,6	4,8
Segmentschulden in Mrd. Euro	12,6	12,0	0,6	5,0
Cost-Income-Ratio in %	72,7	74,4	-1,7	-2,3
Risikokapital (Durchschnitt)	438,9	456,4	-17,5	-3,8
Risikoaktiva (Durchschnitt)	6.054,4	6.295,5	-241,1	-3,8

Wesentliche zahlungsunwirksame Posten vor Steuern, bei denen es sich nicht um planmäßige Abschreibungen handelt:

Mio. Euro	2013	2012
Zuführung aktivische Risikovorsorge	102,8	79,7
Auflösung aktivische Risikovorsorge	15,3	24,4
Rückstellungsbildung	35,3	35,9
Rückstellungsauflösung	6,1	6,0
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	1,0	-1,0
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	-0,1	—
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	35,2	40,3
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	33,6	37,8

Planmäßige Abschreibungen für Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 13,5 Mio. Euro (Vorjahr: 14,5 Mio. Euro) und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1,7 Mio. Euro) betrafen das Segment OLB Regionalbank.

Im Lagebericht werden die wesentlichen Ergebniskomponenten des Segments OLB Regionalbank erläutert.

Segment: Allianz Bank (Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG)

Mio. Euro	2013	2012	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	11,4	14,2	-2,8	-19,7
Provisionsüberschuss (brutto)	27,9	51,2	-23,3	-45,5
Bruttoerträge	39,3	65,4	-26,1	-39,9
Provisionsaufwand Zahlungsverkehr	1,9	3,2	-1,3	-40,6
Vermittlungsprovisionen	14,5	27,5	-13,0	-47,3
Übrige Erträge	17,3	40,3	-23,0	-57,1
Laufende Erträge	40,2	75,0	-34,8	-46,4
Laufender Personalaufwand	18,2	30,9	-12,7	-41,1
Direkter Sachaufwand	18,7	33,7	-15,0	-44,5
Kostenverrechnung zwischen Segmenten	9,8	11,5	-1,7	-14,8
Übrige Aufwendungen	1,6	1,2	0,4	33,3
Laufende Aufwendungen	48,3	77,3	-29,0	-37,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,8	3,0	-0,2	-6,7
Restrukturierungsaufwand	90,3	—	90,3	k. A.
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	-90,3	—	-90,3	k. A.
Operatives Ergebnis	-10,9	-5,3	-5,6	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	10,3	1,7	8,6	> 100
Ergebnis vor Steuern	-0,6	-3,6	3,0	-83,3
Segmentvermögen in Mrd. Euro	1,3	1,9	-0,6	-31,6
Segmentsschulden in Mrd. Euro	1,3	1,9	-0,6	-31,6
Cost-Income-Ratio in %	120,1	103,1	17,0	16,5
Risikokapital (Durchschnitt)	19,1	27,3	-8,2	-30,0
Risikoaktiva (Durchschnitt)	263,9	376,5	-112,6	-29,9

Wesentliche zahlungsunwirksame Posten vor Steuern, bei denen es sich nicht um planmäßige Abschreibungen handelt:

Mio. Euro	1.1.2013 – 31.12.2013	1.1.2012 – 31.12.2012
Zuführung aktivische Risikovorsorge	5,6	3,7
Auflösung aktivische Risikovorsorge	0,4	—
Rückstellungsbildung	85,2	16,6
Rückstellungsauflösung	3,9	6,5
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	—	—
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	—
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	0,3	0,5
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	5,2	8,3

Planmäßige Abschreibungen für Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,4 Mio. Euro) und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro) betrafen das Segment Allianz Bank.

Angaben zur Bilanz – Aktiva

Mio. Euro	2013	2012
Kassenbestand	87,1	81,5
Guthaben bei Zentralnotenbanken	225,2	2,6
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	225,2	2,6
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	312,3	84,1

13 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank dienen unter anderem dazu, die Mindestreserveanforderungen zu erfüllen.

Handelsaktiva beinhalten Bestände aus dem Kundengeschäft mit Devisen und Zinssicherungsinstrumenten sowie ggf. positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung.

14 Handelsaktiva

Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sind unter den Handelsaktiva ausgewiesen. Zinszahlungen der als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivate zur Steuerung des Zinsbuches werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. Euro	2013	2012
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6,6	10,1
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten außerhalb des Hedge Accounting	—	—
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	7,1	4,0
Sonstige Handelsbestände	—	—
Handelsaktiva	13,7	14,1

Mio. Euro	2013			2012		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Börsen- und Zahlungsabwicklung	6,1	6,2	12,3	9,4	8,1	17,5
Forderungen aus Reverse-Repo-Geschäften	245,0	—	245,0	—	—	—
Barsicherheiten gezahlt	101,8	—	101,8	—	—	—
Sonstige Forderungen	144,4	125,0	269,4	247,0	150,1	397,1
Kredite	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	497,3	131,2	628,5	256,4	158,2	414,6
abzüglich: Risikovorsorge	—	—	—	0,1	—	0,1
Forderungen an Kreditinstitute (nach Risikovorsorge)	497,3	131,2	628,5	256,3	158,2	414,5

15 Forderungen an Kreditinstitute

16 Forderungen an Kunden

Mio. Euro	2013			2012		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	4.199,7	26,9	4.226,6	4.290,4	30,1	4.320,5
Öffentliche Haushalte	10,9	—	10,9	30,3	—	30,3
Privatkunden	6.249,9	40,6	6.290,5	6.127,2	42,7	6.169,9
Forderungen an Kunden	10.460,5	67,5	10.528,0	10.447,9	72,8	10.520,7
abzüglich: Risikovorsorge und bilanzielle Abschreibungen	224,3	—	224,3	182,0	—	182,0
Forderungen an Kunden (nach Risikovorsorge und bilanziellen Abschreibungen)	10.236,2	67,5	10.303,7	10.265,9	72,8	10.338,7

Die Forderungen an Kunden werden banküblich besichert. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Grundpfandrechte, schuldrechtliche Sicherungsvereinbarungen, Depots und sonstige Barunterlegungen.

Im Rahmen von Hedge Accounting wurden seit Beginn der Hedgebeziehungen aufgelaufene positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von 54,7 Mio. Euro (Vorjahr: 92,3 Mio. Euro) den fortgeführten Anschaffungskosten zugerechnet.

16 a Aufgliederung nach Branchen (vor Risikovorsorge und bilanziellen Abschreibungen)

Mio. Euro	2013			2012		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verarbeitendes Gewerbe	539,5	4,6	544,1	555,2	7,6	562,8
Baugewerbe	108,4	—	108,4	129,1	—	129,1
Handel	378,0	6,1	384,1	409,3	7,0	416,3
Finanzierungsinstitutionen und Versicherungsunternehmen	6,2	—	6,2	8,0	—	8,0
Transport	421,9	10,1	432,0	461,2	9,0	470,2
Dienstleistungen	1.075,6	6,2	1.081,8	1.034,0	6,5	1.040,5
Energie- und Wasserversorgung	1.402,1	—	1.402,1	1.441,8	—	1.441,8
Sonstige	267,9	—	267,9	251,8	—	251,8
Firmenkunden	4.199,6	27,0	4.226,6	4.290,4	30,1	4.320,5
Öffentliche Haushalte	10,9	—	10,9	30,3	—	30,3
Privatpersonen	6.250,0	40,5	6.290,5	6.127,2	42,7	6.169,9
Forderungen an Kunden	10.460,5	67,5	10.528,0	10.447,9	72,8	10.520,7

16 b Aufgliederung nach Geschäftsarten (vor Risikovorsorge und bilanziellen Abschreibungen)

Mio. Euro	2013			2012		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Kredite	10.438,8	67,5	10.506,3	10.431,9	72,8	10.504,7
darunter: Hypothekendarlehen	—	—	—	—	—	—
darunter: Kommunalkredite	106,9	1,3	108,2	108,6	1,3	109,9
darunter: Andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	5.118,1	29,9	5.148,0	4.859,7	29,2	4.888,9
Sonstige Forderungen	21,7	—	21,7	16,0	—	16,0
Forderungen an Kunden	10.460,5	67,5	10.528,0	10.447,9	72,8	10.520,7

Als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten wurden Forderungen an Kunden in Höhe von 2.841,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2.838,9 Mio. Euro) übertragen.

Im Kreditvolumen werden nur solche Forderungen gezeigt, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden.

17 Kreditvolumen

Mio. Euro	2013			2012		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	4.199,7	26,9	4.226,6	4.290,4	30,1	4.320,5
Öffentliche Haushalte	10,9	—	10,9	30,3	—	30,3
Privatkunden	6.249,6	40,6	6.290,2	6.126,7	42,7	6.169,4
Kredite an Kunden	10.460,2	67,5	10.527,7	10.447,4	72,8	10.520,2
Kredite an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Kreditvolumen	10.460,2	67,5	10.527,7	10.447,4	72,8	10.520,2
abzüglich: Risikovorsorge und bilanzielle Abschreibungen	224,3	—	224,3	182,0	—	182,0
Kreditvolumen (nach Risikovorsorge und bilanziellen Abschreibungen)	10.235,9	67,5	10.303,4	10.265,4	72,8	10.338,2

Neben der in der Bilanz aktivisch abgesetzten Risikovorsorge in Höhe von 117,0 Mio. Euro (Vorjahr: 77,6 Mio. Euro) und aktivisch abgesetzten bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 107,3 Mio. Euro (Vorjahr: 104,3 Mio. Euro) sind im Bestand der Risikovorsorge auch die passivisch ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 6,6 Mio. Euro (Vorjahr: 3,9 Mio. Euro) für Eventualverbindlichkeiten enthalten.

18 Entwicklung des Bestands an Risikovorsorge

Mio. Euro	SLLP	PLL	GLLP ³	Rückstellungen	Gesamtbestand vor bilanzieller Abschreibung	Bilanzielle Abschreibungen	Gesamtbestand inkl. Bilanzieller Abschreibung
Bestand zum 1. Januar 2013	46,5	13,0	18,1	3,9	81,5	104,3	185,8
Verbrauch	37,4	15,9	—	0,2	53,5	31,7	85,2
Auflösungen ¹	10,3	—	1,8	1,7	13,8	14,7	28,5
Auflösungen aus Unwinding ²	3,6	—	—	—	3,6	0,3	3,9
Zuführungen	94,4	13,3	0,7	4,6	113,0	49,7	162,7
Umbuchung	—	—	—	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2013	89,6	10,4	17,0	6,6	123,6	107,3	230,9

¹ Ohne Unwinding

² Zugunsten von Zinserträgen aus wertgeminderten, finanziellen Vermögenswerten, aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)

³ Davon betreffen 0,1 Mio. Euro Veränderungen der Position Forderungen an Kreditinstitute und 0,0 Mio. Euro den Bestand dieser Position.

Zuführungen bei den bilanziellen Abschreibungen erfolgen aus dem Verbrauch von Risikovorsorge und verursachen damit keinen Nettorisikovorsorgebedarf.

19 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen, die der Kategorie Available-for-Sale (AfS-Bestand) zugeordnet werden, beinhalten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

Der Finanzanlagebestand gliedert sich wie folgt:

Mio. Euro	2013	2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.672,9	3.306,9
Aktien	—	—
Aktien (Stufe 3)	0,1	1,1
Investmentfonds	48,4	44,9
Wertpapiere insgesamt	2.721,4	3.352,9
Beteiligungen (Stufe 3)	0,9	0,9
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Stufe 3)	0,1	0,1
Finanzanlagen	2.722,4	3.353,9

Die Buchwerte der zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen betragen 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro).

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 52 Tsd. Euro (Vorjahr: 52 Tsd. Euro) sind kaufmännisch gerundet ausgewiesen.

19 a Aufgliederung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere

Mio. Euro	2013	2012
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	1.184,2	1.220,6
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	1.488,7	2.086,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.672,9	3.306,9
darunter: börsenfähige Werte	2.639,7	3.289,9
darunter: börsennotiert	2.639,7	3.289,9

Im Jahr 2014 werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalvolumen in Höhe von 530,0 Mio. Euro fällig (Vorjahr: 352,0 Mio. Euro).

Mio. Euro	2013	2012
Aktien	0,1	1,1
Sonstige	49,3	45,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	49,4	46,9
darunter: börsenfähige Werte	13,0	30,1
darunter: börsennotiert	13,0	30,1

19 b Aufgliederung der Aktien und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere

Bei den sonstigen nicht festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich im Wesentlichen um Anteile an Investmentfonds.

Mio. Euro	2013		2012	
	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen
Historische Anschaffungskosten	0,9	0,1	0,9	—
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	—	—	—	—
Buchwert zum 1. Januar	0,9	0,1	0,9	—
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	—	—	—
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	—	—	—
Zugänge durch Umbuchungen	—	—	—	0,1
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	—	—	—	0,1
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—
Buchwert zum 31. Dezember	0,9	0,1	0,9	0,1

19 c Bestandsentwicklung

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen beinhalten zum 31. Dezember 2013 den Buchwert der nicht konsolidierten 100 %igen Tochtergesellschaften OLB-Immobilien dienst-GmbH, Oldenburg und OLB-Service GmbH, Oldenburg in Höhe von jeweils 26 Tsd. Euro.

20 Sachanlagen

Mio. Euro	2013			2012		
	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstat- tung	Gesamt	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstat- tung	Gesamt
Historische Anschaffungskosten	146,0	127,0	273,0	146,0	128,5	274,5
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	87,8	94,2	182,0	84,5	92,5	177,0
Buchwert zum 1. Januar	58,2	32,8	91,0	61,5	36,0	97,5
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	6,1	6,1	—	8,4	8,4
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	8,9	8,9	—	10,0	10,0
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	8,4	8,4	—	9,8	9,8
Zugänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	—	5,6	5,6	—	8,2	8,2
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	3,3	10,1	13,4	3,3	10,9	14,2
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	—	0,3	0,3	—	0,5	0,5
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	-3,3	-10,4	-13,7	-3,3	-11,4	-14,7
Buchwert zum 31. Dezember	54,9	28,0	82,9	58,2	32,8	91,0

Im Konzern wurden Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von 54,9 Mio. Euro genutzt (Vorjahr: 58,2 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2013 wurden keine Zuschreibungen (Wertaufholungen) aufgrund früherer Abschreibungen (Wertminderungen) vorgenommen.

Alle außerplanmäßigen Abschreibungen wurden im Jahr der Abschreibung im Sachaufwand erfasst.

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine Sachanlagen als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten übertragen.

Mio. Euro	2013	2012
Historische Anschaffungskosten	33,6	28,3
Historische Zuschreibungen	—	—
Historische Abschreibungen	23,7	18,3
Buchwert zum 1. Januar	9,9	10,0
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	3,5	6,0
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	3,8	0,8
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	3,8	0,8
Zugänge durch Umbuchungen	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	3,5	6,0
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	2,5	2,8
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	—	3,3
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	-2,5	-6,1
Buchwert zum 31. Dezember	10,9	9,9

21 Immaterielle Vermögenswerte

Bei den Immateriellen Vermögenswerten handelt es sich um Software.

Alle außerplanmäßigen Abschreibungen wurden im Jahr der Abschreibung im Sachaufwand erfasst.

Mio. Euro	2013	2012
Zinsabgrenzung	35,5	40,8
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	3,6	—
Sonstige Vermögenswerte	36,8	42,9
Sonstige Aktiva	75,9	83,7

22 Sonstige Aktiva

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind neben den Forderungen an die Allianz Deutschland AG wegen eines für das Jahr 2013 noch offenen Teilbetrages der zu erstattenden Aufwendungen für den Betrieb des Allianz Bankgeschäftes in Höhe von 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 12,4 Mio. Euro) außerdem Forderungen aus dem Personalbereich in Höhe von 2,1 Mio. Euro für Altersteilzeit (Vorjahr: 2,8 Mio. Euro) enthalten. Im Jahr 2013 bestand ausgelagertes Planvermögen im Rahmen eines „Contractual Trust Agreement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,6 Mio. Euro) und wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

Darüber hinaus sind diverse Provisionsforderungen und zum Einzug erhaltene Papiere enthalten.

23 Ertragsteuer-
ansprüche

Mio. Euro	2013	2012
Steuererstattungsansprüche	22,4	8,8

Die Ertragsteueransprüche beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Ertragsteueransprüche aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer als Steuern vom Einkommen und Ertrag gezeigt. Weitere Steuerforderungen aus sonstigen Steuern werden in der Bilanzposition Sonstige Aktiva ausgewiesen.

24 Übertragene
Vermögenswerte

Es wurden Schuldverschreibungen im Rahmen von Repo-Geschäften, Sicherheitenverpfändungen und Offenmarktgeschäften übertragen, deren Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken bei der Bank verbleiben. Die Bank bilanziert diese Schuldverschreibungen in den Finanzanlagen zum Fair Value in Höhe von 1.125,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.587,7 Mio. Euro). Die zugehörigen Verbindlichkeiten betragen 1.054,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.486,2 Mio. Euro). Diese Verbindlichkeiten sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Im Rahmen des Refinanzierungsgeschäfts mit Instituten und Versicherungen wurde aus einem Gesamtbestand an Kundenforderungen in Höhe von 2.841,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2.838,9 Mio. Euro) Forderungen an die Refinanzierer übertragen, deren Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken bei der Bank verbleiben. Der Fair Value der Kundenforderungen des Refinanzierungsgeschäfts betrug 2.943,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3.111,4 Mio. Euro). Die zugehörigen Verbindlichkeiten der Refinanzierungsgelder betragen 2.841,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.836,0 Mio. Euro). Diese sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten ausgewiesen.

Angaben zur Bilanz – Passiva

Mio. Euro	2013	2012
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6,8	10,0
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten außerhalb des Hedge Accounting	—	—
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	—	—
Handelsspassiva	6,8	10,0

25 Handelsspassiva

Mio. Euro	2013	2012
Sichteinlagen	83,0	115,0
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	954,1	662,5
genommene Barsicherheiten	—	7,8
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	40,0	55,0
Börsen- und Zahlungsabwicklung	255,7	29,1
Termineinlagen	343,9	331,6
Befristete andere Verbindlichkeiten	2.821,8	2.820,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.498,5	4.021,6
davon inländische Kreditinstitute	4.498,4	4.000,5
davon ausländische Kreditinstitute	0,1	21,1

26 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 4.159,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3.877,5 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 338,7 Mio. Euro (Vorjahr: 144,1 Mio. Euro).

Die erhaltenen Barmittel im Zuge der Übertragung von Vermögenswerten bei gleichzeitiger Vereinbarung von Rückkaufverpflichtungen im Rahmen von Repo-Geschäften inklusive genommener Barsicherheiten betragen 954,1 Mio. Euro (Vorjahr: 670,3 Mio. Euro).

Mio. Euro	2013	2012
Sichteinlagen	3.895,2	4.198,4
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	—	653,3
Spareinlagen	2.222,2	2.162,4
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	780,0	706,2
Börsen- und Zahlungsabwicklung	34,2	38,1
Termineinlagen	865,8	453,0
Befristete andere Verbindlichkeiten	8,9	10,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.806,3	8.221,5

27 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Bank schloss im Vorjahr Repo-Geschäfte mit Kunden ab, was zu Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften führte. Der wesentliche Kontrahent hat im Berichtsjahr eine Banklizenz erhalten. Daher werden Geschäfte mit diesem Partner zum Bilanzstichtag unter Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

27 a Aufgliederung nach Kundengruppen

Mio. Euro	2013			2012		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	2.775,5	33,7	2.809,2	2.934,4	27,6	2.962,0
Öffentliche Haushalte	256,2	—	256,2	192,0	—	192,0
Privatkunden	4.688,0	52,9	4.740,9	5.006,1	61,4	5.067,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.719,7	86,6	7.806,3	8.132,5	89,0	8.221,5

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 3.227,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3.511,4 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 4.578,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4.710,1 Mio. Euro).

Die erhaltenen Barmittel im Zuge der Übertragung von Vermögenswerten bei gleichzeitiger Vereinbarung von Rückkaufverpflichtungen im Rahmen von Repo-Geschäften betragen 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 653,3 Mio. Euro, vgl. Erläuterung unter Tabelle 27).

28 Verbriefte Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2013	2012
Begebene Schuldverschreibungen	579,6	812,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	579,6	812,9

Verbriefte Verbindlichkeiten setzen sich ausschließlich aus begebenen eigenen Schuldverschreibungen zusammen. Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im Jahr 2014 Tranchen mit einem Nominalwert von 67,8 Mio. Euro (Vorjahr: 319,0 Mio. Euro) fällig. Die Verbrieften Verbindlichkeiten enthalten variabel verzinsliche Anleihen in Höhe von 387,3 Mio. Euro (Vorjahr: 403,7 Mio. Euro).

29 Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2013	2012
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	184,7	191,9
Andere Rückstellungen	92,7	59,0
Zinsabgrenzung	38,8	46,1
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	102,9	152,5
Andere Verbindlichkeiten	31,8	22,5
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	450,9	472,0

Die Rückstellungen sind überwiegend mittel- bis langfristiger Natur.

Andere Rückstellungen betreffen im Wesentlichen noch offene Restrukturierungsmaßnahmen für die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank, Abschlussvergütungen, Altersteilzeit sowie Rückstellungen für das Produkt Sparschatz und für Avalverbindlichkeiten.

In den Anderen Verbindlichkeiten sind unter anderem noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen sowie noch abzuführende Gehaltsabzüge enthalten. In den Anderen Verbindlichkeiten sind Ertragsteuerschulden in Höhe von 13,6 Mio. Euro, darunter 6,9 Mio. Euro abzuführende Kapitalertragssteuern (Vorjahr: 7,2 Mio. Euro), sowie 6,7 Mio. Euro abzuführende Umsatzsteuern/Körperschaftsteuern enthalten.

Mio. Euro	2013	2012	2011	2010	2009
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	191,9	163,1	155,3	131,7	112,4
Abzüglich versicherungsmathematischem Verlust zum 1. Januar	—	27,6	26,7	9,6	5,6
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 1. Januar	191,9	135,5	128,6	122,1	106,8
Laufender Dienstzeitaufwand	6,0	4,6	5,1	3,4	2,8
Kalkulatorischer Zinsaufwand	7,0	7,8	7,5	6,9	6,6
Erwarteter Vermögensertrag	-0,9	-0,8	-0,3	-0,1	—
Tilgung der Kosten aus Planänderung	—	—	—	1,6	—
Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne (-) / Verluste (+)	—	0,9	0,8	—	0,1
Netto-Pensionsaufwand	12,1	12,5	13,1	11,8	9,5
Amortisation und Transfer	-0,2	-0,1	-0,1	0,4	11,1
Pensionszusagen durch Entgeltumwandlung	-0,8	-0,7	-0,8	-0,7	-0,6
Dotierung zum Beitragsorientierten Pensionsvertrag	-3,4	-14,2	—	—	—
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-5,6	-5,4	-5,3	-5,0	-4,7
Steuern aus Vermögen bezahlt	0,1	—	—	—	—
Änderung der versicherungsmathematischen Gewinne (-) / Verluste (+)	-9,4	—	—	—	—
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 31. Dezember	184,7	127,6	135,5	128,6	122,1
Versicherungsmathematischer Verlust zum 31. Dezember	—	64,3	27,6	26,7	9,6
Gesamte Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	184,7	191,9	163,1	155,3	131,7

30 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Folgenden werden die Veränderungen beim Verpflichtungsumfang und beim Zeitwert des Fondsvermögens sowie der Stand der Bilanzwerte für die verschiedenen leistungsorientierten Pensionspläne dargestellt.

Mio. Euro	2013	2012
Veränderung des Verpflichtungsumfanges		
Barwert der erdienten Pensionsansprüche zum 1. Januar	216,2	170,6
Laufender Dienstaufwand	6,0	4,6
Kalkulatorischer Zinsaufwand	6,9	7,7
Mitarbeiterbeiträge	1,5	1,1
Kosten aus Planänderungen	—	—
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-10,1	37,7
Pensionszahlungen	-5,6	-5,4
Akquisitionen	—	—
Zugänge (+) / Abgänge (-)	-0,2	-0,1
Barwert der erdienten Pensionsansprüche 31. Dezember¹	214,7	216,2
Veränderung im Zeitwert des Fondsvermögens		
Zeitwert des Fondsvermögens zum 1. Januar	24,3	7,5
Erwarteter Vermögensertrag	0,9	0,8
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-0,8	—
Arbeitgeberbeiträge	4,2	14,9
Mitarbeiterbeiträge	1,5	1,1
aus Fondsvermögen gezahlte Steuern	-0,1	—
Übertragungen	—	—
Zeitwert des Fondsvermögens zum 31. Dezember	30,0	24,3
Finanzierungsstatus (Bilanzwert) 31. Dezember	184,7	191,9

¹ Davon von Konzernunternehmen zum 31. Dezember 2013 direkt zugesagt 173,5 Mio. Euro (Vorjahr: 178,9 Mio. Euro) sowie mit Fondsvermögen hinterlegt 41,2 Mio. Euro (Vorjahr: 37,3 Mio. Euro). Der beizulegende Zeitwert des zugehörigen Planvermögens betrug zum 31. Dezember 2013 30,0 Mio. Euro (Vorjahr: 24,3 Mio. Euro).

Die tatsächlichen Vermögenserträge aus dem Fondsvermögen beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro).

Fondsvermögen

Bezogen auf den Zeitwert des Fondsvermögens, stellt sich die aktuelle Allokation der Vermögenswerte (gewichtete Durchschnitte) folgendermaßen dar:

%	2013	2012
Aktien	3,3	2,8
Anleihen	9,4	11,4
Immobilien	0,4	0,4
Sonstige	86,9	85,4
Gesamt	100,0	100,0

Der Großteil des unter der Position Sonstige ausgewiesenen Fondsvermögens entfällt auf Rückdeckungsversicherungen.

Die wichtigsten Kennzahlen für leistungsorientierte Pensionspläne:

Mio. Euro	2013	2012	2011	2010	2009
Barwert der erdienten Pensionsansprüche	214,7	216,2	170,6	160,8	133,2
Zeitwert des Fondsvermögens	30,0	24,3	7,5	5,5	1,5
Finanzierungsstatus	184,7	191,9	163,1	155,3	131,7
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen für:					
Verpflichtungsumfang	-3,6	-3,8	2,1	4,6	-4,0
Fondsvermögen	—	—	—	-1,2	—

Bei den Berechnungen werden aktuelle, versicherungsmathematisch entwickelte biometrische Wahrscheinlichkeiten zugrunde gelegt. Des Weiteren kommen Annahmen über die künftige Fluktuation in Abhängigkeit von Alter und Dienstjahren ebenso zur Anwendung wie konzerninterne Pensionierungswahrscheinlichkeiten.

Bewertungsprämissen

Die gewichteten Annahmen für die Ermittlung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche sowie für die Ermittlung des Netto-Pensionsaufwands stellen sich wie folgt dar:

%	2013	2012	2011	2010	2009
Zinsfuß für die Abzinsung	3,50	3,25	4,75	4,75	5,25
Erwarteter Vermögensertrag	3,25	4,58	4,70	4,70	5,40
Erwartete Gehaltssteigerung	2,50	2,50	2,50	2,50	2,30
Erwartete Rentensteigerung	1,90	1,90	1,90	1,90	1,70

Die Festlegung der langfristig erwarteten Vermögensrendite je Anlageklasse basiert auf Kapitalmarktstudien.

Für den Netto-Pensionsaufwand gelten die jeweiligen Annahmen zum Bilanzstichtag des vorhergehenden Geschäftsjahres. Bezüglich der Annahmen zum erwarteten Vermögensertrag ist der jeweilige Wert des aktuellen Jahres maßgeblich.

Die Annahmen zum Rechnungszins spiegeln die Marktverhältnisse am Bilanzstichtag für erstklassige festverzinsliche Anleihen entsprechend der Währung und der Duration der Pensionsverbindlichkeiten wider.

Insbesondere der Rechnungszins führt zu einer Unsicherheit mit einem erheblichen Risiko. Eine Veränderung des Rechnungszinses um 0,50 Prozentpunkte hätte bei einer Erhöhung einen negativen Effekt von 16,7 Mio. Euro, eine Absenkung um 0,50 Prozentpunkte hätte einen positiven Effekt von 19,3 Mio. Euro auf den Barwert der erdienten Pensionsansprüche.

Im Wesentlichen durch die Veränderung des Rechnungszinssatzes um 25 Basispunkte sank der versicherungsmathematische Verlust von 64,3 Mio. Euro auf 56,4 Mio. Euro.

Als Rechnungsgrundlagen wurden die Allianztafeln „AT2010GA“ verwendet. Es handelt sich hierbei um unternehmensspezifisch modifizierte „Richttafeln 2005 G“ der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln. Wie im Vorjahr galten die versicherungsmathematischen Annahmen sowohl für tariflich als auch für außertariflich Angestellte.

Zur Finanzierung der Pensionszusage durch Entgeltumwandlung wurden Rückdeckungsversicherungen bei der Allianz Lebensversicherungs-AG abgeschlossen. Die Leistungen aus der Pensionszusage entsprechen den Leistungen aus der Rückdeckungsversicherung. Die Leistungen aus dieser Rückdeckungsversicherung sind zur Sicherung der Versorgungsansprüche aus der Pensionszusage an die Mitarbeiter und ihre versorgungsberechtigten Hinterbliebenen verpfändet.

Beitragszahlungen

Für das Geschäftsjahr 2014 erwartet der Konzern, dass für leistungsorientierte Pensionspläne Arbeitgeberbeiträge zum Fondsvermögen in Höhe von 2,7 Mio. Euro gezahlt werden (Vorjahr: 4,2 Mio. Euro) sowie direkte Pensionszahlungen an Begünstigte in Höhe von 5,6 Mio. Euro (Vorjahr: 5,4 Mio. Euro).

Beitragszusagen

Beitragszusagen werden über externe Versorgungsträger oder ähnliche Institutionen finanziert. Dabei werden an diese Einrichtungen fest definierte Beiträge (z. B. bezogen auf das maßgebliche Einkommen) gezahlt, wobei der Anspruch des Leistungsempfängers gegenüber diesen Einrichtungen besteht und der Arbeitgeber über die Zahlung der Beiträge hinaus faktisch keine weitere Verpflichtung hat.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Aufwendungen für Beitragszusagen in Höhe von 3,3 Mio. Euro (Vorjahr: 3,7 Mio. Euro) als Beiträge für die Mitarbeiter an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin, gezahlt. An die gesetzliche Rentenversicherung wurden 11,6 Mio. Euro (Vorjahr: 12,5 Mio. Euro) Beiträge entrichtet.

31 Andere Rückstellungen

Mio. Euro	Restrukturierungsrückstellung	Rückstellung im Kreditgeschäft	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Bestand zum 1. Januar 2013	2,2	3,9	27,2	25,7	59,0
Verbrauch	38,3	0,2	17,2	9,4	65,1
Auflösungen	—	1,7	2,6	5,7	10,0
Zuführungen	78,6	4,6	19,4	5,8	108,4
Umbuchungen	-8,7	—	8,9	0,2	0,4
Bestand zum 31. Dezember 2013	33,8	6,6	35,7	16,6	92,7

In den Anderen Rückstellungen sind Rückstellungen in Höhe von 25,9 Mio. Euro (Vorjahr: 20,2 Mio. Euro) mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr enthalten, bei denen eine Abzinsung erfolgte. Ansonsten wurde keine Abzinsung vorgenommen. Der Zinseffekt bei den Anderen Rückstellungen ist per saldo ausgeglichen (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) und setzt sich zusammen aus 0,6 Mio. Euro Ertrag aus Zeiteffekten (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) und -0,6 Mio. Euro Aufwand aus der Veränderung des Zinssatzes (Vorjahr: -0,2 Mio. Euro).

Im Jahr 2013 bestand ausgelagertes Planvermögen in Höhe von 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,7 Mio. Euro) im Rahmen eines „Contractual Trust Agreement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 6,3 Mio. Euro (Vorjahr: 7,3 Mio. Euro) und wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

Mio. Euro	2013	2012
Bestand zum 1. Januar	7,1	11,4
Verbrauch	—	6,8
Auflösungen	—	—
Zuführungen	2,1	2,5
Bestand zum 31. Dezember	9,2	7,1

32 Ertragsteuerschulden

Die Ertragsteuerschulden beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Ertragsteuerschulden aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer als Steuern vom Einkommen und Ertrag gezeigt. Weitere Steuerverbindlichkeiten werden in der Bilanzposition Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Aktive latente Steueransprüche bzw. Rückstellungen für latente Steuern sind für Differenzen zwischen den steuerlichen Wertansätzen und den bilanziellen Wertansätzen für folgende Bilanzpositionen gebildet worden:

33 Latente Steuern und Ertragsteuern
33 a Latente Steueransprüche und Steuerverbindlichkeiten

Mio. Euro	Ausweis der Veränderung	2013			2012
		Ertragsteueranspruch	Ertragsteuerverpflichtung	Saldo	Saldo
Forderungen an Kunden		1,8	–17,0	–15,2	–29,3
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss/Handelsergebnis	—	–17,0	–17,0	–32,1
darunter: Risikoversorge	Risikoversorge	1,8	—	1,8	2,8
Finanzanlagen		17,0	–21,7	–4,7	–14,7
darunter: AFS-Finanzinstrumente	Ergebnis aus Finanzanlagen	16,5	–9,6	6,9	4,5
darunter: kumuliertes Sonstiges Ergebnis aus AFS-Finanzinstrumenten	Sonstiges Ergebnis	0,5	–12,1	–11,6	–19,2
Handelsbestände		34,0	–3,7	30,3	46,2
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss/Handelsergebnis	31,9	–1,1	30,8	47,3
darunter: Sonstige Handelsbestände	Handelsergebnis	2,1	–2,6	–0,5	–1,1
Pensionsrückstellungen		29,8	–1,0	28,8	30,5
darunter: Nettopensionsverpflichtungen	Verwaltungsaufwand	11,3	—	11,3	10,5
darunter: kumuliertes Sonstiges Ergebnis aus Nettopensionsverpflichtungen	Sonstiges Ergebnis	18,5	–1,0	17,5	20,0
Andere Rückstellungen	Verwaltungsaufwand	6,8	–0,5	6,3	3,4
Sonstiges		1,9	–12,3	–10,4	–8,3
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss/Handelsergebnis	0,7	–11,3	–10,6	–12,7
darunter: Sonstiges	Verwaltungsaufwand	1,2	–1,0	0,2	4,4
Gesamt		91,3	–56,2	35,1	27,8

Bilanzielle Aufrechnungen von aktivischen und passivischen Posten der Steuerabgrenzung wurden auf Gesellschaftsebene vorgenommen, soweit es sich um Ertragsteuern handelt, die an dieselbe Steuerbehörde zu entrichten sind und für die ein einklagbares Recht zur Aufrechnung besteht. Per saldo ergeben die Ertragsteueransprüche in Höhe von 91,3 Mio. Euro (Vorjahr: 109,6 Mio. Euro) und die Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 56,2 Mio. Euro (Vorjahr: 81,8 Mio. Euro) einen latenten Steueranspruch in Höhe von 35,1 Mio. Euro (Vorjahr: 27,8 Mio. Euro).

Die Veränderung des Saldos der latenten Steuern i. H. v. 7,3 Mio. Euro (Vorjahr: –11,1 Mio. Euro) resultiert aus Veränderungen von temporären Differenzen und schlug sich mit 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: 9,6 Mio. Euro) in der Gewinn- und Verlustrechnung und mit 5,1 Mio. Euro (Vorjahr: –20,7 Mio. Euro) im Sonstigen Ergebnis nieder.

33 b Ertragsteuern

Als Ertragsteuern werden die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie der Betrag des latenten Steueraufwands/-ertrags ausgewiesen:

Mio. Euro	2013	2012
Tatsächliche Steuern (Ifd. Jahr)	3,5	19,8
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	–0,5	–0,7
Latente Steuern (Ifd. Jahr)	–2,5	–6,8
Latente Steuern (Vorjahre)	–0,1	–2,7
Ausgewiesene Ertragsteuern	0,4	9,6

Die Berechnung der tatsächlichen Steuern für 2013 erfolgt unter Berücksichtigung eines effektiven Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) zuzüglich eines effektiven Gewerbesteuersatzes von 14,1 % (Vorjahr: 13,9 %).

Die Berechnung der latenten Steuern für 2013 erfolgt unter Berücksichtigung eines effektiven Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) zuzüglich eines effektiven Konzerngewerbesteuersatzes von 15,2 % (Vorjahr: 15,2 %).

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Ertragsteueraufwands auf den effektiv ausgewiesenen Steueraufwand.

33 c Überleitungsrechnungen

Mio. Euro	2013	2012
Ergebnis vor Steuern	9,1	48,5
Anzuwendender Steuersatz in %	31,000	31,000
Rechnerische Ertragsteuern	2,8	15,0
Steuereffekte		
Gewerbesteuer	–0,1	–0,7
Steuerfreie Einnahmen	–2,3	–3,1
Sonstige steuerliche Zu- und Abrechnungen	0,8	2,1
Körperschaftsteuerguthaben	–0,2	–0,3
Steuern Vorjahre	–0,6	–3,4
Ausgewiesene Ertragsteuern	0,4	9,6

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 253,7 Mio. Euro (Vorjahr: 274,3 Mio. Euro), die sich aus nachrangigen Schuldscheindarlehen von Kunden in Höhe von 146,1 Mio. Euro (Vorjahr: 186,3 Mio. Euro) sowie nachrangigen OLB-Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 107,6 Mio. Euro (Vorjahr: 88,0 Mio. Euro) zusammensetzen, dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung besteht nicht.

Der Zinsaufwand für die Nachrangigen Verbindlichkeiten erreichte im Geschäftsjahr 12,2 Mio. Euro (Vorjahr: 13,6 Mio. Euro). Die Zinssätze für Nachrangige Verbindlichkeiten mit Festsätzen liegen in der Bandbreite von 4,35 % bis 6,00 %. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,62 %.

	Inhaberschuldverschreibungen 2013	Schuldscheindarlehen 2013
Emissionsjahr	2010 – 2013	2004 – 2013
Nominalbetrag (Mio. Euro)	107,4	146,5
Emittent	OLB	OLB
Zinssatz in %	3,2 – 5,1	4,35 – 6,0
Fälligkeitsjahr	2017 – 2023	2014 – 2028

34 Nachrangige Verbindlichkeiten

Gezeichnetes Kapital. Das gezeichnete Kapital war unverändert zum Vorjahr in Höhe von 60,5 Mio. Euro am 31. Dezember 2013 in 23.257.143 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie repräsentiert einen anteiligen Betrag am Grundkapital und gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Aktien sind voll eingezahlt.

Gemäß IAS 27 ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz einbezogen. Dieser ist bei der Allianz SE in 80802 München, Königinstraße 28, erhältlich und wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Genehmigtes Kapital. Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um bis zu 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

Von der ursprünglich bis zum 21. Mai 2012 befristeten und durch die Hauptversammlung bis zum 30. Mai 2017 verlängerten Ermächtigung, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht.

Kapitalrücklage. In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio), der bei der Ausgabe eigener Aktien erzielt wird, enthalten.

Gewinnrücklagen. Die Gewinnrücklagen nehmen die thesaurierten Gewinne des Konzerns sowie sämtliche erfolgswirksamen Konsolidierungsmaßnahmen auf.

35 Angaben zum Eigenkapital

Gewinnverwendung des HGB-Einzelabschlusses. Für das Geschäftsjahr 2013 ergibt sich nach HGB ein maßgeblicher Jahresüberschuss von 4,7 Mio. Euro. Da es keine Vorträge oder Veränderungen der Rücklagen gibt, entspricht dies dem Bilanzgewinn. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 28. Mai 2014 vorgeschlagen werden, für das Geschäftsjahr 2013 eine Dividende in Höhe von 0,10 Euro je Stückaktie auszuschütten und 2,4 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

35 a Kumuliertes Sonstiges Ergebnis

Diese Position nimmt die Bewertungsänderungen aus den Available-for-Sale-Finanzinstrumenten auf, die zum Zeitpunkt der tatsächlichen Realisierung sowie im Falle einer Wertberichtigung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht werden. Ebenso werden im Kumulierten Sonstigen Ergebnis zunächst erfasste Wertänderungen aus Finanzinstrumenten, die dem Hedge Accounting unterliegen, wieder in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht. Außerdem werden Bewertungsänderungen aus Netto-Pensionsverpflichtungen erfasst, die nicht mehr durch die Gewinn- und Verlustrechnung realisierbar sind.

Mio. Euro	2013	2012
Bestand zum 1. Januar	- 0,5	- 17,0
Sonstiges Ergebnis aus AfS-Finanzinstrumenten (durch GuV realisierbar oder realisiert)		
Unrealisierte Marktwertveränderungen brutto	- 3,8	86,3
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto		
wegen realisierter Gewinne (-) und Verluste (+)	- 17,4	- 22,4
wegen Wertberichtigungen	0,1	0,4
Steuern auf unrealisierte Marktwertveränderungen	3,5	- 26,2
Steuern auf Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	4,1	5,6
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen (nicht durch GuV realisierbar)		
Veränderungen des Verpflichtungsumfangs brutto	9,2	- 39,3
Steuern auf Veränderungen des Verpflichtungsumfangs	- 2,8	12,1
Bestand zum 31. Dezember	- 7,6	- 0,5

35 b Kapitalsteuerung, Eigenmittel und Risikoaktiva nach § 10a KWG

Die OLB unterliegt hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Eigenkapital den aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Kreditwesengesetzes (KWG), die eine Unterlegung der Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln vorschreiben. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel setzen sich aus drei Kategorien zusammen: dem Kernkapital und dem Ergänzungskapital, die zusammen das haftende Eigenkapital bilden, sowie den Drittrangmitteln. Das Kernkapital beinhaltet das Eigenkapital des Konzerns sowie weitere Anpassungen. Das Ergänzungskapital besteht im Wesentlichen aus längerfristigen Nachrangigen Verbindlichkeiten zuzüglich nicht realisierter Reserven in Wertpapieren. Drittrangmittel bestehen zurzeit nicht. Die Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen im Konzern und in den Einzelgesellschaften der Gruppe muss bei der Steuerung des Kapitals und der Eigenmittel stets gewährleistet werden.

Ab 2014 bilden CRD IV bzw. CRR ein neues bindendes Rahmenwerk für die erforderliche Kapitalunterlegung von Risikoaktiva. Diese neuen Regelungen erhöhen vor allem die quantitativen und qualitativen Anforderungen an das haftende Eigenkapital. Die derzeit erforderliche Unterlegung der Risikoaktiva mit Kernkapital von 4 % steigt bis 2019 schrittweise auf den Mindestwert 8,5 %. Damit nimmt die Bedeutung des Kapitals als Steuerungsgröße weiter zu.

Vor diesem Hintergrund misst die OLB in ihrer Planung einer weiteren Kapitalstärkung durch Gewinnthesaurierung sowie einer systematischen Risiko-Ertragssteuerung der bankweiten Risiken eine zentrale Bedeutung bei. Es wird angestrebt, durch geeignete Maßnahmen ausreichende Spielräume bei der Eigenmittelausstattung zu wahren, um insbesondere die Handlungsfähigkeit als Mittelstandsfinanzierer zu gewährleisten.

Mio. Euro	2013	2012
Kernkapital	581,0	544,0
darunter: Abzugsposten ¹	7,0	7,0
Ergänzungskapital²	234,0	229,0
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	225,0	203,0
darunter: Neubewertungsreserven auf Wertpapiere (davon 45 %)	16,0	33,0
darunter: Zurechnungsposten ³	—	—
darunter: Abzugsposten ¹	7,0	7,0
Eigenmittel (§ 10a KWG)	815,0	773,0
Risikoaktiva Adressenrisiken	5.513,0	6.066,0
Risikoaktiva Marktrisiken	25,0	34,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	575,0	538,0
Risikoaktiva	6.113,0	6.638,0

¹ Gemäß § 10 Absatz 6a KWG in Verbindung mit § 10a KWG

² Maximal 100 % des Kernkapitals

³ Gemäß § 10 Absatz 2b, Nr. 9 KWG in Verbindung mit § 10a KWG

Die aufsichtsrechtlichen Erfordernisse zur Eigenkapitalausstattung wurden jederzeit eingehalten.

35 c Kapitalquoten
nach § 10a KWG

%	2013	2012
Kernkapitalquote	9,5	8,2
Gesamtkapitalquote	13,3	11,6

36 Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten

Angaben zur Bilanz – Sonstiges

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögenswerte in der angegebenen Höhe als Sicherheiten übertragen:

Mio. Euro	2013	2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.997,6	3.668,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,9	654,2
Besicherte Verbindlichkeiten	3.998,5	4.322,2

Die Bank schloss im Vorjahr Repo-Geschäfte mit Kunden ab, was zu Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften führte. Der wesentliche Kontrahent wird im Berichtsjahr durch Erhalt der Banklizenz in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gezeigt.

Der Gesamtbetrag (zu Buchwerten) der übertragenen Sicherheiten setzt sich aus folgenden Vermögenswerten zusammen:

Mio. Euro	2013	2012
Forderungen an Kunden	2.841,5	2.838,9
Schuldverschreibungen	1.125,9	1.587,7
Übertragene Sicherheiten¹	3.967,4	4.426,6

¹ Beinhalten in Pension gegebene Vermögenswerte

Bei den übertragenen Forderungen an Kunden handelt es sich ausschließlich um refinanzierte Darlehen. Die OLB arbeitet maßgeblich mit den Refinanzierungsinstituten KfW, NBank und LRB zusammen. Nach deren Allgemeinen Bedingungen tritt die OLB grundsätzlich die Kundenforderung einschließlich aller Nebenrechte, auch Sicherheiten, die der Kunde für die refinanzierte Forderung gestellt hat, an das Refinanzierungsinstitut ab. Der Fair Value der als Sicherheit übertragenen Kundenforderungen betrug 2.943,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3.111,4 Mio. Euro).

Der Fair Value der übertragenen Schuldverschreibungen entspricht dem oben angegebenen Buchwert.

37 Fremdwährungsvolumina

Mio. Euro	2013	2012
Vermögenswerte der Währung		
USD	89,9	87,8
GBP	4,9	1,1
Sonstige	27,2	22,7
Vermögenswerte insgesamt	122,0	111,6
Schulden der Währung		
USD	84,2	93,6
GBP	2,4	2,0
Sonstige	20,9	22,1
Schulden insgesamt	107,5	117,7

Die Beträge stellen jeweils Summen aus Euro-Gegenwerten der Währungen außerhalb des Euroraumes dar.

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in dem Laufzeitraster nach Endfälligkeiten bzw. Kündigungssterminen gegliedert.

38 a Restlaufzeitengliederungen der Forderungen und Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2013				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	175,0	—	—	—	175,0
Forderungen an Kunden	1.383,1	660,1	2.654,3	5.830,5	10.528,0
Forderungen zum 31. Dezember 2013	1.558,1	660,1	2.654,3	5.830,5	10.703,0

In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 864,0 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Mio. Euro	2012				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	300,1	—	—	—	300,1
Forderungen an Kunden	1.447,2	656,0	2.630,9	5.786,6	10.520,7
Forderungen zum 31. Dezember 2012	1.747,3	656,0	2.630,9	5.786,6	10.820,8

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 977,9 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Mio. Euro	2013				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	338,7	—	—	—	338,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.017,5	356,3	1.243,8	1.542,2	4.159,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.929,4	—	—	—	3.929,4
Spareinlagen	2.026,4	176,3	19,5	—	2.222,2
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	617,2	266,0	170,3	601,2	1.654,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	28,3	39,5	124,5	387,3	579,6
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	97,4	52,9	106,6	194,0	450,9
Steuerschulden	—	—	9,2	—	9,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	33,0	117,9	87,8	253,7
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013	8.069,9	924,0	1.791,8	2.812,5	13.598,2

Mio. Euro	2012				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	151,9	—	—	—	151,9
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	466,6	514,8	1.273,9	1.614,4	3.869,7
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.236,5	—	—	—	4.236,5
Spareinlagen	1.896,4	240,2	25,8	—	2.162,4
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	827,8	374,3	183,0	437,5	1.822,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	170,9	147,6	90,6	403,8	812,9
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	79,2	39,3	120,4	233,1	472,0
Steuerschulden	—	—	7,1	—	7,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	60,0	10,0	146,0	58,3	274,3
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012	7.889,3	1.326,2	1.846,8	2.747,1	13.809,4

38 b Restlaufzeiten- gliederung der Ver- bindlichkeiten nach Gesamtverbind- lichkeiten

Gemäß IFRS 7 ist auch eine Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten nach Gesamtverbindlichkeiten anzugeben.

Dies wird in den folgenden Tabellen dargestellt:

Mio. Euro	2013				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	338,7	—	—	—	338,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.019,8	357,1	1.246,6	1.545,6	4.169,1
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.929,4	—	—	—	3.929,4
Spareinlagen	2.026,4	176,3	19,5	—	2.222,2
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	617,2	266,0	170,3	601,2	1.654,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	28,3	39,5	126,3	387,3	581,4
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	93,6	49,5	49,3	159,2	351,6
Steuerschulden	—	—	9,2	—	9,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	33,0	117,7	88,2	253,9
Bilanzielle Posten	8.068,4	921,4	1.738,9	2.781,5	13.510,2
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	826,8	—	—	—	826,8
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013	8.895,2	921,4	1.738,9	2.781,5	14.337,0

Mio. Euro	2012				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	151,9	—	—	—	151,9
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	468,3	516,7	1.278,6	1.620,4	3.884,0
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.236,5	—	—	—	4.236,5
Spareinlagen	1.896,4	240,2	25,8	—	2.162,4
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	827,8	374,3	183,0	437,5	1.822,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	170,9	148,1	93,6	403,7	816,3
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	15,1	32,4	41,5	230,5	319,5
Steuerschulden ¹	—	—	7,1	—	7,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	60,0	10,0	145,8	58,5	274,3
Bilanzielle Posten	7.826,9	1.321,7	1.775,4	2.750,6	13.674,6
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	911,3	—	—	—	911,3
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012	8.738,2	1.321,7	1.775,4	2.750,6	14.585,9

¹ Steuerschulden stellen keine Finanzinstrumente im Sinne des IFRS 7 dar, werden aber zwecks Übersichtlichkeit und Abstimmbarkeit in den Tabellen mit aufgeführt.

Derivative Finanzinstrumente, die die Übertragung von Markt- und Kreditrisiken zwischen verschiedenen Parteien ermöglichen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen und Indizes sowie von Aktien- und Devisenkursen ab. Für Kontrahentenrisiken werden bei positiven Marktwerten Abschläge berücksichtigt. Die wichtigsten genutzten derivativen Produkte umfassen Swaps und Devisentermingeschäfte. Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder in Form von bilateral ausgehandelten Transaktionen außerbörslich („Over The Counter“) abgeschlossen werden.

Derivate finden Verwendung sowohl im bankinternen Risikomanagement als auch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Hinsichtlich der Bewertung wird zwischen börsen- und außerbörslich gehandelten Produkten unterschieden.

Nach Abschluss von Index-Optionen findet bei börsengehandelten Kontrakten täglich ein Barausgleich statt.

Positive und negative Marktwerte werden dann ausgewiesen, wenn die Vertragsvereinbarungen eine vollständige Abwicklung erst zum Fälligkeitstag (nur bei europäischen Optionen; Eurex-Produkte = amerikanische Optionen) vorsehen oder die Variation Margin (nur bei Futures) am Bilanzstichtag (beispielsweise aufgrund der unterschiedlichen Zeitzonen der Börsenplätze) noch nicht reguliert wurde.

39 Derivategeschäfte

Falls keine Marktpreise notiert werden (OTC-Derivate), finden die an den Finanzmärkten etablierten Schätzverfahren (unter anderem Barwertmethode und Optionspreismodelle) Anwendung. Der Marktwert eines Derivats entspricht dabei der Summe aller auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Cashflows (Present-Value- bzw. Dirty-Close-Out-Wert). Die folgende Tabelle weist die Nominalvolumina nach Restlaufzeiten sowie die positiven und negativen Marktwerte (Fair Values) der von uns abgeschlossenen derivativen Geschäfte aus. Die Nominalbeträge dienen grundsätzlich nur als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen (beispielsweise Zinsansprüche und/oder -verbindlichkeiten bei Zinsswaps) und repräsentieren damit keine Bilanzforderungen und/oder -verbindlichkeiten.

	Positive Fair Values	Negative Fair Values	Nominalvolumina / Fälligkeit			Gesamt	
			bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2013	2012
Mio. Euro							
Zinsbezogene Derivate	9,1	-106,9	283,3	661,3	638,3	1.582,9	1.683,9
davon Zinsswaps der Zinsbuchsteuerung	3,6	-101,7	210,0	540,0	596,0	1.346,0	1.398,0
Währungsbezogene Derivate	1,1	-1,6	166,2	—	—	166,2	141,0
davon Devisenoptionen: Käufe	—	—	6,8	—	—	6,8	6,5
davon Devisenoptionen: Verkäufe	—	—	6,8	—	—	6,8	6,5
Derivate der aktienbezogenen Vergütung	7,1	—	4,8	6,6	—	11,4	9,1
Derivate insgesamt	17,3	-108,5	454,3	667,9	638,3	1.760,5	1.834,0
davon Produkte EUR	15,6	-106,6	288,1	658,6	631,5	1.578,2	1.674,5
davon Produkte USD	1,6	-1,7	121,0	9,2	6,8	137,0	110,1
davon Produkte GBP	—	—	6,5	—	—	6,5	11,5
davon Produkte JPY	0,1	—	1,6	—	—	1,6	2,7

Zum Jahresende waren Zinsswaps im Nominalvolumen von 1.346,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.398,0 Mio. Euro) für Hedge Accounting designed.

Im Rahmen der Bildung von bilanziellen Sicherungsbeziehungen nach den Regeln des IAS 39 (Hedge Accounting) ergaben sich für Zinsswaps zur Steuerung des Zinsbuches positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von 35,4 Mio. Euro (Vorjahr: 31,3 Mio. Euro). Für korrespondierende Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Finanzanlagen ergaben sich in der Summe negative bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von 37,0 Mio. Euro (Vorjahr: 28,3 Mio. Euro). Der Nettoeffekt von -1,6 Mio. Euro (Vorjahr: -3,0 Mio. Euro) wird im Laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

Außerbilanzielles Geschäft

Die Eventualverbindlichkeiten und Anderen Verpflichtungen enthalten potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der Konzern ermöglicht seinen Kunden durch Kreditfazilitäten schnellen Zugriff auf Gelder, die von den Kunden zur Erfüllung ihrer kurzfristigen Verpflichtungen sowie der langfristigen Finanzierungsbedürfnisse benötigt werden. Ferner werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie Akkreditive ausgewiesen. Die Erträge aus Bürgschaften werden im Provisionsergebnis erfasst und die Höhe wird durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt.

Aus den Zahlen kann nicht direkt auf die hieraus erwachsenden Liquiditätserfordernisse geschlossen werden. Weitere Ausführungen zu Liquiditätsrisiken und deren Steuerung und Überwachung enthält der Risikobericht.

40 Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen

Mio. Euro	2013	2012
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		
Kreditbürgschaften	11,0	15,1
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	291,1	299,5
Akkreditive	4,3	5,1
davon Akkreditiveröffnungen	3,7	5,1
davon Akkreditivbestätigungen	0,6	—
Eventualverbindlichkeiten	306,4	319,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
Buchkredite	345,6	414,1
Avalkredite	103,8	95,5
Hypothekendarlehen / Kommunalkredite	71,0	82,0
Andere Verpflichtungen	520,4	591,6

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde unter Andere Rückstellungen ausgewiesen.

Die in den Tabellen dargestellten Zahlen reflektieren die Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten durch den Kunden und des darauf folgenden Zahlungsverzugs – unter der Voraussetzung, dass keine Sicherheiten vorhanden sind – abgeschrieben werden müssten. Ein großer Teil dieser Verpflichtungen verfällt möglicherweise, ohne in Anspruch genommen zu werden. Die Zahlen sind nicht repräsentativ für das tatsächliche künftige Kreditengagement oder aus diesen Verpflichtungen erwachsende Liquiditätserfordernisse. Sicherheiten dienen ggf. dem Gesamtobligo von Kunden aus Krediten und Avalen. Daneben gibt es Unterbeteiligungen Dritter zu unwiderruflichen Kreditzusagen und Avalen.

41 Sonstige finanzielle
Verpflichtungen

Mio. Euro	2013			
	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	21,9	66,0	20,5	108,4
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	0,9	3,9	1,0	5,8
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	1,6	—	—	1,6
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	2,1	—	—	2,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	26,5	69,9	21,5	117,9

Mio. Euro	2012			
	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	34,1	69,3	23,2	126,6
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	0,8	3,4	0,8	5,0
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	1,8	—	—	1,8
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	2,1	—	—	2,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	38,8	72,7	24,0	135,5

Verpflichtungen aus Mietverträgen betreffen Miet- und Leasingverträge für Gebäude und Geschäftsausstattung. Sie führten im Berichtsjahr zu Aufwendungen in Höhe von 10,1 Mio. Euro (Vorjahr: 12,7 Mio. Euro). Die Mietverträge für Gebäude haben in der Regel eine Laufzeit von 10 Jahren. Leasingverträge für Geschäftsausstattung haben Laufzeiten zwischen 3 und 5 Jahren.

Einzahlungsverpflichtungen für Aktien, Anleihen und sonstige Anteile beliefen sich auf 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro), Mithaftungen gemäß § 26 GmbH-Gesetz betragen 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro).

Die Mithaftungen betreffen eine Beteiligung des OLB Konzerns. Der Beteiligungsbuchwert beläuft sich auf 0,3 Mio. Euro. Der OLB-Konzern haftet bedingt für Nachschussverpflichtungen gegenüber der Beteiligung bis zu einer Höhe von 2,0 Mio. Euro. Daneben bestehen gemäß Gesellschaftsvertrag der Beteiligung Mithaftungen für die OLB, die dann auftreten, wenn andere Gesellschafter ihren Verpflichtungen zur Leistung von Nachschussszahlungen nicht nachkommen. Soweit Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei. Zudem ist die Oldenburgische Landesbank AG Mitglied des Einlagensicherungsfonds, durch den bis zu einem Höchstbetrag Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern gedeckt werden. Als Mitglied des Einlagensicherungsfonds, der selbst Gesellschafter der oben genannten Beteiligung ist, ist die Oldenburgische Landesbank AG zusammen mit den anderen Mitgliedern des Fonds gesondert haftbar für zusätzliche Kapitaleistungen, maximal in Höhe des unten aufgeführten Jahresbeitrags der Oldenburgische Landesbank AG.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat sich die OLB außerdem verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen. Gemäß gleichen Statuts hat sich die Allianz Deutschland AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von allen Verlusten freizustellen, die durch § 2 Absatz 2 zu Gunsten der Bank entstehen. Diese Erklärung ist unwiderruflich, solange die Allianz Deutschland AG zu der OLB in einer Verbindung gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts steht. § 2 regelt die Aufgabe und den Zweck des Einlagensicherungsfonds. Der Einlagensicherungsfonds hat die Aufgabe, bei drohenden oder bestehenden finanziellen Schwierigkeiten von

Banken, insbesondere bei drohender Zahlungseinstellung, im Interesse der Einleger Hilfe zu leisten, um Beeinträchtigungen des Vertrauens in die privaten Kreditinstitute zu verhüten. Gemäß § 2 Absatz 2 sind zur Durchführung dieser Aufgabe alle zur Hilfeleistung geeigneten Maßnahmen zulässig, und zwar insbesondere Zahlungen an einzelne Gläubiger, Leistungen an Banken, die Übernahme von Garantien oder die Übernahme von Verpflichtungen im Rahmen von Maßnahmen gemäß § 46a KWG.

Für das Jahr 2012 ist von der Oldenburgische Landesbank AG eine Umlage für den Einlagensicherungsfonds und die Entschädigungseinrichtung Deutscher Banken in Höhe von 5,4 Mio. Euro (Vorjahr: 5,3 Mio. Euro) erhoben worden.

Zusätzlich wurden 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) in den Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) eingezahlt.

Für eine weitere Beteiligung besteht eine wieder aufgelebte Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

42 Treuhandgeschäfte

Mio. Euro	2013	2012
Forderungen an Kunden	7,2	10,9
Treuhandvermögen¹	7,2	10,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5,6	8,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1,6	2,9
Treuhandverbindlichkeiten	7,2	10,9

¹ Hierin sind 7,2 Mio. Euro (Vorjahr: 10,9 Mio. Euro) Treuhandkredite enthalten.

Ergänzende Angaben

Zu den Finanzinstrumenten der nachfolgenden Tabelle zählen im Wesentlichen bilanzierte und nicht bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich von IFRS 13. Für diese Finanzinstrumente werden Klassen gebildet, die eine Unterscheidung nach fortgeführten Anschaffungskosten und beizulegenden Zeitwerten als den relevanten Bewertungsmaßstäben von IAS 39 ermöglichen. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden zum Nominalwert bilanziert und werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in den Spalten „bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten“ gezeigt. Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting werden in der Spalte „bilanziert zum Fair Value“ gezeigt. Pro Klasse wird außerdem angegeben, zu welcher Bewertungskategorie die Finanzinstrumente gehören. Die in der Tabelle verwendeten Kürzel haben folgende Bedeutung: LaR = Loans and Receivables; HfT = Held-for-Trading; AfS = Available-for-Sale; FVH = Fair-Value-Hedging Instruments; oL = other Liabilities; k. A. = keine Angabe – kein Finanzinstrument. Für jede Bewertungsklasse von Finanzinstrumenten werden die beizulegenden Zeitwerte den Buchwerten gegenübergestellt und eine Überleitung zu den Posten der Aktiv- und Passivseite der Bilanz vollzogen. Zusätzlich werden die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente in die drei Fair Value-Kategorien gemäß der IFRS Fair Value-Hierarchie eingeordnet.

43 Fair Values und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungsklassen und Bilanzposten und deren Einstufung in die Fair Value-Hierarchie

Aktiva	2013									
	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
			Buchwert	Δ	Fair Value					
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (bilanziert zum Nominalwert)	LaR	312,3	312,3	—	312,3	312,3	312,3	—	—	—
Handelsaktiva	HfT	13,7	—	—	—	13,7	13,7	—	13,7	—
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	HfT	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	5,5	—	—	—	5,5	5,5	—	5,5	—
Positive Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	1,1	—	—	—	1,1	1,1	—	1,1	—
Positive Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	7,1	—	—	—	7,1	7,1	—	7,1	—
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	LaR	628,5	628,5	0,8	629,3	629,3	—	—	—	629,3
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	LaR	10.303,7	10.303,7	627,0	10.930,7	10.930,7	—	—	—	10.930,7
Finanzanlagen	AfS	2.722,4	—	—	—	2.722,4	2.722,4	262,2	2.459,1	1,1
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	AfS	1.184,2	—	—	—	1.184,2	1.184,2	135,3	1.048,9	—
Sonstige Anleihen und Schuldverschreibungen	AfS	1.488,7	—	—	—	1.488,7	1.488,7	78,5	1.410,2	—
Aktien	AfS	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aktien (Stufe 3)	AfS	0,1	—	—	—	0,1	0,1	—	—	0,1
Investmentfonds	AfS	48,4	—	—	—	48,4	48,4	48,4	—	—
Beteiligungen (Stufe 3)	AfS	0,9	—	—	—	0,9	0,9	—	—	0,9
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Stufe 3)	AfS	0,1	—	—	—	0,1	0,1	—	—	0,1
Sachanlagen	k.A.	82,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Immaterielle Vermögenswerte	k.A.	10,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Aktiva	k.A.	75,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Zinsabgrenzung	LaR	35,5	35,5	—	35,5	35,5	—	—	—	35,5
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	3,6	—	—	—	3,6	3,6	—	3,6	—
Sonstige Vermögenswerte	k.A.	36,8	—	—	—	—	—	—	—	—
Ertragsteueransprüche	k.A.	22,4	—	—	—	—	—	—	—	—
Aktive latente Steuern	k.A.	35,1	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe der bilanziellen Aktiva		14.207,8								
davon Finanzinstrumente		14.019,7	11.280,0	627,8	11.907,8	2.739,7	14.647,9	574,5	2.476,4	11.597,0
Loans and Receivables	LaR	11.280,0	11.280,0	627,8	11.907,8	—	11.907,8	312,3	—	11.595,5
Held-for-trading	HfT	13,7	—	—	—	13,7	13,7	—	13,7	—
Available-for-Sale	AfS	2.722,4	—	—	—	2.722,4	2.722,4	262,2	2.459,1	1,1
Fair Value Hedging Instruments	FVH	3,6	—	—	—	3,6	3,6	—	3,6	—

Passiva	2013									
	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
			Buchwert	Δ	Fair Value					
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value
Handelsspassiva	HfT	6,8				6,8	6,8	—	6,8	—
Negative Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	5,2				5,2	5,2	—	5,2	—
Negative Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	1,6				1,6	1,6	—	1,6	—
Negative Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	—				—	—	—	—	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	4.498,5	4.498,5	75,2	4.573,7	4.573,7	4.573,7	—	—	4.573,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	7.806,3	7.806,3	98,9	7.905,2	7.905,2	7.905,2	—	—	7.905,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	579,6	579,6	-11,7	567,9	567,9	567,9	—	—	567,9
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	k. A.	450,9								
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	k. A.	184,7								
Andererückstellungen	k. A.	92,7								
Zinsabgrenzung	oL	38,8	38,8	—	38,8	38,8	38,8	—	—	38,8
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	102,9				102,9	102,9	—	102,9	—
Anderer Verbindlichkeiten	k. A.	31,8								
Ertragsteuerschulden	k. A.	9,2								
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	253,6	253,6	27,4	281,0	281,0	281,0	—	—	281,0
Eigenkapital	k. A.	602,9								
Summe der bilanziellen Passiva		14.207,8								
davon Finanzinstrumente		13.286,5	13.176,8	189,8	13.366,6	109,7	13.476,3	—	109,7	13.366,6
Held-for-trading	HfT	6,8	—	—	—	6,8	6,8	—	6,8	—
Other Liabilities	oL	13.176,8	13.176,8	189,8	13.366,6	—	13.366,6	—	—	13.366,6
Fair Value Hedging Instruments	FVH	102,9	—	—	—	102,9	102,9	—	102,9	—
Außerbilanzielle Positionen (ohne Kategorie)	k. A.	—					0,4	—	—	0,4
Eventualverbindlichkeiten	k. A.	—					-5,1	—	—	-5,1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	k. A.	—					5,5	—	—	5,5

Passiva	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten					2012			
			Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
							Fair Value	Fair Value	Fair Value		
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value			
Handelsaktiva	HfT	10,0				10,0	10,0	—	10,0	—	
Negative Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	8,6				8,6	8,6	—	8,6	—	
Negative Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	1,4				1,4	1,4	—	1,4	—	
Negative Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—	
Negative Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—	
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	—				—	—	—	—	—	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	4.021,6	4.021,6	147,3	4.168,9		4.168,9	—	—	4.168,9	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	8.221,5	8.221,5	149,8	8.371,3		8.371,3	—	—	8.371,3	
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	812,9	812,9	16,1	829,0		829,0	—	—	829,0	
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	k. A.	472,0									
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	k. A.	191,7									
Andererückstellungen	k. A.	59,0									
Zinsabgrenzung	oL	46,1	46,1	—	46,1		46,1	—	—	46,1	
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	152,5				152,5	152,5	—	152,5	—	
Anderer Verbindlichkeiten	k. A.	22,7									
Ertragsteuerschulden	k. A.	7,1									
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	274,3	274,3	30,1	304,4		304,4	—	—	304,4	
Eigenkapital	k. A.	607,1									
Summe der bilanziellen Passiva		14.426,5									
davon Finanzinstrumente		13.538,9	13.376,4	343,3	13.719,7	162,5	13.882,2	—	162,5	13.719,7	
Held-for-trading	HfT	10,0	—	—	—	10,0	10,0	—	10,0	—	
Other Liabilities	oL	13.376,4	13.376,4	343,3	13.719,7	—	13.719,7	—	—	13.719,7	
Fair Value Hedging Instruments	FVH	152,5	—	—	—	152,5	152,5	—	152,5	—	
Außerbilanzielle Positionen (ohne Kategorie)	k. A.	—					—3,8	—	—	—3,8	
Eventualverbindlichkeiten	k. A.	—					—3,4	—	—	—3,4	
Unwiderrufliche Kreditzusagen	k. A.	—					—0,4	—	—	—0,4	

Als Fair Value bezeichnet man den Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Der Fair Value wird am besten durch einen Marktwert ausgedrückt, soweit ein Marktpreis zur Verfügung steht. Zu den Finanzinstrumenten gehören in erster Linie Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Derivate. Für alle Finanzinstrumente wurde die Preisanbindung überprüft. Bei Vorliegen von gehandelten Marktpreisen wurden diese zugrunde gelegt und eine Kategorisierung in Stufe 1 vorgenommen. Bei Verwendung von Preismodellen unter Hinzunahme von im Wesentlichen am Markt beobachtbaren Parametern wurde eine Einordnung in Stufe 2 vorgenommen. Für die Mehrzahl der Finanzinstrumente, hauptsächlich für Kredite, Einlagen und nicht börsengängige Derivate, stehen Marktpreise nicht unmittelbar zur Verfügung, da es keine organisierten Märkte gibt, auf denen diese Instrumente gehandelt werden. Für diese Instrumente erfolgte die Ermittlung des Fair Values unter Anwendung finanzmathematisch anerkannter Bewertungsverfahren mit aktuellen Marktparametern. Zur Anwendung kamen insbesondere die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Der Fair Value ist demnach ein stichtagsbezogener Modellwert, der nur als Indikator für einen beim künftigen Verkauf realisierbaren Wert herangezogen werden kann. Weitere Ausführungen zu Methoden der Messung von mit den Finanzinstrumenten verbundenen Risiken enthält der Risikobericht im Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Adressrisiken.

Täglich fällige Finanzinstrumente. Täglich fällige Finanzinstrumente wurden mit ihrem Nominalwert berücksichtigt. Zu diesen Instrumenten zählen der Kassenbestand sowie Kontokorrentkredite und Sichteinlagen gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Forderungen und Verbindlichkeiten. Für die Ermittlung der Fair Values wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit Nullkuponkurven diskontiert. Die Nullkuponkurven leiten sich direkt aus am Markt beobachtbaren Swapkurven ab. Der Bonität von Kreditnehmern wurde durch eine angemessene Adjustierung der Diskontierungssätze Rechnung getragen. Der Fair Value von Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sowie Verbindlichkeiten der Stufe 3 der Fair Value-Hierarchie wurde durch die Berücksichtigung von Credit Spreads als Verschiebung der Zinskurve bestimmt.

Zinsabgrenzungen. Aktive Zinsabgrenzungen werden in der Kategorie „LaR“ dargestellt, passive in der Kategorie „oL“. Sie stellen keine eigenständigen Finanzinstrumente dar, sondern jeweils einen rechnerischen Teil eines an anderer Stelle ausgewiesenen Finanzinstrumentes. Da es bezüglich der verwendeten Zinssätze keine Schätzunsicherheit gibt, ist die Angabe einer Sensitivität nicht notwendig.

Handelsaktiva/-passiva und Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting. Der Konzern bilanziert Handelsaktiva/-passiva und Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting einschließlich Schuldtiteln, Aktien, derivativen Finanzinstrumenten und Devisengeschäften zum Fair Value. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt. Bei Sicherungsderivaten wurde unterschieden, ob eine Besicherung der Marktwerte vorgenommen wurde. Im besicherten Fall wurden risikolose Overnight-Index-Swap („OIS“-) Kurven für die Diskontierung zugrunde gelegt, im unbesicherten Fall am Bankenmarkt gehandelte Swapkurven, dem Tenor der abgeschlossenen Geschäfte entsprechend.

Wertpapiere. Wertpapiere der Finanzanlagen werden gemäß IAS 39 als „Available-for-Sale-Finanzinstrumente“ klassifiziert und mit dem Fair Value bewertet. Über Preisserviceagenturen wurde auf bestimmte Plattformen zugegriffen, auf denen Broker ihre Kurse veröffentlichen. Lagen gehandelte Kurse von mindestens drei Brokern vor, wurde ein Durchschnittswert gebildet und dieser als Preisquotierungen in Stufe 1 herangezogen. Lagen nicht mindestens drei verschiedene Broker-Kurse vor, wurde ein Durchschnittswert gebildet und dieser als Preisquotierungen in Stufe 2 herangezogen. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt. Aktien, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen der Stufe 3 werden nicht an aktiven Märkten gehandelt. Sie sind mit 2,1 Mio. Euro von untergeordneter Bedeutung. Der Fair Value ist nicht verlässlich ermittelbar, daher erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten.

Langfristige Verbindlichkeiten. Die Bewertung von Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangigen Verbindlichkeiten wird auf der Basis quotierter Marktpreise vorgenommen, sofern diese vorhanden sind, und berücksichtigt verschiedene Faktoren, unter anderem die aktuellen Marktzinsen und das Kreditrating des Konzerns. Für die Ermittlung der Fair Values wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit Nullkuponkurven diskontiert. Die Nullkuponkurven leiten sich direkt aus am Markt beobachtbaren Swapkurven ab. Dem Kreditrating des Konzerns wurde durch eine angemessene Adjustierung der Diskontierungssätze Rechnung getragen. Der Fair Value wurde durch die Berücksichtigung von Credit Spreads als Verschiebung der Zinskurve bestimmt. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt.

Außerbilanzielle Positionen. Diese Positionen gehören zu keiner Kategorie gemäß IAS 39. Avale sind Eventualverbindlichkeiten, die bei Ziehung in Forderungen resultieren. Hierfür ergibt sich der Fair Value aus den diskontierten erwarteten Zahlungsströmen bei Inanspruchnahme unter Berücksichtigung von Sicherheiten. Als Zeitpunkt der erwarteten Inanspruchnahme werden drei Jahre angenommen, es sei denn, eine abweichende Annahme erscheint sachgerecht. Die Diskontierung erfolgt mit einem durchschnittlichen 3-Jahres-Zinssatz für erstklassige Unternehmensanleihen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden mit einer Ziehungs- und Ausfallwahrscheinlichkeit bemessen, die sich aus den internen Risikovororgemodellen ergibt. Zur Bemessung des Zinsänderungsrisikos bei Zinszusagen im Rahmen einer unwiderruflichen Kreditzusage wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit Nullkuponkurven diskontiert.

Transfer von Finanzinstrumenten. Zum Ende des Jahres 2013 hat das Institut der Deutschen Wirtschaftsprüfer (IDW) eine neue, bindende Interpretation des IFRS 13 veröffentlicht („IDW RS HFA 47“). Bei Nutzung von Preisinformationen, die von Dritten zur Verfügung gestellt werden, verlangt HFA 47, dass Mischpreise grundsätzlich in Stufe 2 der Fair-Value-Hierarchie einzuordnen sind und nur Einzelpreisquotierungen für Einordnung in Stufe 1 qualifizieren. Da der OLB-Konzern im Rahmen des branchenüblichen Vorgehens Mischpreise von Preisserviceagenturen nutzt, erfolgte auf Basis der Interpretation des HFA 47 ein Transfer von 1,4 Mrd. Euro an festverzinslichen Wertpapieren von Stufe 1 in Stufe 2.

Wertminderungsaufwand. Die Höhe des Wertminderungsaufwandes für Handelsaktiva ist in den Notesangaben zum Handelsergebnis ausgewiesen. Wertminderungsaufwand für Finanzanlagen ist aus den Notesangaben im Ergebnis aus Finanzanlagen und im Kumulierten Bewertungseffekt aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten im „Sonstigen Ergebnis“ ersichtlich. Die Wertminderungen für Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute spiegeln sich in der Notesangabe zur Risikovororgemodellierung wider. Nettoergebnisse für die betroffenen Klassen von Finanzinstrumenten finden sich hier ebenso wieder.

44 Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Allianz Deutschland AG hält rund 90,2 % (Vorjahr: 90,2 %) der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG. Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang dieser Transaktionen ist im Folgenden dargestellt, wobei im Rahmen der Konzernkonsolidierung eliminierte Transaktionen nicht Bestandteil der Darstellung sind. Bei den nahestehenden Personen handelt es sich um Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Oldenburgische Landesbank AG und der übergeordneten Gesellschaften Allianz Deutschland AG und Allianz SE sowie deren nahen Familienangehörige. Als Personen in Schlüsselpositionen werden Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG angesehen. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der übergeordneten Gesellschaften werden unter Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen mit einbezogen. Bei den nahestehenden Unternehmen handelt es sich um nichtkonsolidierte Tochterunternehmen der Oldenburgische Landesbank AG (unter Tochterunternehmen ausgewiesen), Unternehmen, bei denen Aufsichtsratsmitglieder der Bank eine Position in der Geschäftsleitung bekleiden, die Mehrheitsgesellschafterin Allianz Deutschland AG (unter Mutterunternehmen ausgewiesen) sowie andere Konzerngesellschaften der Allianz unter dem Dach der Allianz SE.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2013	2012
Forderungen an Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	4,0	0,3
Tochterunternehmen	0,2	0,4
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	5,8	20,2
Sonstige Aktiva		
Mutterunternehmen	10,5	12,4
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	30,9	25,8
Forderungen insgesamt	51,4	59,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	0,6	0,5
Tochterunternehmen	0,2	0,2
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	121,3	133,7
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten		
Mutterunternehmen	1,5	1,6
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	4,5	8,9
Verbindlichkeiten insgesamt	128,1	144,9

Bei den oben genannten Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden handelt es sich um Geldmarkttransaktionen, Kredite und Einlagen sowie um Refinanzierungsgelder. Die Forderungen gegenüber Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG sind nahezu vollständig grundpfandrechtlich besichert. Forderungen gegenüber den Mutterunternehmen und den Tochterunternehmen sind aufgrund des Konzernverbundes nicht besichert. Für Forderungen gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen und Personen wurden der Bank Sicherheiten i. H. v. 15,2 Mio. Euro (Vorjahr: 39,9 Mio. Euro) gestellt. Für Verbindlichkeiten wurde keine Besicherung gegeben. Daneben existierten zum 31. Dezember 2013 Avalkredite zu Gunsten sonstiger nahe stehender Unternehmen und Personen in Höhe von 22,5 Mio. Euro (Vorjahr: 24,1 Mio. Euro). Außerdem wurden Dienstleistungs-, Wertpapier-, Devisenhandels- und Zinstermingeschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt.

Im Rahmen der Ergebnisrechnung schlugen sich diese Geschäfte gemäß folgender Tabelle nieder:

Mio. Euro	2013	2012
Zinsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	0,1	—
Mutterunternehmen	-0,1	-0,3
Tochterunternehmen	—	—
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	—	-0,3
Provisionsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	—	—
Tochterunternehmen	2,4	2,3
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	18,8	19,8
Sachaufwand		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	-5,9	-8,4
Tochterunternehmen	—	—
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	-10,4	-14,8
Übrige Erträge und Erträge aus dem Ausgleich des Restrukturierungsaufwands		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	107,5	39,9
Tochterunternehmen	0,3	0,3
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	—	0,2
Ergebnis Gesamt	112,7	38,7

Die Oldenburgische Landesbank AG etablierte zum 1. Juni 2009 mit der Allianz Bank ein neues Geschäftssegment. Die Allianz Bank ist eine Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG in der Gesamtverantwortung des OLB-Vorstands. Zwischen der Oldenburgische Landesbank AG und der Allianz Deutschland AG wurde vereinbart, dass die Allianz Deutschland AG die Verluste der Allianz Bank auszugleichen hat. Diese Vereinbarung gilt bis einschließlich 31. Dezember 2014.

Im Januar 2013 wurde beschlossen, die Geschäftstätigkeit der Allianz Bank mit Zieltermin 30.06.2013 einzustellen; gewisse Produkte werden allerdings aufgrund ihrer längeren Laufzeit über diesen Zeitpunkt fortzuführen sein. Die Kosten der vorzeitigen Einstellung der Geschäftstätigkeit sind unter der bestehenden Verlustübernahmevereinbarung von der Allianz Deutschland AG zu tragen.

Daneben wurde für bestimmte Kundengruppen aus dem Bereich Allianz Bank, die künftig unter der Marke „Oldenburgische Landesbank“ fort betreut werden, vereinbart, dass auch das Neugeschäft mit diesen Kunden unter die Verlustübernahme fällt.

Im Rahmen der Ergebnisrechnung sind 146,3 Mio. Euro Erträge (Vorjahr: 92,6 Mio. Euro) und 33,5 Mio. Euro Aufwendungen (Vorjahr: 53,8 Mio. Euro) für Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen angefallen. Bei den Erträgen handelt es sich insbesondere um den Ausgleich des Verlustes aus dem laufenden Geschäft der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG sowie um Provisionen von Konzerngesellschaften der Allianz für die Vermittlung und Bestandsführung von Fonds- und Versicherungsprodukten. Bei den Aufwendungen handelt es sich insbesondere um Restrukturierungsaufwendungen im Rahmen der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank. Die Konditionen und Bedingungen für das Zins- und Provisionsgeschäft, einschließlich der Besicherung, sowie der konzerninternen Leistungsverrechnungen entsprechen marktüblichen Usancen.

Zur Freistellungserklärung der Allianz Deutschland AG zu Gunsten der Oldenburgische Landesbank AG gegenüber dem Bundesverband deutscher Banken e.V. verweist die Bank auf die Ausführungen im Abschnitt Sonstige Finanzielle Verpflichtungen.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2013 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 425 Tsd. Euro (Vorjahr: 430 Tsd. Euro), die per 31.12.2013 mit 24 Tsd. Euro (Vorjahr: 21 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen jeweils bei 6,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 60 Tsd. Euro (Vorjahr: 75 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,5 Tsd. Euro) ausgenutzt. Darlehenszusagen und Avalkreditzusagen an Mitglieder des Vorstands bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2013 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionslinien beträgt insgesamt 309 Tsd. Euro (Vorjahr: 241 Tsd. Euro), die per 31.12.2013 mit 129 Tsd. Euro (Vorjahr: 14 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 2,71 % und 8,49 %. Daneben bestanden Avalkredite in Höhe von 6 Tsd. Euro (Vorjahr: 47 Tsd. Euro), für die Avalprovision von 3,25 % gezahlt wurde. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.927 Tsd. Euro (Vorjahr: 730 Tsd. Euro), die per 31.12.2013 mit 3.863 Tsd. Euro (Vorjahr: 640 Tsd. Euro), in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,45 % und 6,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 125 Tsd. Euro (Vorjahr: 127 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 3 Tsd. Euro (Vorjahr: 4 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Die Vergütung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2013 betrug 2,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3,6 Mio. Euro). Hierin enthalten sind RSU mit einem Zeitwert von insgesamt 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1,5 Mio. Euro). Zum 31.12.2013 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 5.756 Stück SAR sowie 29.567 Stücke RSU. Am 31. Dezember 2013 betrug der versicherungsmathematische Barwert auf Basis IFRS der Pensionsverpflichtungen für die Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro). Der Aufwand für Pensionsverpflichtungen betrug 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro). Die Vergütungsbestandteile nach Kategorien sind in folgender Tabelle aufgeführt:

Mio. Euro	2013	2012
kurzfristig fällige Leistungen	1,9	1,9
andere langfristig fällige Leistungen	0,2	0,2
anteilsbasierte Vergütung	0,6	1,5
Summe	2,7	3,6
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	—	—
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	—	0,4

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene hat die OLB 1,1 Mio. Euro gezahlt (Vorjahr: 1,3 Mio. Euro). Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für diesen Personenkreis betrug 19,3 Mio. Euro (Vorjahr: 20,3 Mio. Euro).

Die Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2013 betrug 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro). Es handelt sich jeweils um kurzfristig fällige Leistungen.

Ein individualisierter Ausweis der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats findet sich im Konzernlagebericht.

45 Aktienbezogene Vergütung

Aktienkaufpläne für Mitarbeiter. Allianz SE Aktien werden auch berechtigten Mitarbeitern des OLB-Konzerns innerhalb vorgegebener Frist zu vergünstigten Konditionen angeboten. Um teilnahmeberechtigt zu sein, müssen Mitarbeiter grundsätzlich mindestens sechs Monate vor dem Aktienangebot ununterbrochen in einem ungekündigten Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis beschäftigt gewesen sein; außerdem unterliegt der Kauf Einschränkungen bezüglich des Betrages, den Mitarbeiter in den Aktienkauf investieren können. Die Anzahl der durch diese Angebote ausgegebenen Aktien im OLB-Konzern belief sich im Geschäftsjahr auf 20.598 Stück (Vorjahr: 29.048 Stück); der Unterschiedsbetrag zwischen Ausübungs- und Marktpreis in Höhe von 0,2 Mio. Euro für 2013 (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) wurde unter dem Personalaufwand ausgewiesen.

Group-Equity-Incentive-Pläne. Die Group-Equity-Incentive-Pläne (GEI-Pläne) des OLB-Konzerns unterstützen die Ausrichtung des Top-Managements, insbesondere des Vorstands, auf die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes. Bis 2010 umfassen die GEI virtuelle Optionen (Stock Appreciation Rights, SAR) und virtuelle Aktien (Restricted Stock Units, RSU). Ab der Gewährung im Jahr 2011 ersetzt der Allianz Equity-Incentive-Plan (AEI) die GEI-Pläne. Im AEI-Plan werden den Planteilnehmern nur noch virtuelle Aktien (Restricted Stock Units) gewährt.

Stock-Appreciation-Rights-Pläne. Die SAR, die einem Planteilnehmer gewährt wurden, verpflichten den OLB-Konzern in Bezug auf jedes gewährte Recht, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Allianz Aktie am Tag der Ausübung und dem Referenzkurs als Barzahlung zu leisten. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Referenzkurses begrenzt. Der Referenzkurs entspricht dem Durchschnitt der Schlusskurse der Allianz SE Aktie an den zehn Börsentagen, die im Ausgabejahr der Bilanzpressekonferenz der Allianz SE folgen. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden und verfallen nach sieben Jahren. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren, und sie verfallen ebenfalls nach sieben Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist können die SAR vom Planteilnehmer ausgeübt werden, sofern folgende Marktbedingungen erfüllt sind:

1. die relative Kursentwicklung der Allianz SE Aktie hat während der Laufzeit die Entwicklung des Dow Jones Europe STOXX Price Index mindestens einmal für einen Zeitraum von fünf aufeinanderfolgenden Börsentagen übertroffen und
2. der Aktienkurs der Allianz SE übersteigt den Referenzkurs bei Ausübung um mindestens 20 %.

Darüber hinaus werden SAR vor dem Ablauf der Sperrfrist unter der Voraussetzung, dass die genannten Marktbedingungen erfüllt sind, durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die am letzten Tag des Plans nicht ausgeübten Rechte werden automatisch ausgeübt, sofern die oben genannten Bedingungen erfüllt sind. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind oder ein Teilnehmer des Plans aus dem Beschäftigungsverhältnis zum OLB-Konzern ausgeschieden ist, verfallen die Rechte.

Der Zeitwert der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung wird mittels eines Cox-Rubinstein binomialen Optionsbewertungsmodells bestimmt. Die Volatilität wird aus beobachtbaren historischen Marktpreisen abgeleitet. Sind bezüglich des Ausübungsverhaltens der SAR keine historischen Informationen verfügbar (vor allem die Pläne, die von 2006 bis 2008 ausgegeben wurden, sind nicht im Geld), wird angenommen, dass die erwartete Laufzeit der Zeit bis zum Verfall der SAR entspricht.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

	2013	2012	2011	2010	2009
Erwartete Volatilität in %	—	—	—	29,0	60,0
Risikofreier Zinssatz in %	—	—	—	2,7	2,6
Erwartete Dividendenrendite in %	—	—	—	5,6	6,2
Aktienkurs in Euro	—	—	—	88,09	55,19
Erwartete Laufzeit in Jahren	—	—	—	7	7

In den Jahren 2011 bis 2013 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die SAR werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der SAR periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. Nach Ablauf der Sperrfrist werden jegliche Änderungen des Zeitwertes der nicht ausgeübten Rechte als Personalaufwand erfasst. In dem zum 31. Dezember 2013 endenden Geschäftsjahr belief sich der gesamte Personalaufwand im Zusammenhang mit den nicht ausgeübten Rechten auf 12 Tsd. Euro (Vorjahr: 64 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2013 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausgeübten SAR eine Rückstellung in Höhe von 792 Tsd. Euro (Vorjahr: 413 Tsd. Euro). Im Jahr 2013 sind 12.471 Stücke verfallen.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der SAR dar:

	Anzahl	Davon ausübbar	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in Euro	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert am Bewertungsstichtag in Euro	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren
Bestand zum 31. Dezember 2011	66.343	—	111,55	2,55	2,5
Gewährt	—	—	—	—	—
Ausgeübt	—	—	—	—	—
Verfallen	-15.925	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2012	50.418	—	117,46	9,99	2,2
Gewährt	—	—	—	—	—
Ausgeübt	-2.564	—	120,00	—	—
Verfallen	-12.471	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2013	35.383	—	116,93	10,43	1,8

Restricted-Stock-Units-Pläne. Durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU ist der OLB-Konzern verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Börsenkurs der Allianz SE Aktie in den zehn Handelstagen, die dem Ablauf der Sperrfrist vorausgehen, entsprechende Barzahlung zu leisten oder für jedes gewährte Recht eine Allianz SE Aktie oder ein anderes gleichwertiges Eigenkapitalinstrument auszugeben. Die RSU haben eine Sperrfrist von fünf Jahren. Der OLB-Konzern übt die RSU am ersten Handelstag nach Ablauf ihrer Sperrfrist aus. Am Ausübungstag kann der OLB-Konzern die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus werden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet. Die RSU sind virtuelle Aktien ohne Berücksichtigung von Dividendenzahlungen. Die Berechnung des Zeitwertes erfolgt durch Subtraktion der Barwerte der erwarteten künftigen Dividendenzahlungen vom jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der RSU zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

%	2013	2012	2011	2010
Durchschnittlicher Zinssatz	—	—	—	1,40
Durchschnittlicher Dividendenertrag	—	—	—	5,50

In den Jahren 2011 bis 2013 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die RSU werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2013 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit den nicht ausübaren RSU stehende Personalaufwand auf 102 Tsd. Euro (Vorjahr: 166 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2013 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausübaren RSU eine Rückstellung in Höhe von 943 Tsd. Euro (Vorjahr: 948 Tsd. Euro).

Allianz Equity-Incentive-Plan. Ab dem Gewährungsjahr 2011 ersetzt der AEI-Plan die GEI-Pläne.

Aufgrund der neuen Vergütungsstruktur, die seit dem 1. Januar 2010 gültig ist, werden die RSU 2014 als den Teilnehmern gewährte Vergütung für das Jahr 2013 angesehen.

Der OLB-Konzern ist durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Aktienkurs der Allianz SE Aktie am Ausübungstag und den vorangehenden neun Handelstagen entsprechende Barzahlung zu leisten oder jede virtuelle Aktie in eine Allianz SE Aktie umzutauschen. Die Auszahlung ist begrenzt und entspricht maximal einem 200 %-igen Aktienkursanstieg über dem Ausgabekurs.

Die RSU innerhalb des AEI-Plans unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. Die Freigabe der RSU erfolgt am letzten Tag der Sperrfrist. Der OLB-Konzern kann die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus werden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die RSU sind virtuelle Aktien ohne Dividendenauszahlung, die einer Auszahlungsbeschränkung unterliegen. Der Zeitwert ermittelt sich aus dem jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag abzüglich der Barwertsumme der bis zur Fälligkeit erwarteten künftigen Dividendenzahlungen und des Zeitwertes der Auszahlungsbeschränkung. Die Auszahlungsbeschränkung wird als Europäische Short Call Option auf Basis aktueller Marktdaten am Bewertungstag bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der RSU zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

	2014	2013
Aktienkurs in Euro	124,55	110,40
Durchschnittlicher Dividenertrag in %	4,40	4,60
Durchschnittlicher Zinssatz in %	0,51	0,47
Erwartete Volatilität in %	20,60	20,90

Die RSU 2014 werden als den Teilnehmern gewährte Vergütung für das Jahr 2013 angesehen. Folglich basieren die Annahmen für die im März 2014 ausgegebenen RSU auf bestmöglicher Schätzung.

Die RSU innerhalb der neuen Vergütungsstruktur werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über den Erdienungszeitraum von einem Jahr und anschließend über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2013 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit der RSU Komponente des AEI-Plans stehende Personalaufwand auf 887 Tsd. Euro (Vorjahr: 659 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2013 bildete der OLB-Konzern für diese RSU eine Rückstellung in Höhe von 2.783 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.242 Tsd. Euro).

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der RSU dar:

	Anzahl	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert in Euro	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in Euro
Bestand zum 31. Dezember 2011	30.405	64,06	—
Gewährt	11.316	90,42	—
Ausgeübt	-5.591	—	90,01
Konzernversetzung	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2012	36.130	95,02	—
Gewährt	19.742	—	—
Ausgeübt	-3.849	—	104,65
Konzernversetzung	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2013	52.023	—	—

Der im Berichtsjahr erfasste Gesamtaufwand betrug für die aktienbezogene Vergütung 1.247 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.128 Tsd. Euro), der Gesamtbuchwert der Schulden lag zum Bilanzstichtag bei 4.518 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.603 Tsd. Euro) und der Innere Wert der Schulden betrug 7.484 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.694 Tsd. Euro).

Mio. Euro	2013	2012
Abschlussprüfungsleistungen	0,8	1,1
Andere Bestätigungsleistungen	2,1	0,3
Gesamt	2,9	1,4

46 Honorare für Abschlussprüfer

- 47 Marktpreis-
änderungsrisiken** Für die Marktrisiken des Handelsbuches und des Nichthandelsbuches verweist die Bank aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts auf Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Marktpreisänderungsrisiken.
- 48 Kreditrisiko-
konzentration** Für die Kreditrisikokonzentration verweist die Bank aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts auf Kapitel Definition der Risikoarten unter Konzentrationsrisiken.

49 Anteilsbesitzliste

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Periodenergebnis	Periodenergebnis
	%	31.12.2013	1.1.–31.12.2013	1.1.–31.12.2012
		Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg	100,00	8,16	-0,16	0,32
Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster	100,00	8,55	0,65	0,55
OLB-Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
AGI-Fonds Ammerland ¹	100,00	k. A.	4,90	8,03
AGI-Fonds Weser-Ems ¹	100,00	k. A.	1,24	2,60

¹ Von der Allianz Global Investors, Frankfurt am Main verwaltet

Die Angabe der Anteilsbesitzliste stellt eine Zusatzangabe dar, die nach HGB erforderlich ist. Die Werte entstammen der Rechnungslegung nach IFRS.

Mit folgenden Tochtergesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge:

- OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg
- OLB-Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg

Neben der Oldenburgische Landesbank AG mit Sitz in 26122 Oldenburg, Stau 15/17 – eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Oldenburg unter der Nummer HRB 3003 – werden in den Konzernabschluss – wie in Note (1) beschrieben – die in der Anteilsbesitzliste genannten Unternehmen und Spezialfonds einbezogen. Hiervon ausgenommen ist die OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg und die OLB-Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

50 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die OLB 2.619 (Vorjahr: 2.814) Mitarbeiter. Sie verteilen sich wie folgt:

Anzahl	2013	2012
Mitarbeiter Vollzeit (Durchschnitt)		
weiblich	796	879
männlich	1.131	1.234
Mitarbeiter Teilzeit (Durchschnitt)		
weiblich	653	668
männlich	39	33
Mitarbeiter insgesamt	2.619	2.814

Am 31. Dezember 2013 betrug die Zahl der Mitarbeiter 2.445 (Vorjahr: 2.785), daneben waren 236 Auszubildende, davon 124 weiblich (Vorjahr: 229/135) im OLB-Konzern tätig.

Die von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 Aktiengesetz abzugebende Erklärung zur Einhaltung der Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wurde abgegeben und ist den Aktionären dauerhaft im Internet unter www.olb.de im Bereich Investor Relations (Pfad: www.olb.de/dieolb/2626.php) zugänglich.

51 **Corporate Governance**

Für das Geschäftsjahr 2013 ergibt sich nach HGB ein maßgeblicher Jahresüberschuss von 4,7 Mio. Euro. Da es keine Vorträge oder Veränderungen der Rücklagen gibt, entspricht dies dem Bilanzgewinn. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 28. Mai 2014 vorgeschlagen werden, für das Geschäftsjahr 2013 eine Dividende in Höhe von 0,10 Euro je Stückaktie auszuschütten und 2,4 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

52 **Dividendenzahlung**

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 6. März 2014 durch den Gesamtvorstand der Oldenburgische Landesbank AG zur Veröffentlichung freigegeben. Bis zu diesem Datum können Ereignisse nach dem Bilanzstichtag Berücksichtigung finden. Änderungen des Konzernabschlusses können danach gemäß § 173 AktG nur noch durch Beschluss der Hauptversammlung vorgenommen werden.

53 **Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung**

Oldenburg, 6. März 2014
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Dr. Achim Kassow
Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Jörg Höhling



Karin Katerbau



Hilger Koenig

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Oldenburg, 6. März 2014
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Dr. Achim Kassow

Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Jörg Höhling



Karin Katerbau



Hilger Koenig

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft, Oldenburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

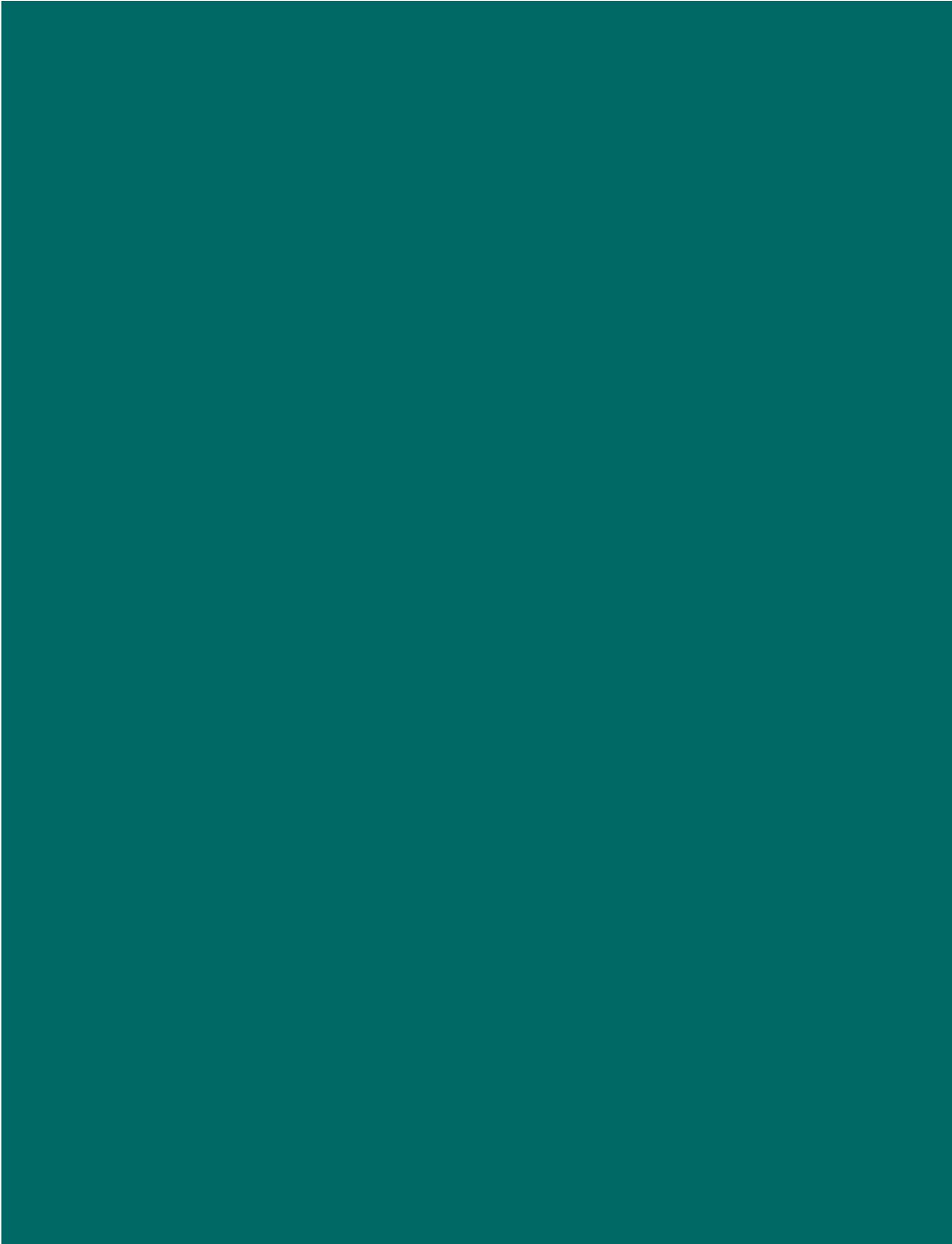
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 12. März 2014
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

König
Wirtschaftsprüfer

Olschewski
Wirtschaftsprüfer



WEITERE INFORMATIONEN

Mandate der Organmitglieder	152
Beirat	154
Bericht des Aufsichtsrats	158
Glossar	164
Impressum	168

Mandate der Organmitglieder

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Bernd W. Voss

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekleideten die aufgeführten Mandate.

Andree Moschner

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München; Vorsitzender des Vorstands der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, München

Uwe Schröder

Stellvertretender Vorsitzender (seit 5. Juni 2013)

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Dr. Werner Brinker

Vorsitzender des Vorstands der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

Konzernmandate:

- EWE Vertrieb GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- EWE TEL GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- swb AG, Bremen (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Werder Bremen GmbH & Co. KG aA, Bremen

Konzernmandate:

- EWE Turkey Holding A. S., Türkei

Claas E. Daun (bis 5. Juni 2013)

Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. Aktiengesellschaft, Rastede

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach (Vorsitzender)

Konzernmandate:

- KAP Beteiligungs-AG, Stadtallendorf (Vorsitzender)
- Mehler AG, Fulda (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Steinhoff International Holdings Ltd., Johannesburg/Südafrika
- Zimbabwe Spinners & Weavers Ltd., Harare/Simbabwe

Carsten Evering (bis 5. Juni 2013)

Filialleiter, Oldenburgische Landesbank AG, Friesoythe und Gehlenberg

Prof. Dr. Andreas Georgi

Consultant, Starnberg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Asea Brown Boveri AG, Mannheim
- Rheinmetall AG, Düsseldorf

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück (stellv. Vorsitzender)

Svenja-Marie Gnida (seit 5. Juni 2013)

Filialleiterin, Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück

Manfred Karsten (bis 5. Juni 2013)

Stellvertretender Vorsitzender (bis 4. Juni 2013)

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg; stellv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats (bis 31. Oktober 2013)

Stefan Lübbe

Direktor und Mitglied der Geschäftsleitung Region Oldenburg-Süd, Oldenburgische Landesbank AG, Cloppenburg

Dr. Thomas Naumann (bis 5. Juni 2013)

Mitglied des Vorstands der Allianz Asset Management AG, München

Prof. Dr. Petra Pohlmann (seit 5. Juni 2013)

Professorin an der WWU, Münster

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Allianz Versicherungs-AG, München

Horst Reglin

Gewerkschaftssekretär der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt, Oldenburg
- Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg

Rainer Schwarz

Aufsichtsratsmitglied der Oldenburgische Landesbank AG, München

Carl-Ulfert Stegmann (seit 5. Juni 2013)

Alleinvorstand der AG Reederei Norden-Frisia, Norderney

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Wyker Dampfschiffsreederei Föhr-Amrum GmbH, Wyk auf Föhr

Jörg Thöle (bis 5. Juni 2013)

Kundenbetreuer, Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück; Vertreter des Deutschen Bankangestellten Verbands

Gabriele Timpe (seit 5. Juni 2013)

Kundenberaterin, Oldenburgische Landesbank AG, Läden

Christine de Vries (seit 5. Juni 2013)

Organisatorin Prozesse und Projekte, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands bekleideten die aufgeführten Mandate.

Dr. Achim Kassow

Vorsitzender des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

Konzernmandate:

- AllSecur Deutschland AG (seit 1. Oktober 2013)

Jörg Höhling

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Karin Katerbau

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Dr. Thomas Bretzger

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (stellv. Vorsitzender)
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (stellv. Vorsitzender)

Beirat

Dr. Carl Ulfert Stegmann – Vorsitzender

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft Reederei Norden-Frisia, Norderney

Dr. Maria Apel – stellv. Vorsitzende

Komplementärin der Pöppelmann GmbH & Co. KG, Lohne

Werner zu Jeddelloh – stellv. Vorsitzender

Geschäftsführer der BÜFA GmbH & Co. KG, Oldenburg

Manfred Adrian

Verleger der Wilhelmshavener Zeitung, Wilhelmshaven

Prof. Dr. Heinz-W. Appelhoff

Gesellschafter der Treuhand Oldenburg GmbH, Oldenburg

Christian Basse

Geschäftsführender Gesellschafter SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG, Norden

Harald Beenen

Geschäftsführer der H. Beenen Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG, Aurich

Dr. Jan Bernd Berentzen

Geschäftsführender Gesellschafter der Berentzen Mally Marketing plus Services GmbH, Greven

Clemens van den Berg

Gesellschafter der van den Berg GmbH & Co. KG, Lingen

Dr. Fritz Blume

Privatier, Jever

Dr. Franz J. Bönkhoff

Gesellschafter der Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterkanzlei Dr. Bönkhoff & Partner, Oldenburg

Dr. Bernhard Brons

Vorstand der Reederei Aktien-Gesellschaft „EMS“, Emden

Heiner Bröring

Ehem. Geschäftsführer der H. Bröring GmbH und Co. KG, Dinklage

Heinz Buse

Inhaber und Geschäftsführer der Heinz Buse Unternehmensgruppe, Leer

Philip Freiherr von dem Bussche

Sprecher des Vorstands der KWS SAAT AG und Landwirt, Einbeck

Dr. Markus Connemann

Geschäftsführer der Hammerlit GmbH, Leer

Claas E. Daun

Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

Stefan Delkeskamp

Geschäftsführer der Delkeskamp Verpackungswerke GmbH, Nortrup

Manfred-Wilhelm Göddeke

Geschäftsführer i. R. der Rhein-Umschlag GmbH & Co. KG, Oldenburg

Isabel Hüppe

Rechtsanwältin, Großenkneten-Huntlosen

Heinz Josef Imsiecke

Verleger der Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg

Tido Graf zu Inn- und Knyphausen

Selbstständig in den Bereichen Land- u. Forstwirtschaft, Erneuerbare Energien, Tourismus und Golf, Lütetsburg

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Kaminski

Institutsdirektor und Geschäftsführer des Instituts für Ökonomische Bildung, Oldenburg

Hans-Dieter Kettwig

Vorstandsvorsitzender der Aloys-Wobben-Stiftung, Aurich

Jörg-Peter Knochen

Ehem. Geschäftsführender Gesellschafter der Oldenburgische Volkszeitung Druckerei und Verlag KG, Vechta

Michael Koch

Vorstand der Kaffee-Partner Leasing AG, Osnabrück

Reinhard Köser

Verleger der Nordwest-Zeitung, Oldenburg

Dr. Dieter Köster

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Köster Holding AG, Osnabrück

Angela Krüger-Steinhoff

Geschäftsführerin der Steinhoff Familienholding GmbH, Westerstede

Dr. Andreas Kühnl

Geschäftsführer der H. Kemper GmbH & Co. KG, Nortrup

Friedrich-Wilhelm Freiherr von Landsberg-Velen

Geschäftsführender Gesellschafter vom Ferienzentrum Schloss Dankern GmbH, Haren

Hermann Lanfer

Geschäftsführender Gesellschafter der Lanfer Logistik GmbH, Meppen

Johannes van der Linde

Geschäftsführender Gesellschafter der LUDWIG FREYTAG GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Oldenburg

Dirk Lütvogt

Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Lütvogt GmbH & Co. KG, Wagenfeld

Peter Mager

Steinfeld

Bernd Meerpohl

Vorsitzender des Vorstands der Big Dutchman AG, Vechta

Bernard Meyer

Geschäftsführer der MEYER-WERFT GmbH, Papenburg

Konsul Friedrich A. Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter der F.A. Meyer Beteiligungs-GmbH, Wilhelmshaven

Harald Müller

Geschäftsführender Gesellschafter der Erwin Müller Gruppe Lingen, Lingen

Markus Müller

Generalintendant des Oldenburgischen Staatstheaters, Oldenburg

Eske Nannen

Geschäftsführerin der Kunsthalle Emden Stiftung Henri und Eske Nannen und Schenkung Otto van de Loo, Emden

Holger Neumann

Geschäftsführer der Pallas Group, Diepholz

Dieter Niederste-Hollenberg

Vorsitzender des Aufsichtsrats der BauKing AG, Hannover

Fritz-Dieter Nordmann

Geschäftsführender Gesellschafter der Nordmann Unternehmensgruppe, Wildeshausen

Peter Pickel

Geschäftsführender Gesellschafter der August Pickel GmbH & Co. KG, Oldenburg

Christian Rauffus

Geschäftsführender Gesellschafter der Rügenwalder Wurstfabrik Carl Müller GmbH & Co. KG, Bad Zwischenahn

Hubert Rothärmel

Mitglied des Kuratoriums der Neumüller CEWE COLOR Stiftung, Oldenburg

Klaus Rücker

Geschäftsführender Gesellschafter der Rücker-Gruppe, Aurich/Wismar

Dr. Heiko Sanders

Mitglied des Vorstands der EWE AG, Oldenburg

Ralf Schu

Geschäftsführer der Papier- u. Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG, Varel

Dirk Schulte Strathaus

Verleger des Delmenhorster Kreisblatt, Delmenhorst

Herbert Siedenbiedel

Geschäftsführer der Nordwest Medien GmbH & Co. KG, Oldenburg

Prof. Dr. Babette Simon

Präsidentin der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg

Carl Ulfert Stegmann

Vorstand der Aktiengesellschaft Reederei Norden-Frisia, Norderney

Franz Thiele jun.

Geschäftsführer der Thiele & Freese GmbH & Co. KG, Emden

Harald Vogelsang

Geschäftsführer der Hugo Vogelsang Maschinenbau GmbH, Essen (Oldb.)

Heidi Gräfin von Wedel

Wilhelmshaven

Manfred Wendt

Sprecher der Geschäftsführung der Johann Bunte Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Papenburg

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstands der PHW-Gruppe, Visbek

Dr. Aloys Wobben

Geschäftsführer der ENERCON GmbH, Aurich

Roland Zerhusen

Geschäftsführer der ZERHUSEN Kartonagen GmbH, Damme

Durch Tod verloren wir

Aus dem Kreis der Aktiven

Ursula Jastram-Köllner
gest. 16. Juni 2013

Peter Schröder
gest. 9. Juni 2013

Aus dem Kreis der Pensionäre

Friedrich Ackermann
gest. 24. Juni 2013

Hermann Hermes
gest. 3. Februar 2013

Gerold Kathmann
gest. 19. Dezember 2013

Hildegard Koch
gest. 11. Oktober 2013

Albert Krüger
gest. 12. Juli 2013

Dieter Niggemann
gest. 16. Januar 2014

Klaus Prieber
gest. 28. September 2013

Monika Rabe
gest. 11. Oktober 2013

Adam Schneider
gest. 24. Januar 2014

Gotthard Schroeter
gest. 21. Februar 2014

Rolf Tempel
gest. 4. Februar 2013

Gerhard Vogel
gest. 28. Dezember 2013

Evelyn Weber
gest. 23. April 2013

Hans-Günther Wessels
gest. 14. November 2013

Herbert Willms
gest. 13. Juni 2013

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtsjahr laufend überwacht, beriet den Vorstand bei der Leitung des Instituts und war bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Die Organisation der Tätigkeit und die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt.

Überblick

Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig vom Vorstand über den Gang der Geschäfte sowie über die Lage und die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) und ihrer Tochtergesellschaften unterrichtet. Wir ließen uns auch über die strategische Ausrichtung, wesentliche geschäftliche Ereignisse und die Risikosituation informieren. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014. Uns wurden auch Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von früher berichteten Zielen dargelegt; die hierfür genannten Gründe wurden von uns nachvollzogen. Auf Grundlage der schriftlichen Berichte und der mündlichen Auskünfte des Vorstands hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht und beraten. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden eingehend geprüft und mit dem Vorstand besprochen. Über die Vorstandsberichte hinaus haben wir uns auch Berichte der Internen Revision und der Wirtschaftsprüfer geben lassen.

Im Geschäftsjahr 2013 trat der Aufsichtsrat zu sieben Sitzungen zusammen, darunter eine im Wege der Telefonkonferenz sowie eine konstituierende Sitzung. Die Sitzungen fanden im Januar, März, April, Juni, September und Dezember statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand und besprach mit ihm regelmäßig die Strategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie weitere bedeutsame Themen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Sitzungsvorbereitung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Gleiches galt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst.

Die Themen im Aufsichtsratsplenium

Gegenstand regelmäßiger Beratungen waren die wirtschaftliche Lage der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns. Der Aufsichtsrat ließ sich in allen ordentlichen Sitzungen die Ergebnisentwicklung darstellen und besprach mit dem Vorstand ausführlich den Gang der Geschäfte. Neben den regelmäßigen Berichten zur Risikolage ließen wir uns in einem gesonderten Bericht die Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft erläutern und erörterten diese zusammen mit dem Vorstand.

Anfang des Jahres 2013 befassten wir uns in einer außerordentlichen Sitzung mit der weiteren Entwicklung der Allianz Bank. Wir haben mit dem Vorstand die verschiedenen in Betracht kommenden Handlungsoptionen erörtert. Nach intensiver Diskussion haben wir der Entscheidung des Vorstands, die Allianz Bank zu schließen, zugestimmt.

In unserer konstituierenden Sitzung, die im Anschluss an die Hauptversammlung 2013 stattfand, haben wir den Aufsichtsratsvorsitzenden und seinen Stellvertreter, die Ausschussmitglieder und den Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses gewählt. Ferner haben wir festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Georgi die Voraussetzungen eines „unabhängigen Finanzexperten“ im Sinne des Aktienrechts erfüllt.

Mehrfach beschäftigten wir uns mit Vergütungsthemen. So bestimmten wir unter anderem den Grad der Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2012 und legten die Ziele für die variable Vergütung 2014 fest. Aufgrund gesetzlicher Änderungen durch das CRD IV-Umsetzungsgesetz sowie neuer Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zur Vorstandsvergütung haben wir das Vergütungssystem für den Vorstand überprüft und an die neuen Vorgaben angepasst. Die individuellen Vergütungen der Vorstandsmitglieder haben wir entsprechend modifiziert. Außerdem ließen wir uns vom Vorstand über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter der OLB näher informieren. Herrn Schwarz haben wir zum Vergütungskontrollexperten des Aufsichtsrats benannt. Nähere Angaben zur Vorstandsvergütung finden sich im Vergütungsbericht.

Eingehend widmete sich der Aufsichtsrat der Bestellung von Herrn Hilger Koenig zum neuen Mitglied des Vorstands sowie den Kandidatenvorschläge für die Aufsichtsratswahl 2013. Im Rahmen der Änderungen des Kreditwesengesetzes und des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde auch der Aufgabenumfang des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse präzisiert und erweitert. Dies haben wir ausführlich erörtert und die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat entsprechend angepasst.

Auch im Geschäftsjahr 2013 haben wir uns regelmäßig mit dem Kredit- und Risikomanagement der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Banken, befasst. Wir haben uns hierüber vom Vorstand fortlaufend berichten lassen und mit ihm die Handlungsalternativen, die aus den gewonnenen Erkenntnissen abzuleiten waren, intensiv diskutiert.

Schließlich haben wir die Geschäftsordnung für den Vorstand an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat fünf Ausschüsse eingerichtet: den Präsidialausschuss (seit 10.12.2013 umbenannt in Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss), den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

Die Ausschüsse bereiten Beschlüsse des Aufsichtsrats sowie die Arbeit des Plenums vor. Darüber hinaus sind Beschlusszuständigkeiten des Aufsichtsrats in geeigneten Fällen auf Ausschüsse übertragen worden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Über die Arbeit der Ausschüsse ist der Aufsichtsrat von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig unterrichtet worden. Die personelle Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse ist im „Corporate Governance Bericht“ angegeben.

 siehe Seite 014

Im Berichtsjahr 2013 hielt der *Präsidialausschuss* insgesamt vier Sitzungen ab. Behandelt wurden vor allem Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen, darunter unter anderem die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung. Der Ausschuss bereitete die Überprüfung und Anpassung des Vergütungssystems für den Vorstand vor und erarbeitete einen Vorschlag an das Plenum für die Festsetzung der Vorstandsziele für das aktuelle Geschäftsjahr.

Darüber hinaus diskutierte er über den Erfüllungsgrad der Ziele, die den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2012 gesetzt worden waren, und legte dem Plenum eine entsprechende Empfehlung vor. Ferner beriet der Ausschuss über die Bestellung von Herrn Koenig zum Mitglied des Vorstands und befasste sich mit der Abschlussvergütung für die Mitarbeiter. Schließlich erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu Organkrediten gemäß § 15 KWG und willigte in die Übernahme von Mandaten ein, die Vorstandsmitglieder in anderen Unternehmen und Institutionen wahrnehmen.

Der *Prüfungsausschuss* tagte im Geschäftsjahr 2013 viermal, davon einmal im Wege der Telefonkonferenz. Er prüfte die Jahresabschlüsse der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns sowie die Lage- und Prüfungsberichte und erörterte diese Abschlussunterlagen in Gegenwart des Abschlussprüfers, der zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung vorgestellt hatte. Des Weiteren behandelte er den Abhängigkeitsbericht sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat weder zu den Abschlussunterlagen noch zum Abhängigkeitsbericht Anlass für Beanstandungen gesehen. Er überzeugte sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und erteilte den Prüfungsauftrag. Ferner gab er dem Aufsichtsratsplenum eine Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers. Besonderes Augenmerk legte der Prüfungsausschuss erneut auf die internen Kontrollsysteme der Gesellschaft und beleuchtete in diesem Zusammenhang auch das Kontrollsystem für die Finanzbuchhaltung. Das System der Internen Revision und der Compliance unterzog der Ausschuss ebenfalls einer Überprüfung und ließ sich darüber hinaus die Tätigkeitsschwerpunkte sowie Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen in diesen beiden Bereichen darstellen. Des Weiteren wurde der Halbjahresfinanzbericht vom Vorstand mit dem Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung erörtert. Schließlich unterbreitete der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenum einen Vorschlag für die Abgabe der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex und ließ sich einen Überblick über für die OLB relevante regulatorische Veränderungen geben.

Der *Risikoausschuss* hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt sechs Sitzungen ab, davon zwei im Wege der Telefonkonferenz. Er erörterte mit dem Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie und befasste sich eingehend mit der aktuellen Risikolage der Bank. Im Rahmen von vierteljährlichen Risikoberichten wurden unter anderem die Risikotragfähigkeit sowie Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken erörtert. Ausführlich befasste sich der Risikoausschuss auch im Jahr 2013 mit Krediten für Schiffsfinanzierungen und besprach mit dem Vorstand weitere Maßnahmen zur Risikoreduzierung. Der Ausschuss ließ sich in mehreren Sitzungen das Kredit- und Risikomanagementsystem, deren Weiterentwicklung, die Einhaltung der einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorschriften sowie Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen detailliert darstellen und beriet sich hierzu mit dem Vorstand. Ferner informierte er sich umfassend über die Kreditportfolios Erneuerbare Energien sowie See- und Binnenschiffe. Weiterer Gegenstand seiner Beratungen waren der Investitionsplan für das Geschäftsjahr 2014, die Vorbereitung der Anpassung der Geschäftsordnung für den Vorstand, das Ratingsystem für Spezialfinanzierungen in den Bereichen Windenergie, Biogas, Fotovoltaik und Seeschiffe sowie einzelne Kreditanträge.

Der *Nominierungsausschuss* stimmte sich in einer Telefonkonferenz über die Vorbereitung der Kandidatenvorschläge für die Aufsichtsratswahl 2013 ab. Ferner beriet er über die Offenlegung von persönlichen und geschäftlichen Beziehungen der jeweiligen Kandidaten.

Es gab keinen Anlass, den nach § 31 Abs. 3 MitbestG gebildeten *Vermittlungsausschuss* zusammentreten zu lassen.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich ausführlich mit der Umsetzung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. Ende des Jahres 2013 haben beide Organe eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Diese besagt, dass die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen hat und auch künftig entsprechen wird. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2013 wurde auf der Internetseite der OLB veröffentlicht und ist auch in der „[Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB](#)“ wiedergegeben. Die Erklärung zur Unternehmensführung enthält zudem zusammen mit dem Corporate-Governance-Bericht weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance der Oldenburgische Landesbank AG.

 siehe Seite 016–017

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit. Basierend auf der Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss diskutierten wir Verbesserungspotenzial und hielten entsprechende Maßnahmen für die Zukunft fest.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahres- und Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2013 sowie die Lageberichte der AG und des Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2013 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Über diese Unterlagen wurde in Sitzungen des Prüfungsausschusses am 6. März 2014 und des Aufsichtsratsplenums am 12. März 2014 ausführlich beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie berichteten uns über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Abschlussprüfer stellten überdies fest, dass der Vorstand unter Berücksichtigung der im Berichtsjahr vorgenommenen und derzeit noch in Umsetzung befindlichen Verbesserungen die nach § 91 Absatz 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und dass das Überwachungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des Lageberichts und des Konzernlageberichts sowie des Gewinnverwendungsvorschlags hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (den sogenannten Abhängigkeitsbericht) sowie den hierzu von der KPMG erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat der Abschlussprüfer das folgende Testat erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats übermittelt. Diese Unterlagen wurden im Prüfungsausschuss und im Plenum in Gegenwart des Abschlussprüfers erörtert. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Erkenntnisse seiner Prüfung berichtet. Auf Basis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat den Abhängigkeitsbericht gebilligt. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts keine Einwendungen.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Mit der Hauptversammlung am 5. Juni 2013 endete die Amtsperiode des bisherigen Aufsichtsrats. Die Herren Claas E. Daun, Carsten Evering, Manfred Karsten, Dr. Thomas Naumann und Jörg Thöle sind an diesem Tag aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Wir haben ihnen für ihr wertvolles Engagement in unserem Gremium unseren herzlichen Dank ausgesprochen. Die Hauptversammlung wählte für die Anteilseignerseite Frau Prof. Dr. Petra Pohlmann sowie Herrn Carl-Ulfert Stegmann neu in den Aufsichtsrat. Ferner traten die Frauen Svenja-Marie Gnida, Gabriele Timpe und Christine de Vries als Arbeitnehmervertreterinnen neu in den Aufsichtsrat ein. Wiedergewählt wurden die Anteilseignervertreter Dr. Werner Brinker, Prof. Dr. Andreas Georgi, Andree Moschner und Rainer Schwarz sowie die Arbeitnehmervertreter Stefan Lübbe, Horst Reglin und Uwe Schröder.

Der Aufsichtsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung Herrn Andree Moschner erneut zum Vorsitzenden und Herrn Uwe Schröder zu seinem Stellvertreter bestimmt.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2014 berief der Aufsichtsrat Herrn Hilger Koenig in den Vorstand der Gesellschaft.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oldenburgische Landesbank AG und der OLB-Gruppengesellschaften für ihr Engagement und die geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Oldenburg, den 12. März 2014

Für den Aufsichtsrat



Andree Moschner

Vorsitzender

Glossar



Agio In Prozent oder Geldeinheiten angegebener Aufschlag u. a. bei Wertpapieren oder Darlehen. Bei der Neuausgabe von Wertpapieren ist es der Betrag, um den der Ausgabepreis deren Nennbetrag überschreitet bzw. der Betrag, um den der Börsenkurs den inneren Wert der Anlage übersteigt. Beim Erwerb vieler Fonds handelt es sich dabei um die Vergütung für die Beratungsleistung oder auch Vertriebsgebühr, die als prozentualer Anteil an Bank, Finanzberater oder Fondsgesellschaft gezahlt wird. Bei Darlehen ist das Agio der für den Schuldner neben den zu zahlenden Zinsen anfallende Aufschlag. Das Gegenteil ist das Disagio.

Allianz Equity Incentive = AEI Instrument zur langfristigen Bindung von Führungskräften durch ein Unternehmen, indem Aktien vom Unternehmen an diese ausgegeben werden und somit die Identifikation mit dem Unternehmen gestärkt wird bzw. ein Interessenabgleich stattfindet.

Allianz Sustained Performance Plan Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung werden anhand eines vereinfachten, einheitlichen Zielvereinbarungsbogens geregelt und in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Sowohl die Jahresziele als auch die dreijährigen Mittelfristziele werden in diesem Zielvereinbarungsbogen fixiert.

Available-for-Sale Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

Aval Bürgschaft oder Garantie.



Bankbuch Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.

Basel II/III Neue regulatorische Standards des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht.

Bruttoinlandsprodukt Alle im Inland erbrachten Wirtschaftsleistungen in einer Periode.



CDAX Banken Aktien-Index, der von der Deutsche Börse AG berechnet und veröffentlicht wird. Er enthält mehrere im amtlichen Börsenhandel notierte deutsche Bankaktien.

Cost-Income-Ratio Kennzahl, die den Verwaltungsaufwand ins Verhältnis zur Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie Handelsergebnis setzt.

COX-Rubinstein-Binomialmodell

Eigentlich Cox-Ross-Rubinstein-Modell (1979) oder Binomialmodell. Modell zur Berechnung marktgerechter Optionspreise, das auf einer binären Struktur basiert, die das Fallen oder Steigen des Aktienkurses pro Zeiteinheit abbildet.

Credit Spread Unter dem Credit Spread wird die Risikoprämie, die der Emittent dem Käufer einer ausfallrisikobehafteten Anleihe bezahlen muss, verstanden. Sie kann in Form von Preisabschlägen auf die Anleihe oder Renditezuschlägen vorkommen, deren Höhe durch die Bonität des Emittenten bestimmt wird.

Current Service Cost Laufender Dienstzeitaufwand, der sich aus den Pensionsansprüchen der Arbeitnehmer ergibt und durch versicherungsmathematische Annahmen linear auf Perioden der Arbeitsleistung verteilt wird, woraus ein Barwert für die jeweiligen Perioden, z. B. ein Geschäftsjahr, ermittelt wird.



Delta Das Delta einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.

Disagio Unter Disagio versteht man den Betrag, um den der Ausgabepreis z. B. einer Aktie ihren Nennwert unterschreitet. Mit Disagio bezeichnet man auch das Abgeld auf ein Darlehen.

Dow Jones EURO STOXX Price Index Aktienindex, der die 50 größten und wichtigsten Aktienwerte der europäischen Währungsunion umfasst. Der Index wird seit dem 26. Februar 1998 in Zürich geführt.

Expected Loss Der Expected Loss bezeichnet den erwarteten Verlust einer Risikoposition innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer.

Fair Value Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt werden kann.

Future Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierter Terminvertrag, bei dem zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zu einem festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist.

Gamma Das Gamma einer Option drückt aus, wie das Delta auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.



GLLP General Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Group-Equity-Incentive-Plan (GEI-Plan) Dieses Allianz Programm zur aktienbezogenen Vergütung galt nur bis zum Jahr 2010 und wurde durch das neue aktienbasierte Programm Allianz Equity Incentive (s. S. 164 des Glossars) abgelöst.

Handelsbuch Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von Kreditinstituten zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden.

Hedge Accounting Das Hedge Accounting wird in der OLB im Rahmen der Risikostrategie zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt. Hierzu werden die Grundgeschäfte (z. B. Kredite oder Wertpapiere) den Sicherungsgeschäften (z. B. Zinsswaps) gegenübergestellt.

Nach den internationalen Bilanzierungsvorschriften gelten für Grund- und Sicherungsgeschäfte unterschiedliche Bewertungsansätze. Um diese Bewertungsunterschiede ökonomisch angemessener in der Gewinn- und Verlustrechnung abzubilden, nutzt die OLB die gesondert geltenden Bilanzierungsregeln des IAS 39 für das Hedge Accounting. Hiernach werden Grund- und Sicherungsgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst und erfolgswirksam zum Marktwert (Fair Value) bewertet, sodass sich die Wertänderungen gegenseitig kompensieren.

Die OLB setzt ausschließlich die Methode des „Fair Value Hedge Accounting“ ein.



Hedging Absicherung von Vermögenspositionen gegen Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken. Durch Einnahme einer entgegengesetzten Position an den Terminmärkten (Einsatz von Futures, Optionen) soll ggf. die Wertminderung einer Kassaposition (Kauf von Wertpapieren, Devisen, Waren) kompensiert werden. Hedging-Strategien mit Futures oder Optionen unterliegen vielfältigen Unwägbarkeiten; die Effizienz der Gesamtposition muss ständig kontrolliert werden.

IAS/IFRS 1973 wurde das International Accounting Standards Committee (IASC) als privatrechtlicher Verein nationaler Verbände von Rechnungslegern und Wirtschaftsprüfern gegründet, um die internationale Vergleichbarkeit der Rechnungslegung voranzutreiben. Im Jahr 2000 beschloss die EU, bei der Fortentwicklung von Rechnungslegungsvorschriften mit dem IASC zusammenzuarbeiten. Nach der Umstrukturierung des IASC im Jahr 2001 kam es zur Umbenennung in IASB (International Accounting Standards Board). Sämtliche bis dahin vom IASC verabschiedeten International Accounting Standards (IAS) bleiben zunächst bestehen und werden sukzessive verändert oder vom IASB durch neue Standards ersetzt. Diese neuen vom IASB entwickelten Rechnungslegungsstandards sind die International Financial Reporting Standards (IFRS). Damit diese Standards wirksam werden, verabschiedet die Europäische Union sie im sogenannten Endorsement-Prozess. Eine Ratifizierung durch die jeweilige nationale Gesetzgebung ist nicht erforderlich, da die EU-Direktiven unmittelbar für alle Beitrittsländer der Europäischen Union Gültigkeit erlangen.

Impairment Nicht planmäßige Wertherabsetzung von Aktiva, wie zum Beispiel Geschäfts- oder Firmenwert, Kreditforderungen, Wertpapieren und Sachanlagen, aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung der entsprechenden Positionen.



Konfidenzniveau Ausdruck für die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.

Nichthandelsbuchinstitut Als Nichthandelsbuchinstitut kann sich ein Institut einordnen, das aufsichtsrechtliche Bagatellgrenzen im Zusammenhang mit eigenen Handelsgeschäften nicht überschreitet.



Option Das Recht, ein Handelsobjekt (beispielsweise Wertpapiere und Devisen) vom Vertragspartner zu einem festgelegten Preis innerhalb eines bestimmten Zeitraums oder zu einem bestimmten Termin zu kaufen (Kaufoption / Call) beziehungsweise an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption / Put).

OTC (Over-the-counter) Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over-the-counter) gehandelt werden.

PLL Portfolio Loan Loss Provision, siehe Risikoversorge.

Projected-Unit-Credit-Method Anwartschaftsbarwertverfahren, ein versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren für Pensionsrückstellungen.



Rating Standardisiertes Verfahren zur Beurteilung der Bonität von Unternehmen (Emittentenrating) sowie der von ihnen begebenen Anleihen und Geldmarktpapiere (Emissionsrating) durch unabhängige Agenturen. Auch die in Banken eingesetzten Verfahren zur Bestimmung der Bonität von Kreditnehmern werden als Rating bezeichnet.

Repo-Geschäft Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäft ausgewiesen.

Restricted Stock Units (RSU) Virtuelle Aktien, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer ausgegeben werden. Die Ausübung der RSU erfolgt in der Regel nach dem Eintreffen von vom Unternehmen festgelegten Zielen oder dem Ablaufen einer Haltefrist. Die Ausübung kann auch in Form eines entsprechenden Barbetrages oder sonstiger Ersatzwerte erfolgen.



Reverse-Repo-Geschäfte Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Risikocontrolling Laufende Risikomessung und -überwachung inklusive Methodenentwicklung sowie entsprechende Risikoanalyse / Berichtswesen durch eine neutrale, unabhängige Einheit.

Risikomanagement Operative Geschäftssteuerung spezifischer Portfolios unter Risiko- / Rendite-Gesichtspunkten.

Risikovorsorge Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen wird den erkennbaren Ausfallrisiken Rechnung getragen. Die Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provision; SLLP) werden unter Berücksichtigung aller zukünftig erwarteten, abgezinsten Zahlungsströme ermittelt. Für potenziell bereits eingetretene, zum Bilanzstichtag jedoch noch nicht identifizierte Adressrisiken aus Kreditgeschäften werden Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der empirischen Ermittlung historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten des nicht bereits anderweitig vorgesorgten Kreditportfolios basiert. Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (Particular Loan Loss Provisions; PLLP) werden für das homogene Kreditportfolio gebildet. General Loan Loss Provisions (GLLP) werden auf das inhomogene Portfolio gebildet.



SLLP Specific Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Stock Appreciation Rights (SAR) Virtuelle Optionen, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer vergeben werden. Dabei ist die Ausübung der Optionen direkt an den Erfolg des Unternehmens, üblicherweise dessen Aktienkurs, geknüpft. Die Ausübung der Optionen kann in Form von Barzahlungen, Aktien oder sonstigen Ersatzwerten erfolgen.

Stückaktie Nennwertloser Anteilschein an einer Aktiengesellschaft. Durch Division des nominalen Grundkapitals durch die Zahl der insgesamt ausgegebenen Stückaktien lässt sich ein rechnerischer Nennwert ermitteln, der nach dem Stückaktiengesetz einen Mindestwert von einem Euro haben muss.

Swap Allgemeine Bezeichnung für den Austausch von Objekten, Rechten etc., insbesondere für den Austausch von Zahlungsströmen in gleicher Währung (= Zinsswap) oder in verschiedenen Währungen (= Währungsswap).



True-and-fair-View-Prinzip Gemäß § 264 Abs. 2 HGB Anforderung an Rechnungslegungsdaten wie z. B. eines Jahresabschlusses, dass sie ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermitteln.

Value-at-Risk (VaR) Der Value-at-Risk bezeichnet den potenziellen Verlust einer Risikoposition, der unter üblichen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) in einer vorgegebenen Haltedauer nicht überschritten wird.

Vega Das Vega einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf die Veränderung der Volatilität (Schwankungsbreite des Underlyings) reagiert.

Volatilität Maß für die vergangene (historische) oder erwartete (implizite) Schwankungsbreite des Kurses von Aktien, Devisen und Zinssätzen. Schwankt der Kurs einer Aktie stark, hat die Aktie eine hohe Volatilität. Für den Anleger bedeutet das die Chance auf schnelle und hohe Kursgewinne – aber auch die Gefahr ebenso schneller Verluste.

Herausgeber

Oldenburgische Landesbank AG

Stau 15/17

26122 Oldenburg

Telefon (0441) 221-0

Telefax (0441) 221-1457

E-Mail olb@olb.de

Kontakt

Unternehmenskommunikation

Veröffentlichungsdatum

28. März 2014

Dieser Bericht ist in deutscher und englischer Sprache verfügbar. Beide Fassungen sind im Internet unter www.olb.de abrufbar.

